



69. Sitzung

Mittwoch, 1. März 2000

Vorsitzende: Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der amtierenden Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung** 3355 A

Aktuelle Stunde 3355 A

Fraktion der SPD:

Internetmetropole Hamburg 3355 A

Werner Dobritz SPD 3355 A

Ralf Niedmers CDU 3356 A

Farid Müller GAL 3356 C

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3357 B

Dr. Thomas Mirow, Senator 3358 A

Ole von Beust CDU 3358 C

Dr. Leonhard Hajen SPD 3359 C

Fraktion der CDU:

**Wie effizient ist unser Bildungssystem:
Green Cards und Schulanmeldezahlen** 3360 B

Dr. Roland Salchow CDU 3360 B

Wolfgang Marx SPD 3361 B

Christa Goetsch GAL 3361 D

Julia Koppke REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3362 D

Wolfgang Beuß CDU 3363 C

Günter Frank SPD 3364 B

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL 3365 A

Rosemarie Raab, Senatorin 3366 A

Karen Koop CDU 3367 B

Fraktion der GAL:

**Green Card – neue Gastarbeiter und
Gastarbeiterinnen braucht das Land?**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgererschaft:

Wahl einer Deputierten der Kulturbehörde
– Drs 16/3877 – 3367 C

Ergebnis 3375 B

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

**Situation und Perspektiven des Hand-
werks in Hamburg**
– Drs 16/3720 – 3367 D

Horst Schmidt SPD 3367 D

Jürgen Mehlfeldt CDU 3369 A, 3371 A, 3373 A

Farid Müller GAL 3370 C, 3373 C

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3371 C

Dr. Thomas Mirow, Senator 3372 A, 3374 D

Barbara Ahrons CDU 3373 D

Antrag der Fraktion der CDU:

**Erweiterung der Ausnahmgebiete im
Sinne der Ausnahmeverordnung zum
Gesetz über den Abbau der
Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
in Hamburg**
– Drs 16/3777 –

3375 B

| | | | |
|--|----------------|---|----------------|
| Klaus-Peter Hesse CDU | 3375 B | Senatsmitteilung: | |
| Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3376 A | Bericht zur Ausbildungssituation sowie über Maßnahmen zur Sicherung der beruflichen Bildung 1999 | |
| Barbara Duden SPD | 3377 B | – Drs 16/3842 – | 3388 A |
| Dr. Martin Schmidt GAL | 3378 B | mit | |
| Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3379 A | Antrag der Fraktion der SPD: | |
| Beschluß | 3379 C | Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung | |
| Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD: | | – Drs 16/3853 – | 3388 A |
| Finanzierung von 110 TDM für die Fortsetzung des Projektes „Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ | | Uwe Grund SPD | 3388 B |
| – Drs 16/3856 – | 3379 C | Wolfgang Drews CDU | 3389 A |
| Christa Goetsch GAL | 3379 D | Christa Goetsch GAL | 3390 A |
| Dr. Monika Schaal SPD | 3380 C | Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3391 A |
| Rolf Harlinghausen CDU | 3381 B | Rosemarie Raab, Senatorin | 3391 D |
| Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3382 B | Britta Ernst SPD | 3393 A |
| Beschlüsse | 3382 C | Beschlüsse | 3394 A |
| Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: | | Antrag der Fraktion der CDU: | |
| Das Maß ist übervoll! Sofortige und vollständige Rücknahme der Verschärfungen in der Hamburger Abschiebep Praxis | | Konzept zur Vermeidung von Mietdoppelzahlungen aus Steuergeldern | |
| – Drs 16/3857 – | 3382 D | – Drs 16/3861 – | 3394 A |
| mit | | Hans-Detlef Rook CDU | 3394 A, 3396 C |
| Antrag der Fraktion der GAL: | | Tanja Bestmann SPD | 3394 D |
| Abschiebep Praxis | | Andrea Franken GAL | 3395 C |
| – Drs 16/3930 – | 3382 D | Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3396 B |
| Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke | 3382 D, 3387 A | Doris Mandel SPD | 3397 A |
| Erhard Pumm SPD | 3383 C | Beschluß | 3397 B |
| Elke Thomas CDU | 3384 A | Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte: | |
| Antje Möller GAL | 3385 A | 17. Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten | |
| Hartmuth Wrocklage, Senator | 3386 A | – Drs 16/3862 – | 3397 B |
| Rolf Polle SPD | 3387 C | Manfred Mahr GAL | 3397 B |
| Beschlüsse | 3387 D | Rolf-Dieter Klooß SPD | 3398 D |
| | | Carsten Lüdemann CDU | 3399 B |
| | | Beschluß | 3400 D |

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Meine Damen und Herren, guten Tag! Die Sitzung ist hiermit eröffnet.

In Abstimmung zwischen den Fraktionen wurde die Tagesordnung um einen Punkt 3a ergänzt, das ist eine Wahl.

Zur

Aktuellen Stunde

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Internetmetropole Hamburg

von der CDU-Fraktion

Wie effizient ist unser Bildungssystem – Green Cards und Schulanmeldezahlen

sowie von der GAL-Fraktion

Green Card – neue Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen braucht das Land?

Zunächst rufe ich das von der SPD-Fraktion angemeldete Thema auf, und dazu hat Herr Dobritz das Wort.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die erfolgreiche E-Business-Innovation-Center-Ansiedlung von IBM mit bis zu 400 neuen Arbeitsplätzen in der Speicherstadt macht diese Debatte, so finde ich, recht aktuell. Ich hoffe, sie ist nicht nur virtuell lebendig. Hamburg hat die Chance, zu einer der weltweit führenden Metropolen in der Informationsgesellschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu werden. Wo stehen wir also? Was ist zu leisten?

B

Ein Bestand von 800 Multimediafirmen mit 15 000 Mitarbeitern ist Spitzengruppe. Aber wir Hamburger sollten einmal die pfeffersäckische Leidenschaft entwickeln, ganz oben zu stehen. Daher ist unser Ziel 2500 Multimediaunternehmen mit 50 000 Arbeitsplätzen; ich finde, das ist die Kür. Das ist eine reale Perspektive.

Erstens haben wir einen ganz ausgezeichneten Wirtschaftssenator, mit den richtigen Ideen und der richtigen Performance im Kopf. Das ist schon ein Teil der Miete.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Hamburg.de und Internet für alle, wie vom Senat beschlossen, ist die richtige Einstellung und doch kein Multimedia-Keynesionismus.

Drittens. Hamburg hat zwar kein Geld, doch das richtige Programm. Ricardo.de, wie ich im Newscontainer las, zahlt Fördergelder vorfristig an die Stadt zurück. Unternehmen, die sich das leisten können, sind nicht nur erfolgreich, sondern müssen sich auch sauwohl in Hamburg fühlen. Das letzte Mal ist dies beim Airbus geschehen.

Viertens. Nachrichten werden zwar im Munde alt, aber ich sage es noch einmal: Hamburg ist die Hochburg für Venture-Capital-Unternehmen. Wer in Hamburg eine gute marktfähige Idee hat, findet sein Geld; nach Aussagen der Unternehmen – so lese ich im Newscontainer – 1 Milliarde DM.

Fünftens. Hamburg hat in den Marktsegmenten von Internet, also Inhalte der Netze, Bauelemente und Endeinrichtungen, die Nase vorn. Das stärkste Wachstum wird international und national im Bereich der Produktion von Inhalten erwartet. Hier ist Hamburg mit seinen Verlagen, Werbe-

agenturen und Multimediaunternehmen sehr gut positioniert.

C

Im Rückblick betrachtet denken wir an das Jahr 1990: Hamburg – Boomtown; eine Stadt diskutierte dieses – ich sage einmal – in etwas kleinmütiger Art und Weise. Diese Art der Diskussion ist gänzlich verfliegen, denn es gibt auch positive Nebeneffekte: Wirtschaftliches Wachstum und Stadtentwicklung vertragen sich wieder. Wir haben jüngst von dem Beispiel gehört, als unser „Hohepriester“ des linken Populismus in der Bürgerschaft, Herr Professor Dr. Hackbusch, uns erläuterte, daß die Menschen, die Computerfreaks alle ins Schanzenviertel kommen, weil er sie dort gemeinsam mit Herrn Ebermann ganz persönlich betreut; Ottensen, Bahrenfeld und St. Pauli werden folgen.

Für mich sind die Produktivkräfte der multimedialen Entwicklung die Menschen. Das ist wichtig. In der Gleichung von Geist und Kapital ist der Faktor Humankapital inzwischen der Engpaßfaktor. Wir werden nachher über Green Card und dergleichen diskutieren.

Der Produktivfaktor Mensch ist in der Multimediawelt jedoch hoch mobil, und die Unternehmensinfrastrukturen sind es auch. Deshalb kann es passieren, daß eines Tages die Unternehmen dort hingehen, wo sie ihre Talente finden, und nicht dort, wo die Kunden sind. Nur so war mein Hinweis im letzten Jahr zu verstehen. Wer sich die Medienausbildung nicht ganz oben auf die Fahne schreibt, leistet nicht den richtigen Beitrag zur optimalen Chancenauswertung, würde Frank Pagelsdorf dazu wohl heute sagen.

Meine Damen und Herren, heute nacht hatte ich einen Traum, den ich gleich erläutern will.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Ich muß mich beeilen, sonst blinkt die rote Lampe und ich schaffe es nicht mehr.

D

(Dr. Roland Salchow CDU: So ist das mit den Träumen!)

2004. In einem halbdunklen Raum sah ich Martin Schmidt im Bademantel mit verbundenen Augen auf einem Stuhl sitzen. Da tastete sich Herr Salchow, inzwischen Fraktionsvorsitzender, im Bademantel mit verbundenen Augen in dieses Zimmer vor. „Bin ich drin?“ fragte er. „Drin“, antwortete ihm Martin Schmidt. Herr Salchow ertastete sich einen Stuhl und setzte sich. Der nächste, der den Raum im Bademantel mit verbundenen Augen betrat, war mein Fraktionskollege Jan Ehlers. „Bin ich etwa schon drin?“ fragte auch er. „Drin“, beantwortet dieses Mal Herr Salchow die Frage. Die nächste war Frau Sudmann – sie ist leider nicht da –, die fragte: „Bin ich drin?“ Ehlers: „Nein, draußen.“ Denn der Regenbogen flog 2001 aus der Bürgerschaft. Nach und nach füllt sich der Raum mit immer mehr Mitgliedern der Bürgerschaftsfraktionen, alle im Bademantel, mit der Frage „Bin ich drin?“, und „Drin“ wird stets von den bereits Sitzenden geantwortet.

Meine Damen und Herren, es bedarf nicht Freuds Traumdeutung, um zu erläutern, was dieser Traum symbolisiert. Im Jahr 2004 können wir sagen – und ich hoffe, daß es so ist –: Hamburg ruhte nicht in Schönheit und Erfolg, Hamburg hatte Anfang des Jahres 2000 eine klare Ausrichtung, und die Abgeordneten stehen inzwischen für die vielen Hamburgerinnen und Hamburger, die bereits im Internet vertreten sind, passiv konsumierend, aber auch sehr aktiv gestaltend. Die Chronisten werden schreiben: Hamburg ist Spitze geblieben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Niedmers.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich hatte einen Traum

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Uwe Grund SPD:* Lauter Träumer heute!)

und habe mir überlegt, ob die Situation heute wohl von der SPD dazu genutzt werden würde, um sich ein wenig selbst zu beweihräuchern. Es war klar, daß sich dieser Traum bewahrheiten würde, und so geschah es auch.

Zunächst einmal haben wir folgendes zu überlegen. In den vergangenen Tagen wurde es überall kommuniziert: IBM eröffnet sein erstes E-Business-Innovation-Center außerhalb der USA in Hamburg. Senator Mirow – so ist zu hören – freut sich über diesen, wie er selbst sagt, bislang größten Ansiedlungserfolg in der IT-Branche in Hamburg. Die CDU-Fraktion begrüßt die Ansiedlung von IBM in Hamburg ebenfalls und dankt an dieser Stelle den Mitarbeitern der HWF, die diesen Ansiedlungserfolg entscheidend mit ermöglicht haben, für ihren gelungenen Einsatz und für ihre gute Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wer nun aber glaubt, man könne sich auf diesen Eintagslorbeeren ausruhen, der irrt, meine Damen und Herren. Der Erhalt der Spitzenstellung Hamburgs im Wettbewerb der vier großen Multimediastädte verlangt jeden Tag aufs neue Anstrengungen. Die Medienmetropolen München, Berlin und Köln sind ständig dabei, ihre Attraktivität zu steigern. So kommt beispielsweise eine jüngst von der IHK München vorgestellte Studie zu dem Ergebnis, daß München als Medienhauptstadt seine Spitzenposition ausgebaut habe. Bayern hat kürzlich eine Agentur für Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie gegründet, die den schönen Namen MIT trägt. Diese Agentur soll vor allem für Investitionen aus dem Ausland werben.

B Bei der Ansiedlung von Unternehmen wird die MIT-Agentur von einem hochkarätig besetzten Beirat unterstützt. Dem Beirat gehören unter anderem an: Verleger Hubert Burda, McKinsey-Europa-Chef Herbert Hensler, Medienunternehmer Leo Kirch, Bertelsmann-Vorstandsvorsitzender Thomas Middelhoff, SAP-Chef Hasso Plattner und der Geschäftsführer der Microsoft Deutschland Richard Roy. Diese Personen bürgen gleichsam für hohe Qualität und ein hohes Gewicht, wenn es darum geht, Ansiedlungsentscheidungen vorzubereiten.

Untrennbar mit dem Vorgenannten verbunden sind die heute noch zu diskutierenden Fragen der Ausbildung von IT-Fachkräften. Hier hat bekanntlich Bundeskanzler Schröder das Vorliegen erheblicher Ausbildungsdefizite eingestanden, und ich kenne keinen führenden Hamburger Sozialdemokraten, der dem irgendwie widersprochen hat. Die Stadt München ist uns also auch dort wieder ein Stück voraus. Denn über die Universitäten hinaus verfügt München seit Anfang dieses Jahres über eine Multimedia-Akademie, die Aus- und Fortbildung im Multimediabereich anbietet. In Berlin wird es ab dem Wintersemester 2000/2001 erstmals einen Studiengang geben, in dem das Internet die Hauptrolle spielt. Die Hochschule der Künste bietet dann ein Studienfach „Electronic Business“ an. Im Januar dieses Jahres wurde in Köln eine Medien-Akademie eröffnet, eine gemeinnützige Einrichtung der Bertelsmann-Stiftung, die ebenfalls durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Diese Akademie wird durch einen Beirat aus führen-

den Vertretern von Politik, Wirtschaft und wissenschaftlicher Einrichtungen unterstützt.

C

Daraus erkennen Sie, meine Damen und Herren, daß die Mitbewerber oft schneller sind als Hamburg. In der IT-Branche gibt es eine Faustregel, die lautet: Nicht die Großen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen fressen die Langsamen.

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung zum Multimedia-Führerschein machen. Erst vorgestern begrüßte Senator Mirow medienwirksam die erste Teilnehmergruppe. Die Hamburger Multimediabranche geht aber nach eigenen Angaben davon aus, daß man einen Bedarf von circa 12 000 Arbeitskräften hat. Vor diesem Hintergrund sind die 20 Teilnehmer des Projekts Multimedia-Führerschein noch weniger als der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Hier müssen Sie, Herr Senator Mirow, unbedingt und deutlich nachbessern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weigere mich, die Frage des Internet- und Multimediabooms hier in Hamburg auf eine Standortfrage zu reduzieren. Das hat zumindest mein Vorredner explizit gemacht und damit geworben, daß es irgendwelche Firmen für Anwerbungszwecke im Ausland gibt, die von hochkarätig besetzten Beiräten begleitet werden und daß allein das schon als Kriterium gilt, daß sich andere Firmen in München ansiedeln. Ich glaube, damit verkennt man diese neue Wirtschaft.

D

Für IBM waren der ausschlaggebende Faktor die von uns aufgebauten Netzwerke, die natürlich auch Geld kosten und als eine versteckte Subvention gelten können, aber es sind intelligente Subventionen. Weil wir im Multimediabereich zwei Netzwerke haben, die in diesem Land bisher ihresgleichen suchen, hat sich IBM für Hamburg entschieden und nicht für die Subventionsmillionen in den neuen Bundesländern oder in Bayern. Das nur zur Standortfrage und dazu, wie man heute Firmen dieses Bereichs dorthin lockt.

Warum man meiner Meinung nach das Internet und die New Economy nicht auf die Multimediabranche reduzieren sollte, haben inzwischen auch viele Unternehmen in verschiedenen Bereichen erkannt. Das Internet wird Hamburgs Wirtschaft komplett verändern. Nicht nur Multimediaunternehmen werden demnächst davon betroffen sein, sich weiter zu entwickeln, sondern die ganz normalen Betriebe. Wer von den kleinen und mittleren Betrieben in fünf Jahren nicht im Netz ist, wird Schwierigkeiten haben, noch zu überleben. Das heißt, wir müssen uns in Hamburg darum kümmern, 95 Prozent der Hamburger Wirtschaft für dieses neue Zeitalter fit zu machen.

Das Unternehmen Otto hat bereits im März angekündigt – um mal ein paar Beispiele zu nennen –, einen Webshop als Modellprojekt mit Hauptvertriebsgebiet hier in Hamburg zu gründen. Dort kann man dann rund um die Uhr einkaufen, Lebensmittel, aber auch alles andere. Die Waren werden auch sonntags ausgeliefert, unabhängig vom Ladenschlußgesetz und anderen Kriterien. Was das für die Quartiere bedeutet, können wir jetzt noch nicht abschätzen. Es gibt uns aber eine Ahnung, welche Veränderungen auf uns zukommen.

(Farid Müller GAL)

- A Die Banken werden massiv ins Internetgeschäft einsteigen, und zwar um zu rationalisieren. Das bedeutet, daß die Filialen zu einem großen Teil geschlossen werden. Was das wiederum für den Arbeitsmarkt und die Lebendigkeit der Quartiere bedeutet, können wir ebenfalls nur erahnen. Sie sehen, daß das viel weiter geht, als es allein darauf zu reduzieren, das eine oder andere Multimediaunternehmen in unsere Stadt zu locken. Das wird Hamburg verändern.

Damit diese Herausforderungen in den Betrieben bewältigt werden können, müssen wir – das wurde bereits angesprochen – die Ausbildungsmöglichkeiten verbessern, und zwar nicht nur im Multimediabereich, sondern alle Ausbildungslehrgänge müssen auf Digitalisierung überprüft werden. Wir haben schon jetzt das Problem, daß die Menschen, die sich nicht im Arbeitsleben befinden – die fast 80 000 Arbeitslosen –, von dieser Weiterbildung zur Zeit nicht profitieren. Es ist meiner Ansicht nach eine der größten Herausforderungen, wie wir diese Menschen, damit sie überhaupt noch einmal ins Arbeitsleben kommen, für die veränderte Situation fit machen können. Das wird von uns die höchsten Anstrengungen fordern.

Damit aber keine digitale Kluft entsteht, von der in Amerika schon so viel gesprochen wird, muß die Medienkompetenz gerade in den sozial schwachen Quartieren gefördert werden. Wenn wir diese Menschen nicht völlig von der Entwicklung abhängen wollen, muß es uns wichtig sein, sie über Internet-Cafés, Modellschulen für Internet und Anwendung auch in diese Bereiche zu bringen, da wir sonst große Probleme kriegen, die Kluft, die sich durch die Entwicklung vergrößern wird, wieder zu schließen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich es als sehr angenehm zur Kenntnis genommen habe, daß das Internet auch die Verwaltungsabläufe radikal verändern wird. Wir werden in absehbarer Zeit überall digitale Abläufe bekommen. Ich hoffe sehr, daß die Digitalisierung das erreichen wird, was diese Generation von Politikern nicht besonders erfolgreich geschafft hat, nämlich die Bürokratie abzubauen. Zurückkommend auf den Traum von Herrn Dobritz träume ich davon, daß ein Existenzgründer in dieser Stadt spätestens im nächsten Jahr sein Vorhaben von A bis Z im Internet durchführen und dort nicht nur Beratung erfahren kann. Das wünsche ich mir für Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie jedes zweite Mal werden wir auch heute in der Bürgerschaft über das Internet sprechen. Wie jedes Mal müssen wir von der SPD die Lobeshymne hören, dieses Mal ein bißchen angereichert durch die Bademäntelträume von Herrn Dobritz, der wahrscheinlich durch Boris Becker inspiriert war. Von der CDU hörten wir leider wieder nur das berühmte Gerede: „Ich mag Herrn Stoiber und München so gern“, was uns auch nicht so viel Neues gebracht hat. Dementsprechend versuchen wir ein paar neue Aspekte hinzubringen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben in den letzten Wochen im Zusammenhang mit Internet etwas gelernt, was für uns eine neue Überlegung

hervorgebracht hat. Bei den Wiener Demonstrationen war es möglich, über SMS und über das Internet völlig neue Demonstrationsformen zu finden, sich relativ schnell in der Stadt zu bewegen und auch in der Lage zu sein, Tausende von Schülern zu mobilisieren und völlig neue Ergebnisse und Demonstrationsziele zu erreichen, mit der die Polizei völlig überfordert war. Das ist die neue Internetgeneration, mit der wir zusammen die Castor-Transporte blockieren werden und wo wir uns überlegen, wie wir in dieser Stadt neue Zeichen und Schulungen bewegen werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –
Dr. Martin Schmidt GAL: Das mußte ja mal gesagt werden!)

Das ist das Schulungsprogramm der Extraklasse, das wir uns überlegt hatten.

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Damit du alter Sack nicht mehr aufstehen mußt! Dann kannst du alles im Sessel erledigen! – *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* www.Hackbusch.de!)

– Das ist alles fürs Protokoll, die werden sich über die ganzen Werbedinge freuen.

Den zweiten Punkt, den wir uns ansehen sollten, finde ich spannend, und er betrifft das, was gestern veröffentlicht worden ist im Zusammenhang mit der Idee, Hamburg.de neu zu kommerzialisieren und damit neue Schritte zu machen. Ich finde es eindeutig begeisternd und gut, daß es für jeden möglich ist, kostenlosen E-Mail-Zugang zu bekommen und sich kostenlos eine Homepage einzurichten. Dabei kann man aber nicht stehenbleiben. Für die Politik ist es wichtig, nicht nur die sogenannte Info-Elite zu erreichen – darin möchte ich Herrn Müller unterstützen –, die 30 bis 40 Prozent, die bis jetzt gut mit dem Internet arbeiten, sondern es ist notwendig, auch den Rest zu erfassen.

Dazu sind viele politische Anstrengungen notwendig, zum Beispiel öffentliche Zugänge über Volkshochschulen zu organisieren. Da sehe ich bisher wenig Ansätze.

Der zweite kritische Punkt hierzu – dabei bin ich auch sehr skeptisch – müßte nach meiner Meinung im Wirtschaftsausschuß einmal genauer diskutiert werden, nämlich inwieweit die Kommerzialisierung und die Exklusivität sämtlicher Hamburger Verwaltungsstränge über das Internet – ein Unternehmen, das mehrheitlich Banken gehört – etwas Vernünftiges und Richtiges ist. Bisher ist es diesbezüglich zu keiner kritischen Diskussion gekommen. Ich muß aber ehrlich zugeben, daß ich es nicht möchte, wenn ich bei der Hamburger Verwaltung etwas angefragt habe, hinterher von irgend welchen Online-Unternehmen mit Cookies, E-Mails oder Werbegeschichten zugeschüttet zu werden. Ich möchte gern wissen, wie das geschieht.

Man muß überlegen, welches kommerzielle Interesse Banken und Sparkassen daran haben, diesen privatwirtschaftlichen Zugang überhaupt zu organisieren. Unternehmen und Banken nutzen gegenwärtig vor allem die Möglichkeit, Kundenkontakte herzustellen und diese dementsprechend auch zu zählen. Ich weiß bisher nicht, inwieweit der Senat aufgepaßt hat, damit meine Verbindungen mit der Verwaltung oder die der Menschen in dieser Stadt nicht als Kundenkontakte aufgenommen werden, und daß hoffentlich verhindert wird, daß man mitten in einer Marketingmaßnahme landet.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Drittens ist mir nicht ganz klar, welche Auswirkungen diese Verbindungen haben, denn mir fällt auf, daß gerade die

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Haspa dabei sehr wichtig ist. Inwieweit ist ausgeschlossen, daß Verbindungen in das Filialennetz der Haspa gelangen?

Diese Investition, die getätigt wird, ist groß, sie wird vieles in dieser Stadt verändern. Deshalb steht meiner Meinung nach die politische Diskussion darüber erst am Anfang und darf nicht auf billige Weise abgehandelt werden nach dem Motto: Wir erlauben alles umsonst. Auch die entsprechenden Kosten dazu müssen sorgfältig behandelt werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat hat es sich in Deutschland herumgesprochen, daß Hamburg die führende Position im Bereich Multimedia hat.

Ebenso wahr ist, daß dies zu Reaktionen führt, daß also andere sich aufmachen, uns diesen Rang streitig zu machen. Daher lohnt die Debatte darüber, was wir tun können und müssen, damit wir weiter die Nase vorn haben und an der Spitze stehen. Meines Erachtens wird es auf drei Punkte besonders ankommen.

Das erste ist, daß Hamburgs Stellung als Multimedia-metropole bisher deutschlandweit bekannt geworden ist. Dies ist aber eine internationale wirtschaftliche Entwicklung, und deswegen müssen wir uns zusätzliche Mühe geben, Hamburg als Multimediametropole auch international zu positionieren, zumal vor dem Hintergrund, daß Berlin und München insofern einen Vorsprung vor Hamburg haben.

- B Die zweite Anstrengung, die wir unternehmen müssen, ist, Arbeitsstätten und -flächen, Milieus zu bieten, in denen diese Unternehmen und die Menschen, die in ihnen tätig sind, arbeiten wollen. Diese Leute haben eine eigene Form der Arbeit und überhaupt eine eigene Form des Lebens entwickelt. Sie suchen nach bestimmter Atmosphäre und Umgebung. Deswegen ist auch die Entwicklung der Hafencity ein besonderes Projekt zur Stärkung und Förderung des Wirtschaftsstandortes Hamburg, denn dort werden Angebote entstehen, die für diese Unternehmen von besonderem Wert sind.

Die dritte Anstrengung betrifft die Ausbildung und den qualifizierten Nachwuchs. Ich unterstütze ausdrücklich – darauf kommen wir vielleicht später noch – den Vorschlag von Kanzler Schröder, den Nachwuchsmangel mit Green Cards zu überbrücken. Wenn jetzt gelegentlich der Versuch gemacht wird, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu sagen, das sei nun die Bankrotterklärung von Kanzler Schröder, dann ist das lächerlich. Denn die Versäumnisse, die es in dem Bereich gegeben hat, sind Versäumnisse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Politik in den neunziger Jahren,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

die man wahrhaftig nicht dieser Regierung anlasten kann. Wir brauchen dies zur Überbrückung, aber es darf nicht die verstärkte deutsche Anstrengung in den Unternehmen und durch die Politik ersetzen.

Wir brauchen feste Ausbildungszusagen der IT-Wirtschaft im Gegenzug zu den Green Cards. Wir müssen eigene Anstrengungen unternehmen vom Multimedia-Führerschein, so bescheiden der Ansatz sein mag, bis hin zu den Hoch-

schulen. Deswegen ist es wichtig, daß zum Beispiel die Technische Universität Hamburg-Harburg ab dem Wintersemester 2000 ein Masterprogramm „Information in Mediatechnologies“ aufnehmen wird und daß andere Hochschulen, wie etwa die Fachhochschule, ihr Programm zunehmend auf diese Anforderungen hin umstellen. Ich wünsche mir, daß die private Multimedia-Akademie-Initiative in Hamburg auch zum Erfolg führt. Ich werde sie jedenfalls im Rahmen meiner Möglichkeiten dabei unterstützen.

Was ist die Perspektive dieser Stadt im New-Media-Bereich, abgesehen von dem, was Kollege Müller richtig zu der Durchdringung der Wirtschaftsbereiche gesagt hat, sozusagen über ihre ganze Breite? Die Entwicklung der nächsten Jahre wird insbesondere im Handel liegen, im E-Commerce und M-Commerce. Schätzungen sagen, daß von 1997 bis 2002 – also innerhalb von fünf Jahren – ein Weltmarkt von 8 auf 360 Milliarden DM anwächst. Was wäre logischer, als daß die Handelsmetropole Hamburg zur E-Commerce-Metropole des 21. Jahrhunderts wird? Ich finde, das ist eine wirtschaftspolitische Perspektive, für die zu arbeiten sich lohnt. Und damit schließe ich mich an etwas an, was gesagt worden ist: auf dem deutschen Wege, also unter Mitnahme der gesamten Gesellschaft und nicht, indem wir nur die Begabten aus aller Welt heranziehen und uns nicht darum kümmern, wie diejenigen, die vielleicht nicht ganz so schnell lernen und nicht ganz so leistungsfähig sind, mit den Phänomenen umgehen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich teile die Auffassung von Herrn Müller, der gesagt hat, daß die Frage, die wir heute diskutieren, nicht nur eine Frage ist, wie man subjektiv Internetvorgänge bewertet, sondern sich für die Politik letztlich die strategische Frage stellt, ob diese neuen Techniken – so neu sind sie ja gar nicht mehr – Multimedia, Internet nicht die entscheidende Chance für Hamburg sein können, den weltweiten Strukturwandel an vorderster Stelle in Deutschland oder vielleicht in Europa zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist diese Diskussion von unglaublicher strategischer Bedeutung. Ich denke, daß wir uns im Sinne des Beitrags von Herrn Dobritz in einigen Jahren fragen werden, ob nicht E-Commerce und die strategischen Fragen und Antworten, die wir heute geben, und alles, was damit zusammenhängt, letztlich genau die gleiche Bedeutung haben, wie vielleicht vor fünfzig oder hundert Jahren Strukturfragen des Hamburger Hafens. Es hat die gleiche Bedeutung für die Politik, die Wirtschaft und die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat hier aus meiner Sicht aus folgenden Gründen eine riesige Chance, auch wenn man es mit anderen Standorten vergleicht, die teilweise auch durch Subventionen versuchen, Investoren anzulocken, mit denen wir uns – wie ich finde – aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten sehr rar gemacht haben. Vermutlich hat der Bereich Köln und Düsseldorf hinsichtlich neuer Medien, in Film und Filmproduktionen ein gewisses Prä. Und es ist wohl auch so, daß im Bereich München High-Tech, aber auch Hardware ein gewisses Prä hat und daß in Berlin ein hohes kreatives Potential ist, aber ohne Vernetzung und ohne Kapital. Wir in Hamburg haben die große Chance, kreatives Potential plus Vernetzung, plus zumindest die Möglichkeit der Kapitalhilfe. Diese Chance müssen wir nutzen. Da gibt es für mich drei Dinge, die eine große Rolle spielen.

(Ole von Beust CDU)

A Das ist zum einen die Frage, wie wir junge Leute ausbilden, damit die Firmen, die hier investieren wollen, Nachwuchskräfte haben, als Gründerfirmen genug Leute haben, die hier arbeiten können. Da ist der Internet-Führerschein, der Multimedia-Führerschein ein kleiner Einstieg. Das andere ist – und das muß die Politik positiv bewerten und begleiten – die private Initiative, eine Multimedia-Akademie zu gründen. Das ist auf einem guten Weg. Wie ich gehört habe, wird im Laufe des März die Bemühung gekrönt in einer Konstitution einer solchen Einrichtung. Ich meine, hier muß die Politik wirklich unterstützen, soweit sie unterstützen kann.

Es ist traurig, wenn es die Politik nicht geschafft hat, eine solche Akademie zu gründen. Wenn es Private schaffen, ist es vielleicht sogar besser als Initiativkraft, weil auch Kapital gebunden wird, das in öffentlichen Kassen gar nicht vorhanden ist, aber hier muß die Politik tatkräftig helfen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist die Frage, wie es mit dem Kapital von Gründern ist. Auch hier ist einiges in Arbeit. Wie ich gehört habe, bemühen sich einige Hamburger Banken, diese Lücke durch konkrete Hilfestellung für Unternehmensgründer zu schließen und im März ein Programm vorzustellen, wo mit Banken, Joint-venture-Kapital und Begleitung durch Fachleute Gründer die Chance haben, auch Kapital für solche Unternehmensgründungen zu bekommen, wenn das Konzept stimmt.

Der dritte Punkt ist der entscheidende Punkt, wo die Politik ansetzen muß. Wenn wir sagen, daß es die entscheidende strategische Aufgabe in der Wirtschaftspolitik ist, dann muß sich diese Aufgabe aber auch durch alle Felder der Politik ziehen und darf nicht nur in den Bemühungen des Wirtschaftssenators enden.

B (Beifall bei der CDU – *Michael Fuchs CDU*: Sehr richtig!)

Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, wenn wir über Hamburg-Werbung diskutieren, ob nicht eine intensive Werbung für den neuen Medienstandort Hamburg, für den Internetstandort Hamburg, interessanter gewesen wäre als „Hamburg hat Pfeffer im Sack“. Ich glaube, hier wäre eine Chance gewesen und hier ist eine Chance, eine vernünftige Hamburg-Werbung zu machen, die auch internationale Maßstäbe hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg-Werbung ist auch Aufgabe der Politik. Hamburg-Werbung ist auch Aufgabe der Standortpolitik.

(*Dr. Holger Christier SPD*: Das sind aber Werbeagenturen!)

– Es ist schlimm genug, verehrter Herr Christier, wenn Werbeagenturen das machen müssen, weil der Senat nicht in die Puschen kommt.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns doch sehen, wie wir Hamburg-Werbung – und Hamburg-Werbung ist doch in der Vergangenheit immer als politische Standortwerbung verstanden worden –, die Chance des Multimedia- und Internetstandortes nutzen und nicht verkümmern lassen. Nur das will ich, und ich würde mich freuen, Sie würden es auch wollen.

Wie können wir neben dem Wirtschaftssektor auch den Bereich Multimedia, Internet mehr hineinziehen in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung? Hier einen Schwerpunkt, ein Profil der Hamburger Hochschulen zu bil-

den, ist wichtig für diesen Standort. Wie ist es mit der Kulturpolitik? Gehört nicht auch eine Kulturpolitik, die auf diese neue Form der Kultur zurückgreift, die neue Form der Kulturvermittlung im Internet und die die neuen Medien begreift, dazu? Wozu ich dringend rate und was ich bisher vermisse, ist, daß wir diese strategische Aufgabe als eine Querschnittsaufgabe der Hamburger Politik verstehen und nicht nur als eine Nische des Wirtschaftssenators, mit der er sich profilieren kann. Wir müssen alle an einem Strang ziehen. Das ist für den Standort von großer Wichtigkeit, wenn wir diese Aufgabe meistern wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Professor Dr. Hajen.

Dr. Leonhard Hajen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die größte Aufmerksamkeit erregt Hamburg im Moment bundesweit nicht durch Plakate „Hamburg hat Pfeffer im Sack“, sondern durch das Moorhuhn.

(*Ole von Beust CDU*: Wie viele Punkte haben Sie denn?)

– Ja, aber an dem Beispiel Moorhuhn, ein Spiel, das man sich für eineinhalb Minuten aus dem Netz runterladen kann und was sozusagen im Nebeneffekt per Banner für eine Whisky-Marke wirbt, kann man alles veranschaulichen, was eigentlich diese neue Ökonomie ausmacht.

Erstens ist klar, Herr Hackbusch, daß das nur über Kommerz läuft. Das Spiel ist prima, aber der Banner für die Werbung ist das Entscheidende. Technisch ist es natürlich auch heute möglich, Filterprogramme einzubauen, die jede Werbung rausschmeißt. Das wäre nur das Ende des Netzes, weil das *ist* werbungsgetrieben, und da muß man sich entscheiden. Davon muß man aber die Frage trennen, ob zum Beispiel dadurch, daß ein privates Unternehmen den Provider für den Hamburger Senat darstellt, ob man dieses Instrument für kommerzielle Zwecke nimmt. Das *darf* nicht sein im Sinne von Datenaustausch, das *kann* sein im Sinne von Werbung in diesem Verfahren, aber es wäre auch das Ende jeder elektronischen Kommunikation des Staates mit dem Bürger, wenn an dieser Stelle gegen Datenschutz verstoßen würde. Deswegen bin ich da sehr sicher, daß das nicht geschehen wird.

Zweitens: Das größte Hemmnis für eine breitere Einführung von Netz und Nutzung des Netzes ist in Deutschland immer noch der zu hohe Preis für die Telefonminute.

(*Farid Müller GAL*: Die Telekom!)

Da sind wir zu den internationalen Wettbewerbern ein Hochpreisland sondergleichen. Heute ist es kein Kunststück, den Zugang zum Netz umsonst anzubieten, aber ich weiß von Studierenden und Schülern, daß da manchmal schon die Telefonrechnung durch das Netz auf 130, 140 DM im Monat hochschnellt, was viel Geld ist. Von daher auch von dieser Stelle der Appell: An den Gebühren muß in der Tat an dieser Stelle nach unten gedreht werden, wenn wir den Netzzugang für alle ermöglichen wollen.

Das letzte, was ich an dem Beispiel Moorhuhn deutlich machen möchte, ist, daß es eben eine ganz neue Ökonomie ist. Das sind nicht mehr wie früher Kapital und Arbeit, die entscheidend sind, sondern es ist eine Ökonomie der Aufmerksamkeit, wo man versuchen muß, durch seine Kreativität, durch sein Produkt viele Menschen zu erreichen.

(Dr. Leonhard Hajen SPD)

A Das Besondere ist, daß jeder Zugriff dazu hat und sein Geld nur und ausschließlich über mitlaufende Werbung verdient. Aber diese Kreativität zu fördern, dazu haben wir in Hamburg gute Voraussetzungen. Dazu können diese vielen kleinen Unternehmen – dazu gehört die breite Szene, das ist Ottensen, das ist Bahrenfeld, das hat Herr Dobritz richtig gesagt – sehr viel beitragen. Ich glaube, wir können auch für Hamburg mit Stolz sagen, daß wir da überhaupt keinen Rückstand gegenüber anderen Wettbewerbern haben, auch was diese Ausbildungsseite angeht.

Wir haben an der Universität und an der Technischen Universität auf jeden Fall als einen der größten Fachbereiche die Informatik, und zwar sehr früh gebildet. Wir haben in Hamburg die Spezialisten für Datenbanksysteme. Wenn es einen Bereich gibt, der zentral und wichtig für E-Commerce ist, dann sind das Datenbanksysteme. Ich glaube, hier haben wir auch die richtigen Investitionen für die Zukunft getätigt, und auf diesem Weg müssen wir auch weitergehen, weil sich hier viel entwickeln wird.

Auf der anderen Seite lassen Sie uns bitte nie vergessen, es ist auch nicht der Traum, den ich mir wünschen würde, das papierlose Büro, sondern es werden immer noch mindestens die Hälfte der Menschen in den nächsten 20 Jahren nicht am Netz sein. Auch für die müssen wir natürlich Leistungen und Dienstleistungen anbieten.

Mein kleiner Traum zum Schluß wäre, weil ich gerade aus solch einer Streßsituation komme, daß auch dann, wenn man es ganz eilig hat, der ganz konventionelle Drucker hinter dem PC wirklich funktioniert und nicht streikt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

B

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zu dem von der CDU angemeldeten Thema:

Wie effizient ist unser Bildungssystem: Green Cards und Schulanmeldezahlen

Wer wünscht hierzu das Wort? – Das Wort hat Herr Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Frau Präsidentin! Der Senator hat gesagt, das Problem, das wir eben diskutiert haben, sei in der Wirtschaft erzeugt. Ich glaube zwar auch, daß das Klagegedicht der Wirtschaft zu hoch ausgefallen ist, aber dennoch ist es ein ganz klarer Sachverhalt. Es ist unglaublich für unsere Gesellschaft, fremde Intelligenz im Ausland nach Deutschland einkaufen zu müssen. Das ist ein Offenbarungseid, meine Damen und Herren.

(*Peter Zamory* GAL: Wo ist die irdische Intelligenz?)

Für Hamburg ist die Frage der Ausbildung von IT ein äußerst wichtiger Sachverhalt, weil Hamburg, wie wir eben gehört haben, ganz heftig von der Entwicklung im IT-Bereich profitiert. Es wäre also zu vermuten gewesen, daß in Hamburg Bildung und Ausbildung auf diesen zukunftsträchtigen Markt zielt, auch weil Hamburg sich gerne brüstet mit der hohen Abiturientenrate, sich brüstet mit 13 Schuljahren, mit diversen Hochschulen und diversen schönen Bekenntnissen zur Zukunft.

Was nützen uns die hohen Zahlen von Absolventen von Gymnasien und Hochschulen, wenn die Leute nicht das können, was sie brauchen?

C

Es hat offensichtlich in Hamburg nicht funktioniert, die Ausbildung in Schulen und Hochschulen so zu gestalten, daß wir die Experten ausbilden, die wir brauchen. Die IHK hat das schon länger gesagt, Debis, SAP und Siemens. Auch Airbus hat gefragt, wo kriegen wir die Experten, die Fachleute her. Das ist das Problem der Bildungspolitik in Hamburg.

Natürlich spiegelt sich außer schlechter Bildungspolitik auch die Stimmung der Gesellschaft wider. Wir haben trotz steigender Abiturientenzahlen eine sinkende Nachfrage nach Studienplätzen in Naturwissenschaft und Technik. Wir schlendern seit Jahren am Abgrund der Technikskepsis. 1968 plus minus zehn. Einige hier in diesem Hause haben das immer wieder zu guten politischen Preisen verkauft: Biotech-Skepsis, Gentechnik-Skepsis, Magnetschwebbahn-Skepsis, Forschungsreaktor-Garching-Skepsis, A3XX hier bauen – immer Skepsis.

In Hamburg haben wir begonnen, schöne Fächer zu lieben. Die Schüler kombinieren sich das für ihr Abitur so schön hin, daß es gut ist und schlaue für die Noten, aber jeweils weg von Technik, Naturwissenschaft, Mathematik und Informatik. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß wir uns aus Nettigkeit scheuen, den jungen Leuten zu sagen, wo etwas im argen ist. Man muß den jungen Leuten auch etwas zumuten und ihnen etwas abverlangen und zutrauen.

Jetzt zu der Seite der Universität. Die Zahl der Studienabsolventen in diesen Fächern ist um den Faktor zwei bis drei zu niedrig. Das Durchschnittsalter, wenn man Diplom oder Magister macht, ist 28,2 Jahre. Das ist zu hoch.

D

Die vom Senat angeordneten Stellenstreichungen an der Universität – jede zweite Stelle wird weggenommen – verlaufen so unsystematisch, daß zum Beispiel bei der Informatik 10 Prozent gestrichen werden, obwohl wir doch bei der Informatik einen Zuwachs brauchen. Das ist eine unsinnige Hochschulpolitik. Da müssen wir dagegen.

(Beifall bei der CDU)

Ich lese gestern, daß die Nachfrage nach einem Studienplatz in der Wirtschaftsinformatik doppelt so groß ist wie die Kapazität. Das kann doch nicht wahr sein nach dem, was man von Senator Mirow gehört hat. 1991 ist für den Fachbereich Wirtschaftsinformatik ein geeigneter Hörsaal versprochen worden. Er ist bis heute nicht da. Die Studenten pendeln zwischen Stellingen und der Schlüterstraße, und das hat der Senat zu verantworten und nicht die Industrie.

Dabei hat der Prodekan Informatik gerade erst bestätigt, daß die viel zu wenig Informatik-Absolventen gar keine Arbeitsplatzsorgen haben. Hier sind Strukturentscheidungen nötig. Ich verstehe nicht, warum in Hamburg die Hochschulpolitik und Hochschuladministration die erkennbar geeigneten Wege nicht geht, und ich kritisiere das.

(Beifall bei der CDU)

Ein Wort zu Schule. Mein Amt hat neulich Computer verschenkt. Ich hatte das vermittelt für eine Schule in Jenfeld. Ich weiß nicht, was jetzt mit den Computern passiert. Da müssen nämlich auch Lehrer sein, die damit umgehen können.

(Dr. Roland Salchow CDU)

A (Dr. Martin Schmidt GAL: Die lernen das von den Schülern!)

Das einfache Hinstellen von Computern löst ja nicht das Problem an den Schulen. In einem Leserbrief im „Hamburger Abendblatt“ wurde der Hinweis gegeben, daß das Lehreralter ja immer höher wird, weil man junge Lehrer nicht einstellt. Das ist ein Problem der Hamburger Bildungspolitik.

Wenn Herr Henkel vom Bundesverband der Deutschen Industrie meint, daß man das, was Herr Schröder angeleiert hat, auch auf andere Felder der Wissenschaft ausweiten soll, dann bin ich sehr skeptisch.

Es darf nicht dazu kommen, daß sich in dieser Gesellschaft die Gewerkschaften mit der Rente mit 60 oder der Verkürzung der Arbeitszeit vergnügen und sich gleichzeitig unser Bildungssystem auf die bequemen Teile der Bildung stürzt. Für das Anstrengende kaufen wir dann Leute im Ausland auf, aus Tschechien oder Indien, das kann doch nicht sein,

(Wolfgang Baar SPD: Das tut doch weh! – Dr. Monika Schaal SPD: Das ist doch Blödsinn!)

und die eigenen Spitzenkräfte, die wir haben, gehen zu einem guten Teil nach USA und Singapur, weil sie da mehr Geld verdienen, und schicken nach zwölf Jahren, satt verdient oder preisausgezeichnet, eine Ansichtskarte ins museale Hamburg.

(Glocke)

Der letzte Satz, Frau Präsidentin. Globalisierung nimmt keine Rücksicht auf unsere Wünsche nach Bedächtigkeit und Gemütlichkeit und auch nicht nach der Kultur des Zufußgehens oder nach Ökofonds. Ich plädiere ganz energisch dafür, in der Schulpolitik und der Hochschulpolitik auf die aktuellen Bedarfe umzuschalten. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

B

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Salchow, Ihre Rede hat mich nicht besonders überzeugt. Manchmal haben Sie hier schon fundierter und sachlicher argumentiert.

Es ist noch gar nicht lange her, da hatten wir einen Kanzler, der Datenautobahnen für eine spezielle Form des Straßenverkehrs hielt, was uns im nachhinein nicht besonders überrascht, mußte Herr Dr. Kohl doch wohl immerfort an „Bimbos“ denken.

(Oh-Rufe von der CDU)

Ein Fan des Internet-Banking ist er wohl auch nicht gewesen.

Besonders dreist ist, daß die CDU uns heute hier in Hamburg die Technologiefeindlichkeit der damaligen CDU-Bundesregierung als Verschulden von Kanzler Schröder verkaufen will. Bis 1998 war doch der Forschungshaushalt in Bonn die Sparkasse der CDU-Bundesregierungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nur Herr Möllemann hatte mit dem Forschungshaushalt ein bißchen mehr Glück, bevor er Opfer einer sehr einfachen Technologie wurde.

Die Absolventen der Hochschulen, die heute ihre Abschlüsse machen – und da beklagt Herr Salchow die zu geringe Zahl –, haben vor vier bis sieben Jahren begonnen zu studieren. Das ist also noch die Hochzeit der Kohlschen Kanzlerschaft gewesen. Das war die Zeit der Dolores-Programme.

C

(Karen Koop CDU: Haben Sie schon mal von der Kulturhoheit der Länder gehört?)

Diese schmerzvollen Programme der Arbeitsplatzvernichtung im technischen Bereich haben doch allen interessierten jungen Menschen klargemacht, wer Ingenieur wird, der hat es „schwör“ auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere die Industrie hat es versäumt, antizyklisch einzustellen, und beklagt sich jetzt beim Staat über die eigenen Versäumnisse. Die CDU macht da natürlich mit, denn so läßt sich besonders bequem von eigenen Fehlern ablenken.

Ich will ein wenig zu den Hamburger Zahlen sagen. Der Fachbereich Informatik 1998 hatte 242 Studienplätze laut Kapazitätsverordnung. Davon konnten nur 230 vergeben werden. Das heißt, das Problem ist nicht, daß dort Studienplätze gestrichen worden sind, sondern daß die Nachfrage nicht so hoch war, wie man sie sich vielleicht hätte wünschen können.

An der Fachhochschule ist die Situation ähnlich. Im Studiengang Software-Technik 1999 48 Studienplätze vorhanden, 96 Bewerbungen. Vergebene Studienplätze nachher letztendlich 40. Bei der Technischen Informatik an der Fachhochschule ist die Situation wie folgt: 48 Studienplätze vorhanden, 82 Bewerbungen und nachher vergeben tatsächlich 48.

Auch wenn es manchen CDU-Abgeordneten nicht in das ideologische Konzept paßt, diese Studiengänge sind unterausgelastet und nicht das Opfer von falschen Strukturentscheidungen in Hamburg geworden. Die Wahrheit ist, daß die Kapazität entsprechend den Stellenstreichungen in diesen Bereichen nicht besonders abgesenkt wurde, sondern daß entgegen dem Schweinezyklus sozusagen dort Kapazität vorgehalten wurde. Aber dazu können wir die nächste Aktuelle Stunde machen. Aber vorsichtig. Auch um dieses Thema hat sich die SPD-Fraktion schon gekümmert. Sie können das in unserer Großen Anfrage Drucksache 16/1204, der Kleinen Anfrage Drucksache 16/1529 und dem Antrag Drucksache 16/1639 nachlesen. Zumindest die Kollegin Koop scheint diese Drucksachen gelesen zu haben und sagt dazu etwas in der Presse. Insofern meinen herzlichen Glückwunsch zum erfolgreichen Ideenklau.

D

Der rotgrüne Senat wird das Berichtersuchen Drucksache 16/1639 bestimmt bald beantworten. Dann können wir das alles weiter debattieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Salchow, es war eigentlich nichts Neues dabei. Wenn ich mir anschau, wie wichtig und wie ernsthaft diese Frage zu beantworten ist und welche Lösungen gefunden werden müssen, dann kann man mit solch einer Kritik eigentlich nicht weiterkommen. Wir, die Grünen, haben in dem letzten Jahr ganz deutlich unter dem Motto „Lernen mit Kopf, Herz und Bildschirm“ bundesweit in den verschiedensten Veranstaltungen gemeinsam mit IBM, Siemens und Bertelsmann genau dieses Thema mit

(Christa Goetsch GAL)

- A vorangebracht. Es ist völlig klar, daß wir nachhaltig eine ganz andere Bildungspolitik in diesem Informations- und Kommunikationszeitalter brauchen.

Wenn ich mir den Forderungskatalog bundesweit der Grünen anschau, dann sind wir hier in Hamburg Spitze. Der freie Zugang für alle Schülerinnen und Schüler zu den neuen Informations- und Kommunikationsmedien auch nach dem Unterricht muß gewährleistet sein. In der Schule wird er in Kürze gewährleistet, wie er demnächst auch für alle Hamburger gewährleistet wird.

Die Ausstattung – immer wieder angesprochen – ist inzwischen – wie auch letztthin das „Hamburger Abendblatt“ berichtete – auch in den allgemeinbildenden Schulen vorhanden. Was sicherlich noch fehlt, ist, daß natürlich die Schulen auch zu offenen Häusern und zu Selbstlernzentren werden müssen. Die Schulverwaltungen und Klassenzimmer werden zur Zeit mit Netzwerken ausgerüstet. Wir haben sicherlich noch zu tun in der Digitalisierung von Unterrichtseinheiten, in der Modularisierung von Curricula und so weiter.

Ich glaube, das Hauptproblem ist die Qualifizierung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und auch der Hochschullehrer und -lehrerinnen. Da sind sicherlich noch eine Menge Maschinenstürmer dabei. Wenn man dann so alt ist wie Sie, Herr Salchow, und ich, dann muß man sich noch einmal ganz anders daransetzen. Ich muß mir oft noch Nachhilfe bei den jungen Kollegen meiner Fraktion, besonders bei Axel Bühler holen, wenn dann wieder einmal die E-Mail nicht funktioniert. Das heißt, auch wir haben schon ein großes Maß an Fortbildung nötig.

Noch ein Punkt, Herr Salchow, so schlecht kann es gar nicht sein, wenn Sie daran denken, wie viele Hamburger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auch mit der Green Card in den USA sind.

B

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist ja das Problem, daß sie hier nicht bleiben!)

Aber Sie haben noch ein zweites Thema angemeldet, nicht nur: Wie effizient ist unser Bildungssystem, sondern: Green Cards und Schulanmeldezahlen. Wir müssen, damit wir heute das Thema nicht ganz verfehlen, dann doch zu diesem Punkt kommen, bei dem alle mitreden wollen, die einen mediengerecht, die anderen fachkundig oder elterngerecht. Die Ideenmottenkiste von der CDU hat wieder ein Rollback in die sechziger Jahre gefunden: Probewochen oder die wunderbare Aufnahmeprüfung, die sicher viele von uns noch genossen haben.

Dann wird Schulpolitik angeblich auch im „Hamburger Abendblatt“ gemacht, ich aber finde, wir sollen Schulpolitik hier in der Bürgerschaft machen und uns ernsthaft fragen, wohin die Reise gehen soll.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist klar, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse – das ist von allen angeführt – härter geworden sind. Der Arbeitsmarkt hat sich verschärft. Es werden hochqualifizierte Fachleute gesucht, und das ist natürlich Grundvoraussetzung für die Chancen im späteren Arbeitsleben.

Das Anmeldeverhalten der Eltern in Hamburg ist mir ein deutliches Signal. Die Eltern wollen ihren Kindern selbstverständlich die bestmögliche Schullaufbahn und natürlich den höchstmöglichen Abschluß ermöglichen. Das ist ihr gutes Recht, und das will keiner ihnen strittig machen. Das passiert natürlich auch bei den hohen Anmeldezahlen,

auch in vielen Gesamtschulen und unter anderem auch in der kooperativen Gesamtschule. Auch das ist Wille der Eltern, die ein deutliches Signal geben. Wir müssen uns fragen: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Sind die Schulen auf diesen Andrang vorbereitet? Was passiert mit den bitteren Rückläuferkarrieren, die dann doch häufig vorprogrammiert sind? Kann das durch eine Beratung verändert werden?

C

Wir müssen natürlich auch die Tatsache sehen, daß 30 Prozent der Nichtempfohlenen dann doch zum Abitur kommen. Es sind also viele Fragen zu lösen. Die hohe Anmeldezahl an der kooperativen Gesamtschule gibt uns Grünen vielleicht doch wieder recht, daß man sechs Jahre warten muß, um zu Entscheidungen zu kommen, denn die Eltern wählen bewußt den getrennten Weg erst nach der sechsten Klasse.

Zu den Gymnasien selber. 45 Prozent Anmeldezahlen in den Gymnasien, das heißt, es handelt sich hier um Gesamtgymnasien. Entsprechend müssen sie sich auf die Schülerschaft einstellen, auf die Heterogenität, und das ist die Frage, ob sie das wollen oder nicht.

(Glocke)

Ich komme zum Schluß. Ich persönlich fordere dringend eine Schulentwicklungsplanung, Einbeziehung des Elternwahlverhaltens, und zwar wirklich eine Standortplanung mit der Karte in der Hand, Stadtteil für Stadtteil, um zu schauen, wie die Versorgung aussieht, um wirklich Qualitätsentwicklung von Schule zu garantieren. Ihre Morgenluftwitterei, meine Damen und Herren von der CDU, wieder gegen die Gesamtschulen zu schießen, ist alles andere als hilfreich. Ich denke, wir müssen wieder in diesem Sinne von Schulentwicklung Schulpolitik in dieser Stadt machen. – Danke.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man sollte sich bei dieser Debatte zunächst einmal vor Augen führen, was Herr Mirow am Anfang gesagt hat, nämlich daß diese beiden von der CDU zum Bildungsthema eingebrachten Stichworte Green Cards und Schulanmeldezahlen tatsächlich hausgemachte Probleme einer jahrelang verfehlten Bildungspolitik sind. Sie sind hausgemacht, weil es tatsächlich alle Parteien waren – CDU, SPD und GAL –, die in allen bildungsrelevanten Haushalten eine unverantwortliche Kürzungspolitik betrieben haben, betreiben, Entwicklungen verschlafen, und die Kompensation, die sie dafür gemacht haben, war: Wettbewerb, Konkurrenz, Elite, Leistung und so weiter zu brüllen. Jetzt wundern wir uns oder Sie sind empört oder ratlos, daß Eltern ihre Kinder verstärkt auf Gymnasien anmelden. Da muß ich Frau Goetsch tatsächlich recht geben. Diese Eltern springen natürlich nur auf diesen von Ihnen politisch forcierten Zug auf, weil sie denken, an den Gymnasien werden ihren Kindern die besten Chancen für weiteres Leben geboten.

Die CDU zaubert dann ihre alten Hüte hervor und fordert mal wieder stärkere Barrieren für den Zugang zum Gymnasium, und in einem Abwasch sollen dann die Gesamtschulen natürlich auch allesamt abgeschafft oder im Höchstfall in kooperative Gesamtschulen umgeformt werden.

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Ole von Beust CDU: Das ist Quatsch!)

Das Interessante – und ich habe mich eben bei dem Redebeitrag der GAL wirklich gefragt, was hier eigentlich gespielt wird – war eigentlich, daß die GAL in der Presse auf den gleichen Zug aufgesprungen war, den die CDU hier einmal wieder gefahren ist, denn die GAL hat auch die Einschränkung des Elternwahlrechts für weiterführende Schulen gefordert und die Einführung einer Notenschwelle für Gymnasien.

(Ole von Beust CDU: Das stimmt!)

Dazu noch einmal drei Punkte.

Die Einführung eines NC für Gymnasien ist natürlich überhaupt keine Lösung, sondern verlagert diesen Auslese-Druck lediglich in das frühe Grundschulalter. Ich wundere mich, daß die GAL diese Position auf einmal vertritt, denn gerade die GAL war es ja, die einst die sechsjährige Grundschule mit dem Argument vorwärts brachte, daß Schülerinnen nicht so früh in Schubladen gesteckt werden dürfen, und jetzt fordern Sie die verschärfte Auslese für das Gymnasium ab Klasse 4. Entweder ist die GAL jetzt schulpolitisch völlig verwirrt, vielleicht ist sie aber auch einfach nur rückgratlos.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Außerdem habe ich mich bei dieser Debatte gefragt, was Sie eigentlich dagegen haben, daß möglichst viele Menschen das Bestreben haben, eine bestmögliche Bildung und Ausbildung zu bekommen, denn eigentlich sollte das doch unser politisches Ziel sein und auch als Notwendigkeit für die Gesellschaft überhaupt anerkannt werden. Der Fehler liegt meiner Meinung nach dann dabei, daß hier eine Debatte über Schulformen geführt wird. Statt sich aber ständig konkurrierend über Schulformen zu unterhalten, sollte es doch darum gehen, was in den Schulen gelehrt wird. Es geht also darum, wie Schulen inhaltlich gestaltet werden, und nicht, was draußen dransteht. Deswegen sind wir auch nach wie vor der Auffassung, daß integrative Systeme die sinnvollsten Systeme darstellen. Das sind zum einen natürlich integrative Systeme in Form von Gesamtschulen bis zur Klasse 10, andererseits sollten sich Schulen aber auch viel mehr in den Stadtteilen als integrative Systeme verstehen, sich in Stadtteilkonferenzen zusammensetzen und gemeinsam für die verschiedenen Ansprüche und Belange der Kinder vor Ort verantwortlich fühlen, statt das „Konkurrenzgehübere“ weiter zu betreiben und sich die Schulformen gegeneinander ausstechen zu lassen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zum Schluß noch ein Wort zu den Green Cards. Diese Green Cards sind tatsächlich ein Zeichen dafür, daß insbesondere eine falsche Hochschulpolitik betrieben wurde. Ich weiß auch nicht, woher Herr Marx seine Zahlen hat. Das würde mich doch noch einmal interessieren. Meine Kenntnis ist, daß es genügend Studierrillige gibt, daß es aber schlicht an den Kapazitäten fehlt. Insofern wäre mein Fazit zu diesem Thema Green Cards, als es natürlich deutlich macht, daß es einer stärkeren staatlichen Finanzierung und Offensive im Bildungsbereich bedarf, und zwar nicht nur auf der akademischen Ebene, genauso wie dieses Thema deutlich macht, Computerfachkräfte im Bereich der Berufsschulbildung und nicht zuletzt auch im Bereich der Unternehmen selbst auszubilden, die nämlich auch dafür verantwortlich sind, daß genügend Computerfachkräfte ausgebildet werden. Vielleicht sollte sich dann doch noch einmal über eine Umlagefinanzierung der Kopf zerbrochen werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke) C

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Marx, Sie haben versucht, die alte Bundesregierung für diesen Trend der Technologiefindlichkeit verantwortlich zu machen.

(Manfred Mahr GAL: Die war verantwortungslos!)

Hochschul- und Bildungspolitik ist Ländersache, und in Hamburg ist der SPD-geführte Senat seit Jahrzehnten für diese Politik zuständig. Deswegen können Sie die Verantwortung nicht wegschieben, sondern Sie müssen vor Ihrer eigenen Tür kehren und versuchen, die Probleme, die sie ausmachen, auch zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch, es war ja alles schön, was Sie zu den Computern gesagt haben. Nur, Quantität statt Qualität oder – andersherum gesagt – weniger wäre mehr gewesen. Wenn man Ihren Beitrag hört, hat man das Gefühl, daß wir in Hamburg, was die Ausstattung mit neuen Technologien angeht, auf einer Insel der Glückseligen leben.

(Farid Müller GAL: Was wollen Sie denn damit sagen?)

Ich frage mich nur, wo diese Insel ist, denn bisher hören wir dazu aus den Schulen mehr Kritik als Euphorie.

Kommen wir zur Schulpolitik zurück. Das Anmeldeverhalten der Eltern fünfter Klassen hat in diesem Schuljahr deutlich gemacht, daß das Schulsystem, wie es zur Zeit in dieser Stadt angeboten wird, offensichtlich nicht mehr der Nachfrage entspricht. Wenn Sie uns einen Griff in die Motte unterstellen, wie Sie das eben in Ihrer Rede getan haben, kann ich nur entgegnen, daß es ein Griff in die Motte der sechziger Jahre ist, wenn Sie – wie die REGENBOGEN-Gruppe – die integrierte Gesamtschule wieder hochleben. Die wollen die Eltern in Hamburg nicht mehr, und das zeigt sich in großen Bereichen an den schlechten Anmeldezahlen in dieser Schulform.

Die Gymnasialanmeldungen hingegen sind in den letzten acht Jahren um 23,1 Prozent angestiegen. Im Vergleich dazu sind die Anmeldezahlen für die integrierten Gesamtschulen um 10 Prozent gesunken. Gleichzeitig machen inzwischen in dieser Stadt ein Drittel aller Kinder Abitur. Leider steigt die Anzahl der Kinder ohne Schulabschluß weiter. Er liegt inzwischen bei 12 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist eine merkwürdige und nachdenkenswert Entwicklung.

Offensichtlich haben viele Eltern kein Vertrauen mehr in bestimmte Schulformen, sonst würden sie sich nicht so entscheiden. Vor wenigen Tagen sagte ein Schulleiter in Hamburg: „Die Gymnasien siegen sich zu Tode.“ Ich glaube, an diesem Ausspruch ist etwas dran.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ja!)

Wir haben dort immer mehr Leistungsheterogenität, und die Schulanforderungen werden immer stärker minimiert. Das hat auch die Lernaufganglagenuntersuchung – LAU – zu den unteren Leistungsbereichen gezeigt. Bald brauchen wir offensichtlich das Gymnasium der Gymnasien, damit wir noch eine vernünftige Hochschulqualifikation bekommen.

(Wolfgang Beuß CDU)

A (Dr. Roland Salchow CDU: Sehr richtig!)

Auch Ihr Springermodell, das Sie in diesem Zusammenhang vorgeschlagen haben, ist nicht mehr als ein hilfloses Känguruhmodell, weil es nicht die Probleme an unseren Schulen löst. Die Probleme liegen in der Tat im Schulsystem, das in Hamburg endlich wieder auf die Füße gestellt werden muß. Wir brauchen dazu insbesondere eine intensivere Förderung der Haupt- und Realschulen. Hier mangelt es in dieser Stadt. Diese beiden Schulformen führen seit Jahren ein Schattendasein.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht darum, die integrierten Gesamtschulen in Hamburg mit einem Kahlschlag vom Hof zu fegen,

(Dr. Holger Christier SPD: Schrittweise!)

sondern wir müssen sie auffordern, neue Konzeptionen ihrer Arbeit vorzulegen, denn sie haben sehr viel Sachmittel und Personal. Es muß ja bei den Gesamtschulen etwas völlig verkehrt laufen, weil ihnen jetzt die Gymnasien den Rang ablaufen. Die Gesamtschulen sind gefordert, endlich Zahlen und Fakten zu liefern und zu sagen, was sie wollen.

Frau Goetsch, ich finde es gut, was Sie eben gesagt haben. Ich glaube, wir müssen zum alten SEPL zurückkehren. Wir brauchen in dieser Stadt eine vernünftige Schulentwicklungsplanung. Es geht nicht mehr weiter, daß die Behörde vor sich her plant, immer nach den Anmeldezahlen luschart und dann sagt, vielleicht werden doch noch ein paar Schüler mehr nachgemeldet und wir bekommen das noch an dem Standort geflickt. Statt sich über sechsjährige Grundschulen Gedanken zu machen, sollten wir lieber überlegen, wie das Hamburger Schulsystem reformiert werden kann, damit es endlich wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten ist deutlich geworden, daß die Opposition in Hamburg wichtige konzeptionelle Teile sozialdemokratischer Schulpolitik übernommen und unterstützt hat, sei es die Ganztagschule oder auch die Verlässliche Halbtagsgrundschule. Und sie hat auch anerkannt, weil die Zahlen eine sehr deutliche Sprache sprechen, daß Hamburg für die Schulbildung der Kinder und Jugendlichen wesentlich mehr ausgibt als jedes andere Bundesland. Das ist unbestritten.

(Ole von Beust CDU: Statistisch!)

Was verbleibt eigentlich in der schulpolitischen Debatte? Es verbleibt im Kern eine Debatte um Qualität von Schule. In diesem Sinne ist für heute eine für die SPD schon lange wichtige Debatte angemeldet worden. Dafür brauchen wir die Opposition nicht. Die Debatte muß aber mit Augenmaß geführt werden und darf politisch nicht instrumentalisiert werden.

Sie haben heute, Herr Beuß, relativ mäßig geredet,

(Dr. Roland Salchow CDU: Sind das jetzt Kopfnoten? – Ole von Beust CDU: Besser mäßig als mitelmäßig!)

aber in üblichen Debatten machen Sie immer den Versuch, die Qualität des Hamburger Schulwesens herunterzure-

den. Deshalb sage ich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit, daß die Hamburger Schulabgänger in ihrem jeweiligen Leistungsspektrum nicht mehr und nicht weniger können als andere in anderen Bundesländern. Hamburger Schülerinnen und Schüler sind nicht schlechter als andere.

(Ulf Laffrenz CDU: Das merkt nur keiner!)

Sie haben das heute in Ihrem Beitrag nicht gesagt, aber ich will das trotzdem wiederholen. Es gibt nicht eine einzige auf Hamburg bezogene Untersuchung, die das belegen könnte. Erst das Projekt PISA wird möglicherweise erste Vergleiche zulassen.

Weil Sie so wenig über Qualität geredet haben, möchte ich zum Thema Qualität von Schule ein bißchen mehr sagen. Zur sozialdemokratischen Schulpolitik gehört ganz selbstverständlich, daß wir sehr genau hinschauen, an welchen Stellen wir Schule und Unterricht besser machen können und müssen. Ich möchte dafür drei Beispiele nennen.

Wir haben in der Grundschule eine sehr, sehr wichtige Reform auf den Weg gebracht, denn die Grundschule stellt wichtige Weichen für die weitere Laufbahn der Kinder. Die inhaltliche Entwicklung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule ist nicht abgeschlossen. Sie wird sich qualitativ weiterentwickeln müssen. Aber die Entscheidung, mehr Zeit und andere Unterrichtsstrukturen zuzulassen, war und ist völlig richtig. Das hat in einem sehr hohen Maße mit Qualität von Schule zu tun.

Ich nenne noch einen zweiten Punkt, damit wir wissen, worüber wir reden. Wenn die Schulforschung feststellt, daß es von der erwarteten Schülerleistung her positive und negative Abweichungen gibt, dann muß herausgearbeitet werden, was Methodik und Lehrerleistung damit zu tun haben, um Lernprozesse bei den Schülerinnen und Schülern qualitativ zu gestalten.

Ein letzter Punkt: In den nächsten zehn bis 15 Jahren wird die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer ausgewechselt. Damit bekommt die Lehrerbildung eine neue qualitative Chance, die wir nutzen müssen. Um diese Aspekte, meine Damen und Herren, wird es in Zukunft gehen. Mit der bundesweit einmaligen Schulforschung in Hamburg – LAU Klasse 5, LAU Klasse 7 –, mit der VHGS, mit den Vergleichsarbeiten, mit der Stärkung der Kernfächer und mit der kommenden Reform in der Lehrerbildung ist in Hamburg qualitativ Beachtliches geleistet worden. Das wird auch niemand herunterreden können. Wenn Sie meinen – so habe ich Sie verstanden und beziehe mich auch auf Ihre Presseerklärung –, mit der Schließung von Gesamtschulen, mit Ihrem Konzept, so früh wie möglich aussortieren und wieder einsortieren, mit zwölf statt 13 Jahren zum Abitur – darüber kann man unter anderen Gesichtspunkten durchaus reden –, mit einem einwöchigen Probeunterricht oder mit weiteren Notenschwellen werden sich der Unterricht und die Lernleistungen qualitativ besser gestalten lassen, dann sind das nur vordergründig Lösungen. In Wahrheit ist Ihnen die Debatte um die Qualität von Schule schon lange davongelaufen.

Noch einige Anmerkungen zur Anmelderunde. Ich muß hier nicht das Schulgesetz wiedergeben. Dort ist im Grunde alles geregelt. Aber ein Punkt ist mir hier noch wichtig. Wenn 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler erfolgreich das Gymnasium ohne Gymnasialempfehlung besuchen,

(Karen Koop CDU: Was heißt erfolgreich?)

wenn am Ende der Klassenstufe 6 der Lernstand von 11,9 Prozent der Gymnasialschüler unterhalb der erwartete-

C

D

(Günter Frank SPD)

A ten Mindestleistung liegt, im HR-Bereich 13,6 Prozent der Schüler mit ihrem Lernstand aber im typisch gymnasialen Bereich liegen, dann muß die Frage der schulischen Übergänge sehr eingehend untersucht werden. Dazu gehört auch der Aspekt, daß es Kinder von übereifrigen Eltern gibt, die eine klar erkennbar falsche Schulform wählen. Aber Schnellschüsse sind hier in keiner Weise angebracht, denn an dieser Stelle werden Chancen verbaut oder auch Chancen eröffnet. Ich komme zum Schluß.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Frank, Sie hatten Ihren Schlußsatz eben schon.

Günter Frank (fortfahrend): Ja, dann mache ich an dieser Stelle Schluß und melde mich gegebenenfalls später noch einmal zu Wort.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Dr. de Lorent.

(*Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Na, bügel das mal wieder aus!)

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Es ist wirklich bedauerlich, daß bildungspolitische Debatten immer zu Veranstaltungen werden, in denen Glaubensbekenntnisse abgegeben werden und praktisch keine Schublade verklemmt genug ist, als daß sie nicht aufgezogen wird. Ich habe Verständnis, Herr Salchow hat heute seine Jungferrede als neuer wissenschaftspolitischer Sprecher gehalten. Ich fand sie nicht überzeugend. Ihre Beispiele hatten keine Stringenz. Die Magnetschwebbahn, die Sie hier beispielsweise anführen, kann man nicht als Beleg dafür nehmen, daß unsere Schüler, Studierenden und Ingenieure nicht in der Lage sind, technologisch interessante Dinge zu fabrizieren. Der Transrapid ist daran gescheitert, daß er ökonomisch nicht sinnvoll einsetzbar war. Aber er ist hier gebaut; dazu brauchten wir keine Wissenschaftler und Techniker aus den USA oder aus Asien.

B

Ich will auf die Frage, wie unser Hochschulsystem ist, gar nicht eingehen. Wir haben viele Debatten darüber geführt. Ich habe schon einmal gesagt, daß man in der Bundesrepublik auf Hamburg guckt, weil hier interessante Sachen gemacht werden. Das Prinzip der Ziel- und Leistungsvereinbarung möchte ich hier nur als Stichwort nennen. Die Autonomie der Hochschulen und Schulen und ihre Profilbildung, die es möglich machen, eigene Profile und Hochqualifiziertes zu leisten, will ich nur kurz erwähnen.

Was heißt es eigentlich, wenn es in bestimmten Bereichen eine Situation gibt, die es erforderlich macht, Leute aus den USA, aus Indien oder Japan zu holen? Ist das ein Beleg dafür, daß das Bildungssystem in diesen Ländern besser ist? Diese Frage muß man stellen, denn damit wird ein Zusammenhang hergestellt; aber man muß sie absolut verneinen.

(Beifall bei *Elisabeth Schilling und Wolf-Dieter Scheurell, beide SPD*)

Wir tun gut daran, für unsere Schülerinnen, Schüler und Studierenden eine breite Qualifikation zu ermöglichen, gerade sozial Schwache und Leistungsstarke besonders zu fördern, aber nicht eine Gruppe zu vernachlässigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

Wenn man schon gezwungen ist, in Glaubensbekenntnisse einzutreten,

(*Dr. Holger Christier SPD*: Na, denn mal los!)

dann entgegne ich: Natürlich fordert die GAL nicht die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium. Natürlich halten wir es nach wie vor für richtig, den Kindern länger Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und sich erst später festzulegen. Wer kann gegen ein Elternwahlrecht und grundsätzlich gegen ein Wahlrecht sein! Das ist aber nicht der Punkt gewesen.

(Zuruf von *Wolfgang Beuß CDU*)

– Hören Sie bis zum Ende zu. Sie hören jetzt etwas aus erster Hand oder aus erstem Mund.

Der Punkt ist – da fängt es an, interessant und auch differenziert zu werden –, daß diese Anmelderunde stärker als alle anderen zuvor mehrere Probleme aufgezeigt hat. 45 Prozent der Kinder eines Jahrgangs werden an eine Schule gemeldet, die darauf organisatorisch, räumlich, personell und pädagogisch nicht vorbereitet ist.

(*Günter Frank SPD*: Das ist doch Quatsch!)

Außerdem werden Kinder zunehmend an Gymnasien angemeldet, deren Grundschullehrer – mit Recht – sagen, daß das Scheitern dieser Kinder vorprogrammiert ist. Alle Kolleginnen und Kollegen, die an Haupt- und Realschulen arbeiten, sagen – ich bin zum Beispiel einer davon, der jahrelang sogenannte Rückläuferkinder aus den Gymnasien unterrichtet hat –, daß sie ab der siebten bis zur zehnten Klasse brauchen, um diese Kinder einigermaßen wieder zu stabilisieren. Das ist ein ernsthaftes Problem, über das man sich unterhalten muß. Man muß sich genau überlegen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Es ist sicherlich sehr verkürzt gedacht, es auf ein Einfachmodell mit dem Einziehen von Notenschwellen zu reduzieren und das Hauptaugenmerk der Diskussion darauf zu legen.

(Zuruf von *Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

– Warte ab.

Der REGENBOGEN muß mit seinen Billigrezepten ganz vorsichtig sein, die sagen, die Gesamtschule solle jetzt flächendeckend eingeführt werden. Das wäre ungefähr so, als würden sie Wohlstand für alle oder Rückenwind auf allen Radfahrwegen fordern. Das ist zu einfach und hat mit Politik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD sowie Heiterkeit im ganzen Hause)

Was machen wir, um Eltern vernünftig zu beraten? Da gibt es ein zweites Problem. Die Informationsveranstaltungen für Eltern der vierten Klasse sind nämlich mittlerweile sehr schwierig und problematisch, weil ihr Erfolg daran geknüpft ist, daß Schulstandorte erhalten bleiben. Das führt dazu, daß häufig absolut irrwitzig und verkürzt argumentiert wird. Eltern nehmen manchmal im guten Glauben die Argumente an und treffen dann für ihre Kinder Entscheidungen, die zwar manchen Schulstandort retten, aber für ihre Kinder verkehrt sind. Das muß kritisch überprüft werden. Es wäre hilfreich, wenn eine unabhängige Kommission überprüft, welches die Gründe für Eltern sind, bestimmte Schulstandorte und bestimmte Schulformen zu wählen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D

A **Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Frau Senatorin Raab.

(*Ole von Beust CDU:* Fünf Minuten!)

Senatorin Rosemarie Raab: Herr von Beust, ich glaube nicht, daß ich Ihren Wunsch, auch wenn er nachvollziehbar ist, auf die Sekunde erfülle,

(*Heino Vahldieck CDU:* Das glauben wir auch nicht!)

aber ich werde mich bemühen. Den guten Willen sollten Sie anerkennen.

(*Ole von Beust CDU:* Der gute Wille ist schon viel!
– *Heino Vahldieck CDU:* Wenn Sie nur 50 Prozent überziehen, wäre es schon gut!)

Meine Damen und Herren! „Wie effizient ist unser Bildungssystem?“ hat die CDU gefragt. Um das herauszufinden, startet in diesen Wochen – Herr Frank hat das schon erwähnt – das Programm „Programme For International Student Assessment“ – kurz PISA – in 32 Staaten der Welt. Es ist das umfassendste und sorgfältigst vorbereitete Forschungsvorhaben zur Erhebung von Leistungsindikatoren, das je in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde. Diese Sorgfalt kann ich nicht erkennen, wenn die CDU die Frage der Effizienz eines Bildungswesens daran messen will, wie Green Card oder Anmeldezahlen sich dazu verhalten. Das sind zwei Themen, die zur Zeit debattiert werden. Sie sind aber gewiß keine Leistungsindikatoren für das Bildungswesen.

B Was sagt das Anmeldeverhalten der Eltern über unser Bildungswesen aus? Zunächst einmal ist festzustellen – ich möchte Herrn de Lorent ausdrücklich widersprechen –, die Eltern verhalten sich absolut vernünftig, wenn fast drei Viertel für ihre Kinder eine Schulform wählen, die zum Abitur führt.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL:* Das habe ich nicht bestritten!)

Rational ist es in zweierlei Hinsicht: Zum einen reagieren sie auf die gestiegenen Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt, die in den nächsten zehn Jahren noch einmal gewaltig steigen werden. Zum anderen nehmen sie den gesetzlichen Auftrag der Schulen ernst. Sie vertrauen darauf, daß unsere Schulen – einerlei welcher Schulform – ihre Kinder bestmöglich fördern.

(*Rolf Harlinghausen CDU:* Aber bitter werden sie enttäuscht!)

Wir haben in Hamburg nach dem Willen des Gesetzgebers ein Schulsystem, das auf Förderung setzt, auf das Begaben von Kindern, und auf keines, das Begabung schon voraussetzt. Wir haben ein Schulsystem, das eine maximale Bildungsbeteiligung anstrebt. Wir haben kein Auslese-system, das Kinder frühestmöglich nach Begabung sortiert, und das aus gutem Grund.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist darauf angewiesen, daß die Bildungsbeteiligung weiter erhöht wird. Vielleicht ist einigen von Ihnen noch der SPD-Slogan aus dem Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bekannt:

„Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen.“

Dieser Slogan gilt auch heute noch, und zwar auch wegen des erhöhten Qualifikationsbedarfs und wegen der Chancen, die Kinder und Jugendliche haben – bezogen auf ihre

C weitere berufliche Laufbahn –, wenn sie Qualifikationen im Schulsystem erwerben. Auch heute ist erkennbar, daß die Qualifikationsanforderungen wachsen. Es gibt mehr Anforderungen an Grundqualifikationen, Lesekompetenz, Fremdsprachenbeherrschung, Sozialkompetenz, Medienkompetenz, Problemlösefähigkeit. Daß unsere Schulen aber diese Entwicklungen nicht verschlafen, sondern die veränderten Anforderungen schon lange als Herausforderung angenommen haben, spiegelt sich in ihren pädagogischen Schwerpunktsetzungen wider, mit denen sie zugleich auf die spezifischen Merkmale ihrer Schülerschaften reagieren.

Als Beispiel sei nur erwähnt, mit welchem Engagement die Schulen die neuen Medien im Unterricht Eingang finden lassen. Es ist schon angebracht, noch einmal deutlich zu betonen, daß Hamburg den anderen Bundesländern nicht nur in der Ausstattung der Schulen – im Internetbereich, im Internetzugang, im Intranet – zwei Jahre voraus ist, sondern auch in der Fortbildung und in der Beratung. Auch mit der Einrichtung des Landesmedienzentrums, mit einer Projektagentur, die allen Schulen Hilfe und Unterstützung gibt, mit der Ausbildung von Multiplikatoren im Medienbereich, mit der Bereitstellung von Etats für jede Schule, sich Fortbildung einkaufen zu können, ist Hamburg Spitze.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

Hamburgs Eltern verhalten sich absolut vernünftig. Sie setzen auf die pädagogische Leistungsfähigkeit unserer Schulen. Wenn die Lernausgangslagenuntersuchung allen Schulformen hohe Förderungserfolge bei den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern bescheinigt, wenn sie außerdem zeigt, daß der Lernzuwachs in den Klassen 5 und 6 alle bisher in der Forschung berichteten Fördererfolge übertrifft, dann ist zunächst festzuhalten, daß unsere Schulen ihren Bildungsauftrag mit hoher Verantwortung wahrnehmen.

(*Rolf Harlinghausen CDU:* Deswegen machen 12 Prozent keinen Abschluß!)

Daß es viel einfacher wäre, die Kinder zu sortieren, statt die unterrichtlichen Anforderungen zu differenzieren, versteht sich, aber das ginge, wie wir ebenso hinlänglich wissen, zu Lasten der Bildungsbeteiligung. Wer Sortieren statt Qualifizieren will, der soll das klar und deutlich benennen. Dann ist es konsequent, wenn das Elternwahlrecht abgeschafft wird, dann ist es konsequent, die Schulabschlüsse zu quotieren, und dann ist es ebenso konsequent, den Bildungsauftrag der Schulen zurückzunehmen.

Wer glaubt, anhand des Notenschnitts oder der Ergebnisse einer Aufnahmeprüfung bereits zu Beginn der Klasse 5 hinreichend sicher feststellen zu können, über welches Entwicklungspotential das einzelne Kind verfügt, der geht fahrlässig mit den Zukunftschancen unserer Kinder um.

D Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung aus dem Jahre 1994 verweisen, die das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Hamburg durchgeführt hat. Damals hat jeder dritte Gymnasiast der Stichprobe das Gymnasium ohne Grundschulempfehlung besucht. Ich weiß nicht, Herr de Lorent, woher Sie Ihre Angaben über eine zunehmende Zahl von Gymnasialschülerinnen und -schülern ohne Grundschulempfehlung nehmen, aber 30 Prozent scheinen mir für 1994 schon eine beachtliche Zahl. Ich glaube nicht, daß die heute übertroffen wird. Immerhin waren von diesen 30 Prozent, die keine Gymnasialempfehlung hatten, im Laufe der Gymnasialzeit

(Senatorin Rosemarie Raab)

A wiederum 30 Prozent den Anforderungen des Gymnasiums gewachsen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Und 70 Prozent nicht! – Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist aber ein hoher Schwundsatz!)

Von den Kindern mit Grundschulempfehlung waren 81 Prozent erfolgreich. Das bedeutet umgekehrt, daß bei jedem fünften Kind eine Fehleinschätzung seiner Lern- und Leistungsentwicklung seitens der Grundschule vorlag.

Wir haben – bezogen auf den Schulformwechsel und das Sitzenbleiben – ähnliche Ergebnisse. Auch hier zeigt sich, daß es nicht von den Noten abhängig ist, ob jemand die Schulen gewechselt oder ob er die Klasse wiederholt hat. Im Gegenteil. Die Schulformwechsler hatten die besseren Durchschnittsnoten. Die Vermutung aus der damaligen Untersuchung war, daß es die Bildungsaspiration der Eltern war, die entscheidend darüber bestimmt hat, ob ein Kind sitzenblieb oder die Schule wechselte. Auch die Lernausgangslagenuntersuchung hat deutlich gemacht, daß Kinder Alleinerziehender und Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien es immer noch schwerer haben, einen höheren Bildungsabschluß zu erwerben. Deshalb, meine Damen und Herren, hat es keinen Sinn, jetzt wieder zu den Instrumenten der sechziger und siebziger Jahre – Auslese durch Probewochen oder durch Noten – zurückzukehren. Dieses ist die Rückkehr zur Ausleseschule.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine höhere Bildungsbeteiligung. Deswegen werden wir nicht zulassen, daß die Schulen in Hamburg zu Ausleseschulen werden.

(Beifall bei der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke sowie vereinzelter Beifall bei der GAL – Dr. Roland Salchow CDU: Das waren nur acht Minuten!)

B

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Koop.

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einen aktuellen Anlaß zurückkommen. Im übrigen, Herr Marx, bin ich schon seit 30 Jahren eine Verfechterin der Mathematik und der Naturwissenschaften. Den gesunden Menschenverstand haben Sie auch nicht alleine gepachtet.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Informatik sagen. Wir haben vor einer Stunde mit Kindern aus der zehnten Klasse

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Kinder?)

gesprachen, die im zehnten Schuljahr gern das Fach Informatik haben würden. Die vorhandene Stundentafel bietet ihnen Technik und Kunst an, das heißt Töpfern und Zeichnen. Obwohl an der Schule sämtliche Hardware vorhanden ist, sind aber die Räume, in denen sie liegt, nicht allein diesem Thema zugeordnet. Außerdem fehlen die Lehrer.

(Dr. Monika Schaal SPD: Es wurden gerade neue Computerräume ausgestattet. Das müssen Sie auch sehen!)

Es genügt also nicht, die Schulen mit Hardware vollzustopfen, Frau Dr. Schaal. Man muß auch dafür sorgen, daß sie genutzt werden kann, und es müssen Informatiklehrer da sein. Deswegen wäre es interessant, für das höhere

Lehramt das Fach Informatik zuzulassen, was immer noch nicht möglich ist. Bringen Sie doch einmal die Ideen zum Ende, und hören Sie nicht immer nach der Hälfte auf.

(Beifall bei der CDU)

C

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde und kommen zum Tagesordnungspunkt 3a: Wahl einer Deputierten der Kulturbehörde.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde – Drucksache 16/3877 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Wahlenthaltung. Ungültig sind insbesondere Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Zusätze enthalten.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführerinnen und den Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Da Frau Pawlowski nicht im Raum ist, berufe ich kurzfristig Herrn Beuß zum vorläufigen Schriftführer. Er wird die Stimmzettel mit einsammeln und später auch auszählen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt worden? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Die Wahlhandlung ist geschlossen. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, daß wir ohne Unterbrechung in der Tagesordnung fortfahren und das Ergebnis dieser Wahl im Laufe der Sitzung bekanntgeben werden.*

D

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4: Große Anfrage der SPD über Situation und Perspektiven des Handwerks.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Situation und Perspektiven des Handwerks in Hamburg – Drucksache 16/3720 –]

Wer wünscht hierzu das Wort? – Das Wort erhält Herr Horst Schmidt.

Horst Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ziel unserer Großen Anfrage war es, einen Gesamtüberblick über die Entwicklung im Hamburger Handwerk zu bekommen und eventuelle Schwachstellen aufzudecken, bei denen wir zum Handeln aufgefordert sind. Als Gesamtbilanz kann ich zu meiner Freude anmerken, daß wir mit unserer Handwerkspolitik in Hamburg auf dem richtigen Wege sind. Dies ist nicht zuletzt auf unser offenes Ohr hinsichtlich der Belange des Handwerks, welches sich unter anderem in unserer monatlichen Handwerkssprechstunde manifestiert, zurückzuführen. Ich möchte im folgenden auf einige Themenblöcke der Anfrage näher eingehen.

Erstens: Quantitative Entwicklung des Handwerks. Die Anzahl der Vollhandwerksbetriebe hat in den letzten zehn Jahren kontinuierlich abgenommen. Betrachtet man die Alterspyramide der Betriebsinhaberinnen von Vollhandwerksbetrieben, so fällt auf, daß lediglich 26,2 Prozent unter 40 Jahre alt sind, aber 52,7 Prozent über 50 Jahre. Daraus folgt, daß die Anzahl der Vollhandwerksbetriebe auch in Zukunft wohl abnehmen wird.

* Ergebnisse siehe Seite 3375 B

(Horst Schmidt SPD)

- A Um diese Entwicklung mit den damit verbundenen Arbeitsplatz- und Lehrstellenverlusten abzumildern, wird es darauf ankommen,

(*Wolfhard Ploog CDU*: Können Sie bitte ins Mikrofon sprechen, man hört nichts!)

ob es gelingen kann, die Anzahl der Betriebsübernahmen zu erhöhen. Hierbei muß es für erfahrene Gesellen ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Schmidt, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, Sie müssen wahrscheinlich direkter ins Mikrofon sprechen, weil in den hinteren Reihen nicht verstanden wird, was Sie sagen.

Horst Schmidt (fortfahrend): Vielleicht ist es so besser. Soll ich noch einmal anfangen?

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Hierbei muß es für erfahrene Gesellen, die bereits in diesen Betrieben arbeiten, leichter möglich sein als im Moment, eine Ausnahmegenehmigung zum Führen des Betriebes auch ohne Meisterbrief zu erlangen. Andererseits wird sich der bereits zu beobachtende Trend der steigenden Bewerber- und Bewilligungszahlen für das MeisterBAföG durch die anstehenden Reformen der Bundesregierung weiter fortsetzen.

Diese Reformen werden es auch weit mehr Bürgerinnen ermöglichen als bisher, die Meisterprüfung zu finanzieren. Eine generelle Abschaffung des Meisterbriefes lehnen wir konsequent ab.

(Beifall bei der CDU)

- B Der Meisterbrief erfüllt seinen Zweck als Vorbereitung auf die Anforderungen an die Selbständigkeit. Dies beweist die beachtliche Erfolgsquote von 78 Prozent der neu gegründeten Handwerksbetriebe, die sich am Markt etablieren konnten.

Zweitens: Gewerbeflächen. Insgesamt hat Hamburg derzeit ein Potential von 745 Hektar gewerbliche Baufläche zu bieten. Davon stehen rund 235 Hektar kurzfristig zur Verfügung. Weitere 150 Hektar werden ebenfalls in näherer Zukunft bereitstehen. Ferner wird die Situation von Brachflächen ständig bewertet und diese gegebenenfalls wieder für Gewerbe reaktiviert. Dabei ist die Tätigkeit der Hamburger Gesellschaft für Gewerbebau ein zentraler Punkt für das Handwerk. Diese entwickelt größtenteils Standorte in den Quartieren und fördert die Ansiedlung wohnortnaher Arbeitsplätze und Dienstleistungen. Diese geförderte Mischung von Handwerk, Wohn- und Freizeitmöglichkeiten ist eines unserer größten Anliegen und dient einer zukunftsgerichteten nachhaltigen Stadtentwicklung. Demzufolge gehen wir davon aus, daß auch in der Planung der Hafencity angemessene Flächen für das Handwerk ausgewiesen werden.

Drittens: Parkmöglichkeiten für das Handwerk. Hierbei möchte ich anmerken, daß sich die 1995 getroffene Vereinbarung zwischen der Innenbehörde und der Handwerkskammer bewährt hat. Die ständig wachsende Anzahl der Betriebe, die von den Ausnahmegenehmigungen Gebrauch machen, zeigt, daß die Vereinbarung von den Betrieben angenommen wird. Es sollte geprüft werden, inwiefern man den Handwerksbetrieben bei der Vergabe von Einzelfallgenehmigungen noch weiter entgegenkommen kann. Sinnvoll wäre aus Sicht der Betriebe eine zentrale An-

laufstelle auch für solche Genehmigungen. Oft unterbleibt die Antragstellung, da es den Betrieben zu mühsam erscheint, erst die zuständige Polizeidienststelle aufzusuchen und zu ermitteln.

Viertens: Öffentliche Auftragsvergabe. Hierzu fällt auf, daß der Anteil an Auftragsvergaben an Generalunternehmer zwischen den einzelnen Behörden und öffentlichen Unternehmen stark schwankt. Für mich ist die Vergabepaxis der BSJB, die einen recht hohen Anteil von 20,6 Prozent ihrer Vergabesumme an Generalunternehmer aufweist – und dies in Bereichen wie Schulpavillons, die gut vom Handwerk leistbar wären –, nicht einsichtig. Dieses werden wir uns noch einmal genauer anschauen müssen. Insgesamt ist es aber zu begrüßen, daß eine generelle Tendenz zur Bevorzugung von Generalunternehmen nicht ersichtlich ist.

Fünftens: Frauen und Arbeitsschutz. Die Antworten zum Bereich Frauen im Handwerk machen deutlich, daß sich die Situation für Frauen in den letzten Jahren kaum verbessert hat. Die Erwartung des Senats an Handwerksbetriebe, mehr für die Beschäftigung von Frauen zu tun, möchte ich hier unterstreichen. Die Richtlinie zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der öffentlichen Auftragsvergabe kann hierbei unterstützend wirken, da sie Betrieben mit einer aktiven Frauenförderung Vorteile einräumt.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl sehe ich die mit einem verstärkten Teilzeitangebot verbundenen Schwierigkeiten bei der Umstellung in der Organisation des Betriebsablaufs. Dies trifft ebenfalls für die Durchführung des neuen Arbeitsschutzgesetzes zu, das die Implementierung eines ständigen Prozesses der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben vorsieht.

Es ist deshalb notwendig, im Rahmen der Meisterausbildung stärker als bisher auf die Möglichkeiten zur vertretbaren Handhabung solcher neuen Organisationsanforderung hinzuweisen.

Sechstens: Ökologie und Handwerk. Das Auftragsvolumen im Energiesparbereich und bei der Nutzung alternativer Energien wird in Zukunft durch die in der Anfrage dargestellten Programme zusammen mit den von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen, zum Beispiel der Ökosteuer oder dem Kernenergieausstieg, weiter steigen.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Dies kommt in hohem Maße dem Handwerk zugute. Soviel zu den einzelnen Themenbereichen.

Insgesamt können wir feststellen, daß die Ausgangsbedingungen für einen Aufschwung im Hamburger Handwerk derzeit günstig sind. Nicht zuletzt wurden die Rahmenbedingungen für das Handwerk durch die rotgrüne Regierung in Berlin mit der Steuerreform, dem Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen und den bereits erwähnten ökologischen Entscheidungen verbessert. Dies geschieht in einem Umfang, wie es sich die Handwerker unter der Regierung Kohl nicht hätten träumen lassen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem an die Funktionäre im Handwerk appellieren, ihre alten Feindbilder zu revidieren. Wir als Sozialdemokraten stehen für eine Stärkung des Handwerks und des Mittelstandes. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

C

D

A **Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Mehlfeldt.

Jürgen Mehlfeldt CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße es sehr, daß die SPD-Fraktion einmal die grundsätzlichen Daten und Fakten zum Hamburger Handwerk abfragt. Wer sich im Hamburger Handwerk auskennt, wird beim Lesen auf längst Bekanntes stoßen. Aber es gibt auch einiges Neues. Ich hätte allerdings nicht geglaubt, wie weit sich die Theorie der Behörden von der Realität der Betriebe entfernt hat.

(*Farid Müller GAL: Beispiele!*)

Dazu später ein paar Beispiele.

Es verwundert sehr, wenn nicht gar das Wort skandalös zu gebrauchen ist, daß die Hamburger Verwaltung über wichtige Daten und Fakten nicht verfügt oder sie uns verschweigt.

Wie wollen Sie gezielte Existenzgründungsförderungen betreiben, wenn Sie freimütig zugeben müssen, über die Eigenkapitalsituation der Handwerksunternehmen schlicht nichts zu wissen? Auch wenn ich um die Schwierigkeiten der Erhebung weiß, wäre dazu eine Studie sinnvoller als zu vielen anderen Dingen, nach denen in dieser Stadt gefragt wird.

Zu den Insolvenzen geben Sie in Ihrer Antwort schlicht an: Dazu liegen keine Erkenntnisse vor.

(*Horst Schmidt SPD: Stimmt! – Farid Müller GAL: Aha!*)

B Das ist die Unwahrheit. Die Handwerkskammer Hamburg hat Ihnen detailliert dargelegt, daß es in Hamburg 50 bis 60 Insolvenzen pro Jahr gibt. Zum Glück ist das etwas weniger als in anderen Branchen. Ich kann mir Ihre Verschwiegenheit deshalb nur so erklären, daß Sie nur ungern zugeben möchten, daß der von Ihnen immer wieder kritisierte Meisterbrief anscheinend eine sehr solide Grundlage für die Führung eines Handwerksbetriebes ist. Natürlich ist jede Insolvenz eine zu viel. Die Folgen für den Inhaber, der im Handwerk in der Regel persönlich haftet, wie auch für die Mitarbeiter sind oft dramatisch. Aber mit einer Qualifikation wie dem Meisterbrief können diese Zahlen im Handwerk zum Glück klein gehalten werden. Das sollten Sie ruhig zur Kenntnis nehmen und auch Ihrer Fraktion zur Kenntnis geben.

Doch nun zu einzelnen Themen aus Ihrer Großen Anfrage, Stichwort Gewerbeflächen. Noch immer vermischen Sie Büroflächen und Gewerbeflächen miteinander. Was Sie unter Gewerbeflächen summieren, sind nicht immer Flächen, auf denen sich ein Klempner oder Tischler ansiedeln kann. Für Handwerk geeignete Flächen sind nach wie vor knapp und nur selten wirklich bezahlbar. Es geht nicht nur um Gewerbeflächen, sondern auch um gewerblich genutzte Flächen. Am Kaemmererufer arbeiten seit Jahrzehnten alteingesessene Bootswerften, die dort auf Wassergrundstücke angewiesen sind. Den Wunsch der Werftinhaber, diese Flächen nun zu kaufen, lehnt die Stadt mit dem Argument ab, dies seien planungsrechtlich Grünflächen. Faktisch bedeutet das, daß diese Handwerker ihr angestammtes Terrain verlassen müssen, da sie die benötigte Investitionssicherheit dort nicht bekommen.

Noch etwas wird bei diesem Thema deutlich. Wie beeindruckend schnell die Hamburger Verwaltung arbeiten kann, wird deutlich, wenn IKEA 18 Hektar Gewerbefläche benötigt und diese auch schnellstens bekommt.

(*Bernd Reinert CDU: Ja!*)

C

Versuchen Sie einmal als kleiner Handwerksbetrieb, zur gleichen Zeit die Erweiterung Ihrer Werkstatt nur um den Bruchteil einer Fläche durchzusetzen. Das ist ein sehr viel schwierigeres Unterfangen wegen der Auflagen für Grünflächen, der Stellplätze – oft widersprüchlich – und dazu noch die Zeit, die dabei ins Land geht. Mancher Betrieb ist deswegen abgewandert.

Nach wie vor hat aus meiner Sicht die Hamburger Wirtschaftspolitik kein Auge für die Möglichkeiten und Bedürfnisse des Handwerks. Das Handwerk sollte wenigstens gleich gut behandelt werden wie die Großindustrie.

Zum Stichwort Parksituation. Sie haben recht, die Kammer hat tatsächlich mit der Innenbehörde eine Regelung getroffen, um das Problem der parkenden Handwerkerfahrzeuge zu lösen. Wir hatten aber nicht damit gerechnet, daß die Genehmigungsstellen und Außendienstmitarbeiter nicht in der Lage sind, den ihnen zur Verfügung stehenden Ermessensspielraum zu nutzen.

Wenn Sie an einem normalen Arbeitstag vom Rathaus über die Schleusenbrücke zum Gänsemarkt gehen, zählen Sie einmal alle Tickets zusammen, die an Lieferwagen hängen, und rechnen Sie sich aus, was der Mittelstand an diesem Tage in das Säckel der Innenbehörde bezahlt, um überhaupt seiner Arbeit nachgehen zu können. Daß die SPD-Fraktion nur die Zahl der Dauerausnahmegenehmigungen seit 1996, dem Jahr der Vereinbarung mit der Kammer, wissen möchte, ist falsche Rücksichtnahme. Ich vermute, daß diese Zahl in der Zeit davor wesentlich höher war und mit der Vereinbarung gedrosselt werden sollte.

Ich habe mich zum Beispiel vergeblich bemüht, einem Inneneinrichter aus Wandsbek zu einer generellen Ausnahmegenehmigung zu verhelfen, weil er mit schweren, feuchten Gardinen Kunden in der Innenstadt anfahren und diese dann auch gleich aufhängen muß – natürlich die Gardinen.

(*Dr. Holger Christier SPD: Nicht die Kunden! Das wäre auch ein Problem!*)

D

Die Behörde sah sich nicht in der Lage, diesem Mann zu helfen. Nein, ihm wurde ernsthaft vorgeschlagen – hören Sie zu –, doch seinen Wagen auszuladen, dann an den Firmenstandort nach Wandsbek zurückzufahren, um zur Montage der Gardinen mit der Bahn wieder anzureisen. Das liegt schriftlich vor.

(*Antje Blumenthal CDU: Das ist gewerbefreundlich!*)

Zum Stichwort öffentliche Auftragsvergabe. Die alte Strategie des Senats, daß nur die Behörden öffentliche Aufträge vergeben, der Rest seien private Unternehmen, ist falsch. Auch die unzähligen pseudoprivatisierten und von der Stadt kontrollierten Betriebe sind öffentliche Auftraggeber, sie halten sich aber immer seltener an die Verdingungsordnungen.

(*Farid Müller GAL: Aha!*)

Die Kammer hat mehr als einmal auf unrechtmäßige Vergaben oder die Nichteinhaltung von Rahmenverträgen hingewiesen. Ob es der Landesbetrieb Krankenhäuser ist, der seine Lebensmittelbeschaffung so ausschreibt, daß für einen mittelständischen Betrieb eine Bewerbung völlig sinnlos wäre, weil Anfangsinvestitionen von mehreren hunderttausend Mark fällig würden, oder ob es die Buchbinderarbeiten sind, die an die Werkstätten im Strafvollzug gehen statt an einen Hamburger Meisterbetrieb, immer öfter fällt

(Jürgen Mehlfeldt CDU)

- A das Handwerk hinten herunter. Oder nehmen wir die Generalübernehmervergabe. Einerseits wird in der Antwort des Senats behauptet, Generalübernehmer würden zur Weitergabe von Aufträgen an mittelständische Unternehmen verpflichtet. Auf meine Kleine Anfrage zu diesem Thema antworten Sie aber völlig unverblümt, daß diese Verpflichtung von Ihnen noch nie ausgesprochen wurde. Das ist der Unterschied zwischen Behördentheorie und der Handwerksrealität.

(Beifall bei der CDU)

Zum Stichwort Aus- und Weiterbildung. Sie kennen die Klagen des Handwerks über den miserablen Bildungsstand der Schulabgänger, die sich in unseren Betrieben bewerben. Immer mehr Lehrstellen gehen an Bewerber aus den Nachbarbundesländern. Wir haben das hier bereits mehrmals diskutiert. Das scheint aber niemanden zu interessieren.

(Wolfgang Baar SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Die Fragesteller hielten es noch nicht einmal für nötig, nach Plänen des Senats zu fragen, wie endlich eine solide Schulbildung realisiert werden soll, mit der die jungen Menschen eine Ausbildung bewältigen und bestehen können. Auch andere wichtige Fähigkeiten wie Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer oder die banale Pünktlichkeit fehlen den Jugendlichen heute.

(Erhard Pumm SPD: Einigen Jugendlichen!)

Die Kammern haben dazu nicht nur Forderungen erhoben, sondern auch zahlreiche Vorschläge gemacht. Doch Ihnen ist die Einrichtung von Mädchenspielplätzen ein dringenderes Anliegen.

(Erhard Pumm SPD: So ein Quatsch!)

- B Das ist für einen Meister, der morgens um 7 Uhr auf seinen Lehrling wartet, einfach nicht mehr nachvollziehbar. Was hier polemisch klingt, ist leider die Realität. Ich werde nicht nachlassen, Sie darauf hinzuweisen, zur Not auch mit Polemik.

(Erhard Pumm SPD: Das ist aus der Gruselkammer der Handwerkskammer!)

Ich komme zum Fazit. Hamburg fehlt nach wie vor eine konsequente, moderne und entschlossene Handwerkspolitik, eine Politik, die nicht an der Behördenstube aufhört, sondern sich wirklich zum Ziel setzt, dem Mittelstand und dem Handwerk draußen vor Ort vernünftige Bedingungen zu schaffen. Solange sich ein Optiker einen monatelangen Papierkrieg mit verschiedensten Behörden liefern muß, um ein Hinweisschild für einen kostenlosen Sehtest vor seinem Laden genehmigt zu bekommen, und dann doch scheitert, solange der zuständige Senator auf unsere entsprechende Nachfrage noch nicht einmal antwortet, solange sich der einspurigen Stau befindliche Glasermeister mit Tempo 30 durch die Stresemannstraße quält, so lange kann niemand in Hamburg ernsthaft behaupten, Handwerk und Mittelstand würden nach Kräften gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Die Realität ist eine andere. Ich werde Ihnen immer wieder gern aus unserer umfangreichen Praxislage berichten, denn das erwartet das Handwerk an dieser Stelle von mir. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft erwartet von Ihnen, Herr Mehlfeldt, daß Sie nicht nur als zweiter Handwerkspräsident für die Kammer sprechen, sondern als verantwortungsvoller Politiker der Opposition, wobei ein wenig mehr dazu gehört, als nur die Bedürfnisse des Handwerks zu artikulieren. Es gehört auch dazu, sie in Einklang mit dem Rest der Gesellschaft zu bringen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Antje Blumenthal CDU: Das sagen Sie Herrn Schmidt auch mal!)

Sie können gern eine Frage stellen, Herr Mehlfeldt.

Bei der Großen Anfrage ist deutlich geworden, daß das Handwerk an dem Gründerboom der Stadt nur sehr bedingt teilnimmt. Nach den Zahlen, die uns hier im Parlament dargelegt wurden, sind es in 1999 25 Betriebe weniger. Das ist wahrlich kein Aushängeschild für den Boom, den wir in anderen Bereichen der Wirtschaft in unserer Stadt verzeichnen können. Es irritiert mich besonders, daß 22 Prozent der Handwerksbetriebe nach zwei Jahren scheitern. Dazu sind die bisherigen Erklärungsversuche und auch die Antworten des Senats eher dürftig. Ich meine, daß sich die Handwerkskammer auch einmal damit auseinandersetzen sollte, wie die Zahlen zu erklären sind, wenn doch die Meisterprüfung Gründer angeblich so fit machen soll. Ich habe da so meine Zweifel. Man muß auch berücksichtigen, wo andere Gründe liegen: Eigenkapitalausstattung oder Gründer-Know-how et cetera. Das sind auch Fragen, die aus meiner Sicht ungenügend beantwortet wurden.

Daß der Senat lügt, Herr Mehlfeldt, ist ein sehr heftiger Vorwurf. Ich sehe keinen Grund, warum uns der Senat keine Informationen vorlegen sollte, wenn er welche hätte.

Ein zweiter Bereich schließt sich unmittelbar an die Frage der Gründungen von neuen Betrieben an, die Frage der Betriebsübernahmen. Auch da gibt es offensichtlich einige Probleme. 29 Prozent der Betriebsinhaber sind älter als 50 Jahre, das sind ungefähr 3800 Betriebe. Stellt man diesen die 111 Betriebsübernahmen gegenüber, die im letzten Jahr stattgefunden haben, kann man sich ungefähr ausrechnen, welcher Herausforderung wir uns in Zukunft hier in Hamburg gegenübersehen; das heißt, es reicht alles noch nicht. Wir müssen die Gespräche mit der Handwerkskammer noch intensivieren, um festzustellen, wie die Bemühungen, die schon unternommen wurden, noch verstärkt werden können, um die genannten Zahlen in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Darüber würde ich gern ein bißchen mehr hören.

Im übrigen, Herr Mehlfeldt, zum wiederholten Mal, meine Bemerkung zum Meisterbrief. Wir wollen ihn nicht abschaffen, aber bei diesen Zahlen muß man darüber nachdenken, wie man es Gesellen erleichtern kann, Betriebe zu übernehmen und sie fortzuführen. Angesichts dieser Situation finde ich es richtig, daß die Bundesregierung darüber nachdenkt, daß man den Meisterbrief im Zeitraum von zehn Jahren nebenbei nachholen kann.

(Horst Schmidt SPD: Das ist vom Tisch!)

Wenn ein Betrieb Pleite macht, nützt es doch niemandem, weder dem Arbeitnehmer, dem Betrieb noch den Kunden, deshalb sollte nicht ideologisch an solchen Dingen festgehalten, sondern über Veränderungen nachgedacht werden. Aus meiner Sicht ist das ein Weg, das Problem zu mildern, genauso – darin unterstütze ich meinen Kollegen von der SPD – wie die Ausnahmegenehmigung zu lockern. Hier ist

(Farid Müller GAL)

- A die Handwerkskammer gefordert, die damit immer noch sehr restriktiv umgeht und andererseits die Probleme bei den Nachfolgern anprangert und gern der Politik zuschreibt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Müller, akzeptieren Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mehlfeldt? – (Zustimmung)

Zwischenfrage von Jürgen Mehlfeldt CDU: Ich möchte den Vorwurf der Unwahrheit noch einmal wiederholen, Herr Müller. In der Frage steht ganz eindeutig: Wie stellt sich demgegenüber die Insolvenzentwicklung in Hamburg dar?

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Mehlfeldt, eine Zwischenfrage ist eine Frage. Wenn Sie nun Ihre Frage stellen könnten, sonst müßten Sie sich noch einmal melden.

(Jürgen Mehlfeldt CDU: Dann melde ich mich noch einmal zu Wort!)

– Danke.

Farid Müller (fortfahrend): In der Antwort des Senats ist mir als weiterer Punkt die Frage der Bürokratie beziehungsweise deren Abbau aufgefallen. Als wirtschaftspolitischer Sprecher der GAL-Fraktion sind auch mir die Antworten des Senats ein wenig zu dürrtig. Ein Hinweis auf die Hamburger Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken mit dem Abbau von Bürokratie zu vergleichen, finde ich etwas schwammig. Dazu würde ich gern hören, was diese Institutionen dazu beitragen, bürokratische Hürden abzubauen. Das Beispiel des Optikers mit seinem Werbeschild – ich weiß nicht, ob es stimmt – ist ein Beispiel, wie es nicht sein soll.

(Antje Blumenthal CDU: Warum soll es denn nicht stimmen?)

Hierzu ist mir noch nicht klar, inwieweit die HWF oder die Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken dies abstellen wollen oder es tatsächlich tun.

Abschließend möchte ich zu einem Bereich kommen, der uns Grünen besonders wichtig ist, es ist der Bereich Handwerk und Umwelt. Hier habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, daß das Klimaschutzprogramm des Senats, „Heizung + Solar“, gerade für die Ein- und Zweifamilienhäuser in Hamburg im letzten Jahr mit 1 Million DM Fördersumme genehmigt wurde und 5 Millionen DM an Auftragsvolumen für die Hamburger Betriebe generiert hat. Das ist ein Beispiel, das man auch einmal erwähnen sollte, Herr Mehlfeldt, und nicht nur immer die anderen Seiten.

Darüber hinaus wurden auch für die Mehrfamilienhäuser 5 Millionen DM Fördersumme bereitgestellt, die für die Betriebe ein Auftragsvolumen von 27 Millionen DM generiert haben. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie auch der Senat die Politik in diesem Bereich wahrnimmt und Umwelt und Arbeitsplätze in Einklang bringt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Hacki auf der Suche nach der Löschtaste!)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die wichtigen Kennzeichen der Großen Anfrage zeigen einerseits, daß das Hamburger Handwerk in seiner Bedeutung kräftig abnimmt, es gibt immer weniger Handwerksbetriebe, und andererseits, daß es in der Struktur deutlich überaltert ist. Das merkt man auch anhand der Großen Anfrage. Diesen beiden Strukturproblemen müßte man sich entsprechend stellen.

Ein wichtiger Punkt für das Handwerk ist – ich habe das hier schon häufiger genannt –, daß es für diese Stadt und die Struktur zu deutsch und zu wenig multikulturell ist. Wenn das Handwerk nicht in der Lage ist, diese Aufgabe für sich zu lösen, wird es in einer multikulturellen Gesellschaft, in der wir existieren, als rein deutsche Institution auch keine Zukunft mehr haben. Nach meiner Meinung muß sich das etliche verändern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zweitens ist mir anhand der Fragestellung der SPD etwas aufgefallen, das hinsichtlich der Zukunftsperspektive der Stadt für uns sehr wichtig ist, daß nämlich zur sozialen Stadtentwicklung weder richtige Fragen gestellt noch richtige Antworten gegeben wurden. Wir sind der Meinung, daß es sehr wichtig ist, gerade das Handwerk – dazu gibt es etliche Diskussionen in der Handwerkskammer – mit der sozialen Stadtentwicklung zu verbinden. Das ist eine der guten Möglichkeiten und ein wichtiger Motor dazu, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen. Es zeigt sich, daß der Senat Schwierigkeiten hat, verschiedene Behörden miteinander zu koordinieren. Hier antwortet im wesentlichen die Wirtschaftsbehörde. Sie hat aber mit der Frage der sozialen Stadtentwicklung nicht so viel zu tun und sagt dementsprechend nichts dazu. Auch die SPD hat vergessen, entsprechend zu fragen, und demgemäß entstehen dann solche Löcher, die für die Stadt schlecht sind.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Der dritte Punkt betrifft die Generalunternehmen, die man sich schon ein bißchen genauer ansehen muß, wie auch das Problem, das damit verbunden ist. Jedem von uns ist das Problem des Generalunternehmens anhand des Volksparkstadions deutlich geworden. Dort sind alle Dinge schiefgegangen, die überhaupt nur schiefgehen können: Ein Generalunternehmer, der den Auftrag bekommen hat, mit riesigen Auseinandersetzungen mit kleinen Handwerksbetrieben, sowie Aufträge, die zum Schaden der Stadt nicht erledigt wurden, zeigen, daß ein Generalunternehmer im wesentlichen nicht nur die Aufgabe und Funktion hat zu koordinieren, sondern – das zeigt das Problem des Volksparkstadions auch – Preise zu drücken oder Preise anzubieten, die zum Teil nicht realistisch sind. Das heißt, daß die Generalunternehmen bei jeder Vergabe öffentlicher Aufträge kritisch zu betrachten sind.

Das Problem wird dadurch deutlich, weil wir in dieser Stadt das Phänomen haben, daß viele Aufträge und Aufgaben der Stadt auf die öffentlichen Unternehmen verlagert werden; der Landesbetrieb Krankenhäuser und pflegen & wohnen sind dafür gute Beispiele. Wenn die Landesbetriebe Generalunternehmen beauftragen, dann fallen sie nach Auskunft des Senats nicht mehr unter die Berichtspflicht. Ich halte dieses Verfahren für nicht akzeptabel, denn öffentliche Unternehmen gehören der Stadt und müssen uns gegenüber als solche hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung transparent sein.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke:)

- A Herr Mirow, das Gesetz in Hamburg sieht vor, daß in der Regel auch die öffentlichen Unternehmen hierüber Auskunft geben müssen, wenn sie Aufträge nach den VOL- und VOB-Bestimmungen mit übernehmen. In der Großen Anfrage wird dahin gehend geantwortet, daß darüber nichts gesagt werden könne, weil über private Unternehmen keine Informationen gegeben werden könnten; dann halte ich das für eine Frechheit.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –
Barbara Ahrons CDU: Genau!)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf zwei Hinweise von Herrn Mehlfeldt eingehen und versuchen, dazu die Position des Senats deutlich zu machen. Vielleicht können wir den Punkt, von dem Sie sagen, er enthalte eine Unwahrheit, gemeinsam miteinander so klären, daß beide Seiten ihre Kenntnisse offenlegen.

Sie haben zunächst beklagt, daß keine hinreichenden Angaben zur Eigenkapitalausstattung vorlägen. Das stimmt. Aber, Herr Mehlfeldt, Sie wissen doch so gut wie ich, daß keine Zusammenkunft des Wirtschaftssenators mit Handwerkern stattfindet, in der die Handwerksbetriebe mir gegenüber nicht klagen, daß sie zu viele Statistiken fertigen müßten. Ständig werde ich gebeten: „Herr Wirtschaftssenator, helfen Sie uns, daß wir nicht so viele statistische Angaben machen müssen.“ In der Addition von Europäischer Union, die bestimmte Statistiken zwingend auferlegt, der bundesstatistischen Regelung und unseren eigenen Anforderungen ist das eine große Anzahl. Ich bitte Sie daher darum, redlich zu Ende zu argumentieren. Wenn wir miteinander der Meinung sind – ich teile diese Meinung –, daß man die kleineren und mittleren Unternehmen nicht mit zuviel Papierkram belasten darf, dann müssen wir auch damit leben, daß wir über bestimmte Dinge nicht so genau Bescheid wissen, wie wir es gerne möchten. Die Eigenkapitalausstattung ist, wie Sie wissen, in der statistischen Erfassung kein ganz unsensibles Thema.

- B Ich komme zweitens zum Punkt „Insolvenzen“. Herr Mehlfeldt, das möchte ich gern mit Ihnen klären. Meine Mitarbeiter haben mir gesagt, daß es hierzu eine Einschätzung der Handwerkskammer gäbe, aber keine statistischen Unterlagen. Bei allem Respekt: Eine Einschätzung der Handwerkskammer kann sich der Senat nicht als statistische Angabe gegenüber der Bürgerschaft zu eigen machen. Wenn Sie mit diesem Sachverhalt einverstanden wären, hätten wir die Sache aufgeklärt. Wenn Sie eine andere Wahrnehmung haben, müssen Sie es gleich sagen. Mir ist jedenfalls das Bild vermittelt worden, daß es keine statistischen Angaben gibt, sondern nur Einschätzungen von der Handwerkskammer. Insofern konnten sie nicht so einfach von uns übernommen werden. Wenn Sie es anders sehen, sagen Sie es bitte, denn wir haben überhaupt keinen Anlaß, Ihnen uns bekannte Hinweise, Angaben und Kenntnisse vorzuenthalten.

Ein dritter Punkt ist das Thema „Erweiterungen“. Ich glaube, bei genauer Betrachtung läßt sich erkennen, daß wir keinen allgemeinen Mangel an Gewerbeflächen – wenn man die vernünftigen Maßstäbe einer Großstadt anlegt – in der Stadt haben. Wir haben Engpässe in der örtlichen Angebotssituation für kleinräumige Gewerbeflächenenerweiterungen. Daran muß gearbeitet werden. Das tun wir auch, und

zwar nicht zuletzt dadurch, daß wir Datenbanken erstellen. Wichtig ist es aber auch, daß die gegebenen örtlichen Möglichkeiten – wir haben beispielsweise die Wirtschaftsbeauftragten bei den Bezirken – genutzt und die zuständigen Stellen rechtzeitig eingeschaltet werden.

Es gab von Ihnen einen Hinweis auf den immer wieder kritisierten Meisterbrief. Auf Äußerungen des Senats beziehungsweise des Wirtschaftssenators kann sich dieser wirklich nicht bezogen haben. Derartige Äußerungen werden Sie von mir nicht hören.

Zum Stichwort öffentliche Auftragsvergabe: Das ist ein schwieriges Thema; darüber haben wir hier oft geredet. Aber, Herr Mehlfeldt, abgesehen vom Interesse des Handwerks und von der Notwendigkeit, falschen Einzelentscheidungen in den Behörden nachzugehen – das tun wir unter anderem auch durch die Arbeitsgruppe der Staatsräte –, muß sich das Handwerk durch seine Fähigkeit zur Kooperation selbst reorganisieren, um übergreifende Angebote eigenständig unterbreiten zu können. Es ist auch eine Strukturfrage an das Handwerk selbst. Wir werden uns nicht aus den Zwängen hinausbewegen können, daß sowohl die öffentliche Verwaltung, die in den vergangenen Jahren sehr viele Vergabestellen aus Personaleinsparungsgründen hat reduzieren müssen, als auch die im Wettbewerb stehenden öffentlichen Unternehmen so verfahren, wie sie verfahren. Das ist – das sage ich noch einmal – bis auf einige Ausnahmen aus meiner Sicht in Ordnung. Das Handwerk selbst muß sich in anderer Weise in die Lage versetzen, mit größeren Anbietern im Wettbewerb zu stehen.

Damit komme ich aus meiner Sicht zum Schlüsselpunkt – vom Nachfolgeproblem einmal abgesehen, über das wir auch schon gesprochen haben –, der an die gestellten Fragen von Herrn Müller anschließt, warum es nicht zu einer stärkeren Aufwärtsentwicklung im Handwerk kommt.

Ich habe den Eindruck, daß es für das Handwerk schwieriger ist als für andere Formen der Wirtschaft, sich auf veränderte Kundenentwicklungen, Nachfrage- und Serviceanforderungen einzurichten. Das kann man verstehen, weil zum Beispiel die Entwicklung im Bereich der Technologien einen laufenden Überblick erfordert, der schwer zu erlangen ist und Investitionen verlangt. Aber es ist kein Zufall, wenn wir über zahlenmäßige Entwicklungen der Betriebe sprechen, daß einerseits die Anzahl der Handwerksbetriebe deutlich gesunken ist, die handwerksähnlichen Betriebe aber erheblich zugenommen haben. In der Gesamtbilanz führt das ungefähr wieder zu einem ausgeglichenen Ergebnis. Herr Mehlfeldt, wir sollten weniger in einer Situation verharren, wie ich sie beim Handwerk manchmal spüre.

(Erhard Pumm SPD: Klagemauer!)

Es wird allgemein geklagt und der Staat beziehungsweise unsere Stadt – diese Situation ist nicht hamburgspezifisch; in Nordrhein-Westfalen oder andernorts ist es ähnlich – als diejenigen bezeichnet, die die Förderung des Handwerks nicht ausreichend ernst nehmen. Wir leben in einer Zeit, in der die Unternehmen in hohem Maße auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sind und allerdings gute Rahmenbedingungen brauchen. Das ist wahr. So sind zum Beispiel von der jetzigen Bundesregierung mit den neuen steuerlichen Rahmenbedingungen entsprechende Weichen gestellt worden, die für die nächsten Jahre zu erheblichen Entlastungen der Handwerksbetriebe führen. Aber die aus meiner Sicht wirklich entscheidende Frage ist: Wie können

C

D

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A wir es schaffen, die guten Traditionen des Handwerks aufzunehmen und sie in eine neue Zeit zu führen? Das ist eine Frage, die wir gemeinsam – die Handwerkerschaft und die öffentlich Verantwortlichen – aufnehmen und klären müssen. Das berührt die Frage, wie oft Handwerker telefonisch auch unterwegs erreichbar sind, zu welchen Uhrzeiten sie bereit sind, zu kommen und zu beraten. Hier sind noch viele ähnliche Fragen zu klären. Ich glaube, daß dies ein wichtiges Thema ist, das nicht mit der Frage verbunden werden kann, aus welchem Förderprogramm es wieviel Geld gibt. Es heißt immer, die Großen würden immer alles ganz schnell bekommen. Zu den Gesamtzuschwendungen möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen: Etwa 70 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsbehörde kümmern sich ausschließlich um die Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Mehlfeldt.

Jürgen Mehlfeldt CDU:* Frau Präsidentin, meine lieben Kollegen, Herr Senator! Ich bin darum bei diesem Thema so engagiert, weil ich – das stimmt wohl heute noch – der einzige Abgeordnete in der Bürgerschaft bin, der als selbständiger Handwerksmeister mit eigenem Betrieb tätig ist.

(Farid Müller GAL: Was heißt das?)

Daß ich auch Obermeister einer Innung bin, dort viele Dinge zu hören bekomme und dadurch auch im Vorstand der Kammer gute Informationen erhalte, gibt mir das Recht, zu sagen, daß es hier um eine Unwahrheit geht. Ich hatte eigentlich vor, dafür das Wort „Lüge“ zu benutzen, habe aber dann das Wort „Unwahrheit“ gewählt, weil ich der Meinung war, daß dieses akzeptiert werden würde.

B Die Beantwortung dieser Anfrage erfolgte unter anderem auf der Basis von Informationen der Handwerkskammer Hamburg. Das ist mir bekannt und ist auch normal. Ich habe mir die Antworten genau angesehen und dann in meiner Funktion als Vorstandsmitglied der Handwerkskammer ebenfalls nachgefragt. Auf die Frage:

„Wie stellt sich demgegenüber die Insolvenzentwicklung im Handwerk dar?“

wurde vom Senat wie folgt geantwortet:

„Angaben über die Insolvenzentwicklung im Handwerk können nicht gemacht werden.“

In meiner telefonischen Anfrage bei der Kammer habe ich darauf hingewiesen, daß darüber Unterlagen vorhanden seien. Die Antwort der Kammer lautete:

„Wir haben sogar detaillierte Angaben gemacht.“

Die Frage, wie viele Mitarbeiter eventuell ausscheiden, konnte natürlich nicht genau nachvollzogen werden, weil diese schnell in anderen Betrieben unterkommen. Aber die Zahl von 50 bis 60 Insolvenzen ist nicht nur gefallen, sondern auch detailliert dargelegt worden. Darum wiederhole ich meinen Vorwurf, daß die Antwort des Senats unwahr ist.

Zu der Statistik über Eigenkapital: Die Banken sind sehr wohl in der Lage, diese Statistiken mitzugestalten. Wenn ich höre und sehe, wie viele Aufträge für Umfragen von diesem Haus erteilt werden und wieviel Geld das kostet, dann wäre es sicherlich eine nützliche Überlegung, ob eine sol-

che Umfrage für die Wirtschaft in Hamburg nicht ein guter C
Ansatz wäre. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Statistiken etwas sagen. Bei meiner Anfrage zu dem Gründungsgeschehen in Hamburg gab es eine ähnliche Situation.

Herr Senator, Sie sagen, die Betriebe würden über zuviel Bürokratie klagen und könnten daher keine bessere Statistik liefern; das ist ein wenig verkürzt dargestellt. Wir kennen die Klagen der Unternehmen über zuviel Bürokratie. Aber es geht hier um andere Dinge als um Statistiken.

(Beifall bei Jürgen Mehlfeldt CDU)

Es geht nämlich im wesentlichen um das Genehmigungsverfahren für Erweiterungen, für Schilder und so weiter und nicht um Statistiken. Ein kleiner Hinweis: Es wird schon viel erhoben, aber nicht alles ausgewiesen. Hier gibt es eine Diskrepanz, und die sollte ernst genommen werden. Beispielsweise wird in Berlin die Frage nach dem Anteil der Frauen bei Firmengründungen ausgewiesen, ohne daß dieser zusätzlich abgefragt wurde. Beim Handwerk ist das – wie wir in der Antwort gesehen haben – auch möglich.

Die Führung einer Statistik über die Versorgung der Betriebe mit Eigenkapital ist Aufgabe der Handwerkskammer, denn sie führt Gründungsberatungen durch. Sie kann uns nicht erzählen, daß sie kein Bild darüber hat, wie die Situation aussieht. Machen Sie doch einmal eine Studie über die Kapitalbeschaffungen aller Unternehmensgründer in den letzten Jahren. Die Haspa, mit der sie sich verbünden könnte, hat daran bestimmt auch ein Interesse. Diese Studie wäre interessant und hilfreich; die Durchführung liegt aber im Aufgabenbereich der Handwerkskammer.

Bei den öffentlichen Aufträgen möchte ich den Senator unterstützen, der hinreichend die Klagen der Unternehmen kennt. Es gibt sicher auch in dem einen oder anderen Fall Probleme, was die Generalunternehmer betrifft. Aber es gibt auch die Probleme, daß sich das Handwerk noch nicht mit ganzer Kraft auf die Entwicklung der Bietergemeinschaften konzentriert hat. Auch das ist die Aufgabe der Handwerkskammer, die – so steht es auch in der Antwort des Senats – daran zwar schon arbeitet, aber offensichtlich noch nicht ausreichend genug. Ich bitte daher, die Anstrengungen zu verstärken und nicht immer nur das Klagegeld gegenüber dem Senat anzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Mit dieser Großen Anfrage hat sich die SPD-Fraktion wieder einmal zum willigen Helfershelfer des Senats machen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Demnach müßte es dem Handwerk in Hamburg goldig gehen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Rede des Präsidenten der Hamburger Handwerkskammer, Peter

(Barbara Ahrons CDU)

- A Becker, auf der Jahresschlußversammlung verfolgt und auch verstanden hätten,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Lieber nicht!)

dann hätten Sie den Senat nicht nur mit dem Zusammentragen von statistischem Material belastet, sondern ihn mit den zentralen Problemen der Handwerkerschaft befaßt. Sie hätten ihn zu einem klaren Bekenntnis zum Handwerk gezwungen.

Wie gleichgültig der Senat das Hamburger Handwerk in Wahrheit sieht, wird an einer anderen Stelle deutlich. Schon im Juni 1999 hat die Wirtschaftsministerkonferenz einstimmig – also mit der Stimme Hamburgs – ihre Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, daß Kommunen ohne ein rechtfertigendes öffentliches Interesse immer mehr in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen treten. Hierdurch werden vor allem kleinere und mittlere Unternehmen durch Wettbewerbsverzerrungen vom Markt verdrängt. Aber – das ist für unsere heutige Debatte besonders interessant – die Bundesländer wurden beauftragt, einen detaillierten Bericht für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen und deren Auswirkungen auf das Handwerk und den Mittelstand bis Ende November vorzulegen. Dieser Bericht liegt meines Wissens bis heute nicht, zumindest nicht vollständig vor. Genaueres werden wir vom Senat sicherlich nächste Woche auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zu diesem Thema erfahren.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ganz bestimmt!)

Einen Vorgeschmack darauf hat uns der Senat aber mit seiner Antwort auf diese Große Anfrage gegeben. Auf die Frage, wie viele öffentliche Unternehmen in welchem Umfang Handwerksleistungen für den freien Markt erbringen, antwortet der Senat lapidar in drei Zeilen – ich zitiere –:

- B „Ein Teil öffentlicher Unternehmen erbringt entsprechende Leistungen, die in Übereinstimmung mit den Wettbewerbsregeln stehen. Konkrete Zahlen werden aus Gründen der Bewahrung von Unternehmensinterna nicht genannt.“

Ich kann mich Herrn Hackbusch nur anschließen. Wir Parlamentarier haben ein Recht auf die korrekte Beantwortung dieser Frage und lassen uns vom Senat auf diese Art und Weise nicht abspesen, schon gar nicht bei einem so wichtigen Thema.

(Beifall bei der CDU)

Eine Stellungnahme hierzu erwarte ich spätestens bei der Debatte über den in der letzten Wochen erstellten Beteiligungsbericht.

Daß Rotgrün auf Handwerk und Mittelstand in keiner Weise Rücksicht nimmt,

(Farid Müller GAL: Ja!)

wird auch in Anbetracht der drohenden Unternehmensteuerreform deutlich. Daß der Senat in seiner Antwort auf die Große Anfrage zu der Frage XI über Auswirkungen bundespolitischer Entscheidungen weitestgehend schweigt, kann ich ausnahmsweise verstehen. Denn schon der Ansatz von Eichels Unternehmensteuerreform ist mittelstandsfeindlich und damit auch handwerksfeindlich.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Was haben Sie denn vorher gemacht?)

Grund hierfür ist, daß die Masse der deutschen Unternehmen und insbesondere die im Handwerk vorherrschenden

Personengesellschaften und Einzelunternehmen nur durch ein kompliziertes Optionsmodell mit beträchtlichem Verwaltungs- und Beratungsaufwand den gesunkenen Körperschaftsteuersatz überhaupt in Anspruch nehmen können. Hier wird die steuerpolitische Unkenntnis der rotgrünen Koalition im Berliner Reichstag deutlich, wenn nach monatelangem Herumbasteln eine Reform herauskommt,

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie haben jahrelang nur rumgebastelt!)

die gerade einmal einer Handvoll Unternehmen eine steuerliche Entlastung bringt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Die steuerliche Entlastung der Großkonzerne wird zu Lasten des Mittelstandes ausgetragen.

(Oh-Rufe bei der SPD)

– Sie werden sich bei den Arbeitsplätzen wundern. Sie schreien doch jetzt schon, daß vom Mittelstand nicht genug Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Was meinen Sie denn, wo dieses Problem entsteht?

Die rotgrüne Bundesregierung hat im Prinzip sogar schon öffentlich zugegeben, daß die Unternehmensteuerreform aus dieser Sicht gescheitert sei. Nach ihrer Prognose sind de facto 90 Prozent aller Personengesellschaften und Einzelunternehmen von der Unternehmensteuerreform ausgeschlossen. Ihre zunächst optimistische Einschätzung, daß jedes dritte Unternehmen die sogenannte Optionslösung wählt, hat die Bundesregierung nachträglich bereits korrigiert. Die Antwort des Senats ist also in dieser Hinsicht bereits überholt. Allein über 85 Prozent aller in Deutschland ansässigen Unternehmen sind Personengesellschaften und Einzelunternehmen. Gerade für diese Unternehmen, die zwei Drittel aller Arbeitsplätze stellen, wäre eine steuerliche Entlastung zwingend notwendig. Aber schon die Aussage, man wolle die Unternehmen und nicht den bösen Unternehmer entlasten, zeigt ihre Gesamteinstellung. Die Unternehmensteuerreform ist also unterm Strich für die vielen mittelständischen Unternehmen nichts anderes als eine verdeckte Steuererhöhung; die Ökosteuer kommt zusätzlich noch dazu.

Sie sehen, meine Damen und Herren vom Senat – heute sind nur Herren anwesend –, daß Sie für das Handwerk in Hamburg besonders viel tun müssen,

(Dr. Holger Christier SPD: Das tun wir schon!)

um diese steuerlichen Ungerechtigkeiten auszugleichen und die Existenzen und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, zum Thema Steuern möchte ich kurz antworten. Warum ist das Problem denn überhaupt entstanden? Es ist deshalb entstanden, weil so viele Gesellschaften und Unternehmen überhaupt nicht in den Bereich kommen, wo sie Gewerbe- und sonstige Körperschaftsteuern zu zahlen haben. Das ist das eigentliche Problem.

(Barbara Ahrons CDU: Dann müssen sie Einkommensteuern zahlen; das ist doch völlig egal!)

C

D

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A – Ja, eben. Das ist das Stichwort, das Sie außen vor gelassen haben: Einkommensteuer. Dieses Wort fehlt in Ihrer Darstellung. Die rotgrüne Bundesregierung macht ja nicht nur eine Reform der Unternehmensteuer, sondern macht genau für den von Ihnen geschilderten Fall mit der Absenkung des Eingangsteuersatzes auch eine Reform der Einkommensteuer, die zu einer erheblichen Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen, bei denen es sich um Personengesellschaften handelt, führen wird.

Im übrigen haben die Vertreter der CDU, bezogen auf steuerliche Reformvorhaben, keinen besonders guten Record, denn was in den letzten 16 Jahren auf Bundesebene getan wurde, ist bei allem Respekt wirklich nicht geeignet,

(Beifall bei der SPD – *Dr. Holger Christier SPD*: Das ist die Wahrheit, die müssen Sie aushalten! – Unmutsäußerungen bei der CDU)

uns hier Vorwürfe zu machen.

Es gibt Entlastungen bei den großen Unternehmen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich diese für richtig halte, weil die großen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen und wir uns diesem stellen müssen. Ich halte es für falsch, sie gegeneinander auszuspielen. Aber für die kleinen Personengesellschaften gibt es auch Erleichterungen über die Absenkung der Einkommensteuertarife. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Große Anfrage 16/3720 besprochen.

B Ehe wir zum Tagesordnungspunkt 17 kommen, möchte ich das **Ergebnis der Wahl einer Deputierten** bekanntgeben. Es wurden 90 Stimmen abgegeben, die alle gültig waren. Somit ist Frau Birgit Kiupel mit 83 Ja-Stimmen – bei 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen – gewählt worden.

Wir kommen zum Antrag der CDU zur Erweiterung der Ausnahmegebiete bei der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Erweiterung der Ausnahmegebiete im Sinne der
Ausnahmeverordnung zum Gesetz über den Abbau
der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in
Hamburg (HmbAFWofG-AusnahmeVO)
– Drucksache 16/3777 –]**

Diese Vorlage möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuß und mitberatend an den Bau- und Verkehrsausschuß überweisen. Vom wem wird das Wort begehrt? – Das Wort erhält Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit dem 1. Juli 1990 wird in Hamburg die sogenannte Fehlbelegungsabgabe erhoben, wenn Mieter öffentlich geförderter Wohnungen bestimmte Einkommen überschreiten. Sie ist damals auf Wunsch und auch auf Druck der CDU eingeführt worden; wir halten diese Maßnahme immer noch für ein richtiges, flexibles Mittel. Gut verdienende Mieter brauchen in unserer Stadt keine Förderung. Mittlerweile hat sich aber die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessert. Wir sind mehr und mehr bei einem Mietermarkt angelangt; das haben zum Beispiel auch schon die in den vergangenen Monaten geführten Diskussionen zum Mietenspiegel von 1999 deutlich gezeigt. Aber

nicht nur der Mietenspiegel ist dafür ein Beweis, daß sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt entspannt hat, sondern auch die fluktuationsbedingten Leerstände von Wohnungen der beiden staatlichen Wohnungsunternehmen SAGA und der GWG machen dieses deutlich. C

Im Jahre 1995 gab es einen fluktuationsbedingten Leerstand bei der SAGA von 0,08 Prozent; mittlerweile beträgt dieser 1,79 Prozent. Die GWG hatte im genannten Jahr einen Leerstand von 0,18 Prozent. Inzwischen wurde die marginale Zahl von 2 Prozent überschritten.

(Zuruf von *Heike Sudmann REGENBOGEN* – für eine neue Linke)

– Das bedeutet einen fluktuationsbedingten Leerstand von 2,03 Prozent, Frau Sudmann.

Was hat der Senat bisher getan, um hier gegenzusteuern?

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Seit dem 11. März 1998 ist die Höchstgrenze der Belastung für die Miete zuzüglich der Fehlbelegungsabgabe auf den Mittelwert des jeweils gültigen Hamburger Mietenspiegels festgesetzt worden. Zusammen mit Modellversuchen in einigen Großraumsiedlungen oder im Stadtteil Wilhelmsburg und mit den auslaufenden Sozialbindungen im Wohnungsbestand der öffentlich geförderten Wohnungen führte dieses natürlich in den letzten Jahren zu einem enormen Rückgang des Leistungsaufkommens. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Punkt hinweisen, der mit unserem Antrag nicht direkt etwas zu tun hat, aber mit dazugehört: auf den Mietenspiegel von 1999. Ich befinde mich hier im Einklang mit dem Hamburger Mieterverein.

Preissenkungen sind nicht an die zur Zahlung verpflichteten Besserverdienenden weitergegeben worden, das heißt, wir haben zur Zeit eine Situation, in der viele Mieter für ihre Sozialwohnung mehr zahlen, als sie für gleichwertigen Wohnraum auf dem freien Markt zu zahlen hätten. Und das, obwohl das Hamburger Gesetz vorsieht, die neuen Abgabenhöchstgrenzen nach der Veröffentlichung eines neuen Mietenspiegels innerhalb einer angemessenen Frist anzupassen. Was ist eine angemessene Frist? Darüber kann man natürlich trefflich streiten. Fakt ist aber, daß in Hamburg diese Ungerechtigkeit besteht und daß Menschen in öffentlich geförderten Wohnungen leben, für die sie mehr zahlen, als es der Mietenspiegel von 1999 im Mittelwert vorsieht. Ich kann Ihnen, Herr Dr. Gustafsson und meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der GAL, eines sagen: Wenn dort nicht schnell gehandelt wird, werden wir handeln und hierzu einen Antrag ins Parlament einbringen, D

(*Barbara Duden SPD*: Ist das eine Drohung? – *Dr. Martin Schmidt GAL*: Oh, oh!)

der Sie zur Umsetzung auffordert.

Herr Dr. Schmidt, Sie mögen darüber lachen, unterhalten Sie sich einmal mit den in diesen Sozialwohnungen lebenden Mietern, die mehr zahlen, als es der Hamburger Mietenspiegel von 1999 vorsieht. Lachen Sie diesen Mietern bitte genauso ins Gesicht, wie Sie es hier tun. Dann sage ich: Alle Achtung, der Mann hat Rückgrat, aber hier zu lachen, ist falsch.

(Beifall bei der CDU)

Wie stellt sich die Situation dar, und welche Schlußfolgerungen kann man daraus ziehen? Die Besserverdienenden

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A ziehen aus den Sozialwohnungen aus, weil sie eine Fehlbelegungsabgabe zwischen 1 und 5 DM pro Quadratmeter zahlen. Sie würden zur Zeit auf dem Wohnungsmarkt in attraktiveren Wohngebieten vergleichbare günstigere Wohnungen bekommen. Die Nachfolger der Mieter, die aus diesen Quartieren ausziehen, sind zum größten Teil eher unterdurchschnittliche Verdienere wie beispielsweise Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Dieses führt zwangsweise zu einer sozialen Entmischung und damit auch zu einer fehlenden Attraktivität und Identifikation mit dem Stadtteil, was wiederum zur Folge hat, Frau Sudmann, daß noch mehr Mieter ausziehen, die für Stabilität gesorgt haben. Die Gefahr, daß eine Wohngegend kippen und zum sozialen Brennpunkt werden kann, ist sehr groß.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

(Klaus-Peter Hesse: Selbstverständlich, Herr Präsident.)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, dann haben Sie etwas beschrieben, das ich als eine Einkommensmischung, aber nicht als eine soziale Entmischung bezeichnen kann. Können Sie das noch einmal genauer beschreiben?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Das kann ich Ihnen sehr genau beschreiben, Frau Sudmann. Wenn Personen mit einem höheren Einkommen aus Wohnungen eines großen sozialen Wohnungsbestandes ausziehen, die öffentlich gefördert wurden, können sie wieder belegt werden. Es wird aber keiner der Besserverdienenden in einen solchen Bereich ziehen, wenn der Wohnungsmarkt entspannt ist, und damit zur Stabilität in diesem Quartier beitragen. Das heißt, daß die Mieter, die ihre Wohnungen von den Wohnungsämtern und städtischen Wohnungsgesellschaften zugewiesen bekommen, einkommensmäßig und wegen der sozialen Bindung nicht das sein können, was wir uns für die Quartiere als eine vernünftige soziale Durchmischung wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Trend gilt es entgegenzusteuern. Dazu möchte ich ein Zitat von Frau Duden aus der Bürgerschaftssitzung vom 16. Dezember 1998 vortragen:

„Die sozialen Brennpunkte brauchen eine stabile Wohnbevölkerung, die sich mit ihrem Stadtteil identifiziert und durch ein Miteinander in ihrer Nachbarschaft lebenswerte Quartiere schafft.“

(Zuruf von *Barbara Duden SPD*)

Die SPD-Fraktion, Frau Duden, kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie überlegt, was zu tun ist, damit Menschen für ihre Entscheidung, in diesen Quartieren wohnen zu bleiben, nicht noch zusätzlich belastet werden.

Ich habe Ihnen selten zugestimmt; in diesem Punkt tue ich es. Sie haben es auf den Punkt gebracht, besser kann ich das nicht formulieren. Seit 1998 hat sich einiges getan. Ich hoffe, daß es auch bei Ihnen so ist, denn beim Senat hat sich nichts getan.

Ich möchte Ihnen aus dem Brief eines Mieters vorlesen, der mich erreicht hat – und das werden diejenigen bestätigen,

die mit mir in der letzten Woche beim hundertjährigen Bestehen des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen anwesend waren:

„Wir wohnen seit 18 Jahren in diesem Wohngebiet und stellen ebenso wie Sie fest, daß sich die gesunde Mischung der Bevölkerung, die zuerst bestanden hat, drastisch verschlechtert. Wir sehen auch mit Sorge, daß immer mehr Nachbarn der Mittelschicht, die sich für die Pflege der Wohnungen, Treppenhäuser, Kinderspielfläche und Anlagen eingesetzt haben, dieses Wohngebiet verlassen und die Nachmieter diesem Anliegen sehr gleichgültig gegenüberstehen. Wir bitten Sie deshalb sehr, sich intensiv dafür einzusetzen, daß diese negative Entwicklung gestoppt wird.“

Das ist *ein* Brief. Es gibt viele davon, und jeder, der in der Wohnungswirtschaft tätig ist oder sich mit Personen aus diesem Kreis unterhält, wird feststellen, daß das keine Ausnahme ist, sondern immer mehr zur Regel wird.

Damit komme ich zur Erläuterung des Antrages. Es ist beim Fehlen von Datenmaterial sehr schwierig zu sagen, welche einzelnen Bereiche man herausnehmen will,

(*Wolfgang Baar SPD*: Dann muß man sie kennen!)

um sie zu strukturieren. Die CDU-Fraktion hat leider nur einen begrenzten Datenzugriff und deshalb das genommen, was ihr zur Verfügung steht, nämlich die Globalrichtlinie für die Steuerung der sozialen Stadtteilentwicklung. Alle Gebiete, die darin enthalten sind, wären aus unserer Sicht geeignet, von der Fehlbelegungsabgabe befreit zu werden. Wir haben diese Gebiete zu Ihrer Information zusätzlich mit Nennungen ergänzt, die wir aus den Bezirken bekommen haben.

Ich möchte diesen Antrag durchaus nicht als perfekt bezeichnen, weil damit alle geeigneten Gebiete ausgenommen würden. Wir wären für die Nennung weiterer Gebiete dankbar. Den Kriterienkatalog, den Sie selbst mit formuliert haben und der die Darstellung durchaus nicht einfach macht, können wir als Grundlage nehmen. Darin heißt es:

„Die Auswahl neuer Gebiete erfolgt auf der Basis von qualitativen und quantitativen Kriterien zur sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und ökologischen Situation vor Ort sowie in Abwägung der Dringlichkeit unter gesamtstädtischen Gesichtspunkten.“

Diese Formulierungen werden durch die Beschreibung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die besonderen sozialen Probleme, die Begründung für die Einsetzung eines Stadtteilmanagements und so weiter noch detailliert erläutert. Es gibt viele Kriterien, die sich eignen, um ein Gebiet einzugrenzen, um es von der Fehlbelegungsabgabe zu befreien.

Unser Antrag – das habe ich schon deutlich gemacht – erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Gebiete, aber er erhebt einen Anspruch auf die Dringlichkeit von Handlungsbedarf in dieser Stadt. Was bisher vom Senat getan wurde, waren Modellversuche, die einfach verlängert wurden. Aber bevor irgend etwas anderes getan wurde, wurde zunächst abgewartet, welche Ergebnisse diese Modellversuche zeigen. Herr Dr. Gustafsson, Sie wissen – genau wie es auch Herr Senator Wagner wissen müßte –, daß es vor 15 bis 20 Jahren eine Situation in dieser Stadt gab, in der wir uns viel Mühe mit den städtischen Wohnungsgesellschaften gegeben haben, durch teure Maßnahmen schwierige Quartiere zu stabilisieren. Bevor wir wieder in eine solche Situation kommen, sollten wir rechtzeitig einschreiten

(Klaus-Peter Hesse CDU)

A und steuern. Das können wir heute machen, indem wir diesen Antrag so beschließen.

Heute morgen, habe ich – bevor ich zur Bürgerschaft gefahren bin – den NDR im Radio gehört.

(Barbara Duden SPD: So früh fahren Sie schon hierher?)

Ich war überrascht, denn ich habe dort – Herr Dr. Schmidt wird das vielleicht später noch ausführen – von einem Papier gehört, das gemeinsam von SPD und GAL entwickelt wurde. In diesem Papier steht, daß die Fehlbelegungsabgabe in gleichmäßigen Schritten in acht Jahren abgebaut werden soll. Herr Dr. Schmidt kennt das Papier anscheinend nicht; dann kann er uns vielleicht verraten, ob es das gibt oder nicht.

Ich habe Verständnis dafür, daß gerade die Kollegen von der SPD-Fraktion Probleme mit dem schrittweisen Abbau der Fehlbelegungsabgabe innerhalb von acht Jahren haben. Gerade Herr Dobritz und Herr Lange, der mit mir beim Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen war, wissen, wie prekär die Situation ist und daß jetzt und nicht schrittweise über acht Jahre gehandelt werden muß. Die Kosten, die dann für die Stadt entstehen würden, wären sehr viel höher.

Die CDU will weder acht Jahre warten noch sämtliche Auswertungen von Feldversuchen analysieren. Es gilt, jetzt zu handeln, ansonsten werden wir in vielen Stadtteilen eine Sozialstruktur erhalten, die mehr Geld verschlingen wird, als wir zur Zeit durch eine Fehlbelegungsabgabe einnehmen. Die Mieterinnen und Mieter unserer Stadt, aber auch die gesamte Wohnungswirtschaft – über den Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, den GdW, den Mieterverein zu Hamburg bis hin zu Parteiangehörigen, auch SPD- und grünen Abgeordneten aus dem Süderelbbaum, Herr Dr. Schmidt – haben sich mehrfach dafür ausgesprochen. Alle, die vor Ort kommunal tätig sind, danken es Ihnen. Insofern bitte ich Sie, im Ausschuß bei diesem Antrag – wir werden eine Vertagung nicht verhindern können – konstruktiv mitzuwirken, so daß hier möglichst schnell eine Änderung erreicht werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder CDU: Das Wort erhält die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das hatte streckenweise das Hüpfburgenniveau Ihrer vergangenen Rede: Sie verlief rauf und runter. Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung: Sie fahren vermutlich mit dem Pkw, aber vermutlich zu früh in die Bürgerschaft. Was machen Sie vor Sitzungsbeginn? Wie schlagen Sie die Zeit tot?

(Bernd Reinert CDU: Wie Sie Ihre Redezeit totschlagen, erfahren wir jetzt!)

Der Kommentar im NDR wurde heute morgen um 8 Uhr gesendet.

Die Fehlbelegungsabgabe ist weiß Gott kein Kind sozialdemokratischer Eltern. In der Vergangenheit war es neben der FDP vor allem auch die CDU, die von notwendigen Weichenstellungen für ein solides Finanzfundament der Stadt Hamburg gesprochen hat. Anfang der neunziger Jahre waren bei hundertprozentiger Einkommensüberschreitung Summen von bis zu 9 DM im Gespräch. Herr Mattner von

der CDU hat noch 1993 behauptet, daß eine Gefahr der sozialen Entmischung nicht zu befürchten sei, und sie könne auch in Diskussionen nicht unterstellt werden. Die CDU sagt generell, daß sie nicht gegen eine Fehlbelegungsabgabe sei, aber in bestimmten Gebieten mit entsprechender sozialer Problematik sollten Ausnahmen gemacht werden. Doch auch dazu hatte Herr Mattner 1992 anlässlich eines GAL-Antrags mit ähnlichen Forderungen folgende Meinung – das Zitat erfordert von der aufgeregten CDU-Fraktion etwas Geduld, aber hellhörig sollte sie schon werden –:

„Die Behauptung der Baubehörde, die heutige Abgabe sei auf die Stadtteile abgestimmt, ist allerdings der Gipfel sozialdemokratischer Wortverdrehung. Gemeint ist damit, daß weitere 49 000 Wohnungen ebenfalls nicht zur Verfügung stehen, weil sie nämlich in bestimmten Ausnahmegebieten – die SPD nennt das Großsiedlungen – liegen. Bei näherer Lektüre der vom Senat festgelegten Großsiedlungen finden sich nicht nur Steilshoop und Mümmelmannsberg, sondern sage und schreibe weitere 21 Wohngebiete, die dazu zählen sollen. Hier liegt die Vermutung nahe, daß aus wahltaktischen Überlegungen der SPD mit der Präzision eines Skalpell diejenigen Straßen herausgeschnitten werden, in denen die Sozialdemokratische Partei negative Auswirkungen für ihr Wahlergebnis fürchtet.“

Heute, im Jahre 2000, stellt sich für meine Fraktion die Frage: Wie sollen wir mit einer solchen Morgengabe von Ihnen umgehen?

(Beifall bei der SPD)

Der Schwenk in der CDU ist deutlich. Dazu bleibt zu bemerken, daß es keine vernünftigen Abgrenzungskriterien gibt, die gerichtsfest sind. Ausnahmen bedeuten aber auch immer den Verzicht auf Belegungsbindung. Daraus folgt, daß die Stadt auf ihr Recht verzichtet, geförderte Wohnungen weiter an einen Paragraph-5-Schein-Inhaber zu vergeben. Das ist nicht die Mieterpolitik von SPD und GAL. Den Verlust der Bindung billigend in Kauf zu nehmen, ist für die Mieterpolitik dieser Stadt bei der CDU ein großer Schwachpunkt.

Es folgt die allgemein bekannte Argumentationskette der CDU, daß SAGA und GWG leerstehende Wohnungen hätten. Das haben wir schon anlässlich der Haushaltsberatungen im Dezember 1999 geklärt. Die Leerstände bewegen sich auf einem völlig normalen Niveau und sind ein Indiz dafür, daß sich die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre ausgezahlt hat.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Martin Schmidt GAL)

Es wird die CDU-Fraktion nicht überraschen, daß wir in wesentlichen Punkten übereinstimmen, was vor allem die Entwicklung und Entmischung in den Stadtteilen mit großem Sozialwohnungsbestand betrifft. Ich glaube aber, wenn ich die Diktion von Herrn Hesse höre, daß vermutlich nicht alle Mitglieder seiner Fraktion so denken, wie er redet. Ihre gewählten Lösungsansätze sind zu kurz gegriffen. Es gibt in einigen Quartieren der Stadt Situationen, in denen man allein mit normaler Mieten- und Sozialpolitik nicht zurechtkommt.

Zu einigen Punkten des CDU-Antrages möchte ich noch bemerken, daß die von der CDU vorgenommene Gebietsauswahl methodisch angreifbar ist, weil sie nur pauschal die StEB-Gebiete genannt hat. Bei der Entscheidung über freizustellende Gebiete kommt es vor Ort vor allem auf die

(Barbara Duden SPD)

- A bestehende Situation der Sozialwohnungsbestände an Pauschale Gebietsfreistellungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Abgabepflichten der Bürger; deshalb müssen Abgrenzungen der Gebiete gut durchdacht sein. Sie müssen vor allen Dingen auch juristischen Prüfungen standhalten, um für jeden Bürger die Frage schlüssig zu beantworten: Warum zahle ich, aber derjenige auf der anderen Straßenseite zahlt nicht? Die Lösung dieses Problems wurde von Ihnen mit heißer Nadel genäht; hier laufen Sie Gefahr, eine Lösung anzubieten, die in der Praxis keinen Bestand hat. Das ist reine Effekthascherei.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hesse?

Barbara Duden (fortfahrend): Nein, er kann sich ja noch einmal melden.

Hinzu kommt das Problem, daß Sie bei dem Programm in das Ruderboot des Stadtentwicklungssenators Maier steigen. Die alleinige Entscheidung, in welche Richtung gerudert wird, überlassen Sie aber ihm. Uns ist es recht, ob es Ihnen in der Konsequenz recht ist, sollten Sie sich überlegen. Eine solche strikte Koppelung an die StEB ist sehr problematisch, zumal in Ihrer Aufzeichnung der Erhaltungsverordnung neben den bekannten Stadtteilentwicklungsgebieten auch einige Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung enthalten sind. Das ist systematisch unsauber.

Eine solche Koppelung ist nicht geeignet, zeitnah auf entsprechende demographische und ökonomische Veränderungen zu reagieren. Für die SPD-Fraktion steht fest, daß die Fehlbelegungsabgabe insgesamt abgeschafft werden muß.

B

(Beifall bei der SPD)

Ob dies für die ganze Stadt, in Schritten oder wie auch immer geschehen soll, darüber diskutieren wir, damit wir eine haushaltsverträgliche Lösung finden. Wir werden uns dazu im Plenum bald zurückmelden, um dieses Thema mit Ihnen gemeinsam zu besprechen.

Was machen wir nun mit Ihrem Antrag?

(*Bernd Reinert CDU*: Na, da sind wir ja gespannt!)

Wir haben alle Möglichkeiten diskutiert und uns dafür viel Zeit genommen. Die Fehlförderabgabe ist ein hochemotionales Thema, das nicht nur die Bauchgefühle von Mietern, sondern auch die der Abgeordneten berührt. Deshalb überweisen wir Ihren Antrag federführend an den Haushaltsausschuß sowie mitberatend an den Bau- und Verkehrsausschuß. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem ist schon von Herrn Hesse und Frau Duden geschildert worden. Einerseits liegt hier ein Problem vor, das aus einem Erfolg resultiert. Die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt hat die Schwäche der Fehlbelegungsabgabe deutlich gemacht. Die Schwäche besteht darin, daß sie von den Mietern als eine zusätzliche Bestrafung, als Zusatzmiete aufgefaßt wird. Deswegen werden diese Argumente immer wieder genannt, wenn es darum geht zu fragen: Warum bin ich eigentlich umgezo-

gen? Das mag manchmal nur subjektiv sein, ist aber sicherlich häufig objektiv. Über das Problem muß geredet werden, obwohl die Fehlbelegungsabgabe sicher aus gutem Grund eingeführt worden ist: nämlich um sozial gerecht zu sein. Es gibt Situationen, in denen die Stadt Sozialwohnungen teuer subventioniert und diese dann von Menschen bewohnt werden, die eine zusätzliche Subvention des Staates eigentlich nicht verdienen. Das war der Ausgangspunkt. Man muß sich – wenn man darüber redet – immer überlegen, wie jetzt damit umgegangen werden soll.

Die Lösung dieses Problems kann nur gerecht sein, wenn sie für alle gilt. Darüber hat Frau Duden auch schon gesprochen. Wir halten die unaufhörlichen und erst recht die von der CDU vorgeschlagenen Ausnahmeregelungen für so weitgehend, daß man nicht mehr von Gerechtigkeit sprechen kann. Die von Ihnen genannten Gebiete sind zum Teil sehr klein. Wie soll gerecht entschieden werden,

(*Manfred Mahr GAL*: Das ist rot markiert!)

wenn auf der einen Straßenseite die Fehlbelegungsabgabe gilt und auf der anderen Seite nicht. Die Quartiere sind begrenzt, so daß nicht alle erfaßt werden.

(*Bernd Reinert CDU*: Haben Sie das Problem heute nicht mit den Ausnahmegebieten?)

– Ja, und weil wir das Problem mit den Ausnahmegenehmigungen haben, das auch schon Ungerechtigkeit produziert, wollen wir auf keinen Fall dieses von Ihnen vorgeschlagene System noch perfektionieren, indem wir noch mehr Ungerechtigkeit schaffen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Ausnahmegenehmigungen haben – wie erwähnt – schon einen Pferdefuß. Die Ausnahmegenehmigungen, wie sie jetzt gehandhabt werden müssen, setzen immer in Kraft, was wir absolut nicht wollen, nämlich die Abschaffung der Bindungen der Sozialwohnungen an die staatlichen Belegungsmöglichkeiten. Eine Belegungspraxis in Ihrem Sinne bedeutet, daß es Dringlichkeitsscheine und Paragraph-5-Scheine mit Aussicht auf Erfolg nicht mehr geben kann. Das wollen wir unter keinen Umständen, und das hindert uns, der Fortführung der Ausnahmeregelung zuzustimmen. In dieser Situation gibt es daher nur die Möglichkeit, die Bindungen soweit es geht beizubehalten. Wir wollen auch, daß in Hamburg der bereits begonnene Bindungsaustausch bei den Wohnungsgesellschaften in größerem Stil fortgesetzt wird, damit die Wohnungsgesellschaften die Fähigkeiten haben, eine eigene Belegungspolitik zu machen. Die Fehlbelegungsabgabe soll dann sukzessiv in bestimmten Teilen reduziert oder eines Tages ganz abgeschafft werden. Nur dieser Weg ist sozial gerecht, obwohl wir dann ein neues Problem bekommen werden: Wir müssen neu über die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus nachdenken und prüfen, wie das am besten geschehen kann, weil wir auf Dauer Sozialwohnungen nicht teuer subventionieren können, die nicht von denen bewohnt werden, für die sie subventioniert werden.

Das Problem stellt sich, wenn wir uns zu dem Schritt genötigt fühlen, die Fehlbelegungsabgabe zu reduzieren oder völlig abzuschaffen. Dann müssen wir darüber nachdenken, wie man beim sozialen Wohnungsbau Gerechtigkeit schaffen kann. Dieses Problem haben Sie in Ihrem Antrag nicht aufgegriffen. Deswegen lohnt es sich, darüber neu nachzudenken. Wir bleiben dabei – Frau Duden sagte es bereits –, Ihren Antrag an die Ausschüsse zu überweisen. Aber wir müssen noch viel nachdenken, bevor wir zu

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A einer gerechten und für die soziale Bindung des Wohnens verträglichen Lösung kommen. Denn Sie können sicher sein: Solange die GAL an der Regierung beteiligt ist, werden wir dafür sorgen, daß die Armen dieser Stadt die Möglichkeit haben, ordentlich zu wohnen.

(Beifall bei der GAL, bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat die Abgeordnete Uhl.

(Dr. Roland Salchow CDU: Was sagen Sie zu dem letzten Satz?)

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der letzte Satz hat natürlich mein Herz aufgehen lassen. Ich werde immer anhand dieser Aussage überprüfen, was in dieser Stadt passiert. Wenn dieser Maßstab gilt, dann ist er zu begrüßen.

Ich möchte noch einmal auf Herrn Hesse eingehen. Er hat so viel diskriminierenden Müll von sich gegeben, daß ich dazu noch einiges sagen muß.

(Zurufe bei der CDU)

Im Prinzip haben Sie gesagt, daß Menschen mit wenig Geld keine guten Bewohner in bestimmten Stadtteilen sein können. Das ist das allerletzte!

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Was zum Teufel ist das für eine gesunde soziale Mischung, wenn sie auch noch am Einkommen festgemacht wird?

(Glocke)

- B **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich wünsche zumindest, daß Sie nicht fluchen.

Susanne Uhl (fortfahrend): Ich soll nicht fluchen? Fällt Ihnen etwas anderes dafür ein?

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich rufe Sie zur Ordnung.

Susanne Uhl (fortfahrend): Ich bin zur Ordnung gerufen worden, darum versuche ich, mich ordentlicher zu verhalten. Es ist allerdings ein Thema, bei dem ich jedesmal hochgehe.

Herrn Hesse scheint nicht klar zu sein, wieviel Armut in dieser Stadt existiert. Stellen Sie sich einmal die Frage, wie viele Menschen eine Sozialwohnung mit Paragraph-5-Schein beziehen dürfen, weil sie aufgrund ihrer Einkommen darauf angewiesen sind: Es sind nahezu 40 Prozent der Hamburger Haushalte.

(Dr. Rolf Lange SPD: Die Zahl stimmt doch gar nicht!)

Sie reden von einer gesunden Mischung, die sich über das Einkommen definiert, und daß die von mir genannten 40 Prozent der Menschen nicht normal sind. Das werde ich zu keinem Zeitpunkt schweigend hinnehmen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Natürlich sollen Menschen gern in ihren Quartieren wohnen. Das hängt aber auch davon ab, wieviel Miete sie bezahlen müssen. Es ist kein Geheimnis, daß ich schon immer der Meinung war, daß die Fehlbelegungsabgabe für alle zu hoch ist.

(Dr. Rolf Lange SPD: Ihre Forderung war doch 9 DM pro Quadratmeter! – Dr. Leonhard Hajen SPD: Darnals!)

– Das war niemals meine Forderung, Herr Lange.

Die Absenkung der Fehlbelegungsabgabe ist der richtige Weg. Wir werden genau darauf achten, daß sie nicht zu Lasten des sozialen Wohnungsbaus geht und künftig der Umfang an sozialem Wohnungsbau und sein Bestand in dieser Stadt erhalten bleibt. Deswegen ist der CDU-Vorschlag in keiner Weise akzeptabel.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse nunmehr über die Überweisungsanträge abstimmen, und zwar federführend an den Haushaltsausschuß und mitberatend an den Bau- und Verkehrsausschuß. Wer möchte so entscheiden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 23: Gemeinsamer Antrag von GAL und SPD zum Projekt Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD: Finanzierung von 110 TDM für die Fortsetzung des Projektes „Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ – Drucksache 16/3856 –]

Hierzu liegt mir ein Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung an zwei Ausschüsse vor, und zwar federführend an den Sozialausschuß sowie mitberatend an den Haushaltsausschuß. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Goetsch bekommt das Wort.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kinderschutzbund hat im Jahre 1993 anlässlich seines vierzigjährigen Bestehens eine große Veranstaltung zur Situation der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge mit dem Titel durchgeführt: „Endstation Sehnsucht“.

Als Konsequenz dieser Veranstaltung wurde unter anderem ein Projekt ins Leben gerufen, das Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge akquirieren sollte. Diese Konsequenz besteht im Gegensatz zu vielen anderen Forderungen, die leider bis heute noch nicht umgesetzt wurden, auch heute noch. Aber gerade der Einzelvormundschaft für diese Kinder und Jugendlichen kommt besondere Bedeutung zu. Diese Einzelvormundschaft bedeutet für sie, die ihre Familien verloren, Krieg und Kriegsgreuel und teilweise schwere seelische Traumata erleben mußten, eine emotionale Unterstützung. Sie können bei diesen Bezugspersonen wieder Vertrauen gewinnen, die sie auch schulisch betreuen und sich um die medizinische Versorgung kümmern. Vor allen Dingen aber werden sie von ihnen beim Asylverfahren betreut, indem sie die Kinder und Jugendlichen in diesem komplizierten Bereich begleiten. Teilweise suchen die Privatvormünder die Wohnungen dieser Betroffenen auf – verlassen sich nicht nur auf die Platzbörse – und bauen Verzweiflung und die Ängste ab, die mir von den Privatvormündern genannt wurden. Zudem begleiten sie vor allem den oft angstbesetzten Besuch bei der Ausländerbehörde.

Auf die Frage einer Vormünderin an ihr Mündel, wofür der Jugendliche sie bräuchte, antwortete dieser: „Für die Seele. Für den Alltag sind meine Betreuer in der Jugendwohnung da.“ Eigentlich sollte es genau umgekehrt sein, aber das

(Christa Goetsch GAL)

- A macht deutlich, wie wichtig dieser Bezug ist. Die Vormünderin bestätigte, daß sie die Konstante in seinem Leben sei, weil sie immer ansprechbar sei. Das wichtigste ist es wohl, Familienersatz in einer schwierigen Phase wie zum Beispiel der Pubertät zu sein. Wichtig ist es aber auch, als Vormund mit den Spannungsfeldern der verschiedenen Situationen umgehen zu können. Mitunter muß ein Mündel Hamburg nämlich wieder verlassen, und wenn ein Bezug zu diesen Kindern aufgebaut wurde, ist es nicht einfach, diese Situation zu ertragen.

Das Projekt „Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ versucht, möglichst Kinder zu vermitteln, die ein längeres Bleiberecht erhalten. Die gründliche Vorbereitung der künftigen Vormünder, die fachliche Begleitung und Fortbildung, ist Grundvoraussetzung für ihre Arbeit. Deshalb muß eine Stelle dafür planungssicher im Haushalt verankert sein.

Bei der Betrachtung der langen Aufgabenreihe, der Kenntnisse und Erfahrungen läßt sich erkennen, daß an die Privatvormünder vielfältige Anforderungen gestellt werden. Darum ist es notwendig, sie auf ihre Aufgaben vorzubereiten, weil sie nicht nur Sprachkenntnisse, sondern auch Erfahrungen und Kenntnisse über andere Religionen und Kulturen und den Umgang mit Behörden – den sie zum Teil auch beim Ausländerrecht zu lernen haben – mitbringen müssen. Wir brauchen die Privatvormünder; das BGB sieht dies auch vor. Die Nachfrage nach ihnen steigt, anders als noch 1995, Gott sei Dank auch ohne Werbung an. Ein Privatvormund bringt gegenüber einem Amtsvormund die zehnfache Zeit für diese Kinder und Jugendlichen auf. Ein Amtsvormund hat – zum Vergleich – zwischen 30 und 100 Mündel.

- B Deshalb gilt dem Kinderschutzbund besonderer Dank, aber auch den über 100 ehrenamtlichen Privatvormündern in Hamburg.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist vor allen Dingen die Ehrenamtlichkeit, wie wir sie sehr oft als Bürgerbeteiligung an dieser Stelle eingefordert haben. Diese Ehrenamtlichkeit wird nicht durch leere Worthülsen geleistet, sondern wird aktiv wahrgenommen. Das sollte hier besonders hervorgehoben werden. Die Privatvormünder sorgen auch für Akzeptanz der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge. Das ist bitter nötig. Neben der Betreuung des Aufenthalts und der Schulbegleitung – nicht bei der Ausbildung, weil ihnen die Arbeitserlaubnis verweigert wird – ist es wichtig, den Betroffenen aufgrund dieser persönlichen Beziehung Perspektiven zu geben.

Ich möchte das Beispiel eines Mündels erzählen, das als Straßenkind aus Rumänien angekommen und es hier auch weiter war. Durch die Privatvormundschaft wurde es – wie das Mündel selbst sagt – „domestiziert“ und hat den Real schulabschluß gemacht. Inzwischen wird er an der Staatlichen Fremdsprachenschule zum Fremdsprachenkorrespondenten ausgebildet. Meine Damen und Herren, mit diesem Projekt können wir zumindest das Notwendigste abdecken. Es ist nicht mehr von Restmitteln abhängig und hat nach langem Hin und Her endlich einen gesicherten Titel im Haushalt. Das wird neben den Dankesreden und -bekundungen den Initiatoren am meisten nutzen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es ganz toll, daß es in Zeiten knapper Haushaltsmittel gelungen ist, für dieses Projekt noch Mittel freizumachen, und auch noch ein eigener Haushaltstitel eingerichtet werden kann. Es stand schließlich in keinem Verhältnis, daß dieses Projekt des Deutschen Kinderschutzbundes in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen hochgelobt wurde, während für seine Finanzierung nur noch Reste übrig waren. Damit ist jetzt endlich Schluß.

Eine Bürgerin hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß das Projekt finanziell gefährdet war. Mit vereinten Kräften ist es dann gelungen, die vorliegende Lösung zu finden. Allen, die daran mitgewirkt haben, möchte ich herzlich danken.

Meine Damen und Herren! Ich halte es auch für ein Signal gegen Fremdenfeindlichkeit, wenn sich Menschen in dieser Stadt für Flüchtlingskinder oder besser gesagt Kinderflüchtlinge engagieren. Das fördert bei Jung und Alt Toleranz und besseres Verständnis für diese Kinder, aber auch Toleranz und besseres Verständnis fremder Kulturen. Auch ich möchte mich bei den Frauen und Männern bedanken, die bereit sind, Verantwortung für diese Kinderflüchtlinge zu übernehmen. Diese Aufgabe kostet viel Kraft und Zeit und ist eine große Herausforderung, die bis in den privaten Bereich hineinreicht.

Unsere Anerkennung gilt auch den Verantwortlichen beim Hamburger Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes. Dort wurde ein Verfahren entwickelt, um Privatvormünderinnen zu werben, zu qualifizieren und bei ihrer schwierigen Aufgabe so vorzubereiten, daß Überforderung und Enttäuschung vermieden wird. Dies geschieht zum einen durch gründliche Informationen über die Anforderung an einen ehrenamtlichen Vormund, zum anderen auch durch sehr intensive Einzelgespräche. Für diejenigen, die eine Vormundschaft für ein fremdes Kind übernehmen wollen, ist es wichtig, daß die eigene Familie, die Angehörigen und die Freunde mitziehen. Das verschafft dem Vormund und dem Mündel einen positiven Rückhalt und vergrößert gleichzeitig das Netzwerk, das die Kinderflüchtlinge auf fängt.

Sich auf ein fremdes Kind einzulassen, das aus einem fremden Kulturkreis stammt und oft noch unter dem Eindruck schrecklicher Erlebnisse steht, erfordert nicht nur ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen, sondern auch eine starke Belastbarkeit und sehr viel Geduld und Toleranz.

Mit großer Erfahrung und vor allem auch Fingerspitzengefühl gelingt es dem Projektteam beim Kinderschutzbund in Hamburg, die richtigen Menschen für diese Vormundschaften herauszufinden. Auch bei der Vermittlung der Mündel ist höchste Sensibilität angesagt. Es werden nur Kinder und Jugendliche ausgesucht, die in besonderem Maße eine Einzelbetreuung brauchen und diese auch wollen. Nur, wenn auf beiden Seiten, also beim potentiellen Vormund und beim späteren Mündel, alle Vorbehalte ausgeräumt sind, kommt es zur Vermittlung durch den Kinderschutzbund. Ist dann zwischen Vormund und Mündel alles klar und haben auch die Behörden zugestimmt, werden die Privatvormünder vor dem Vormundschaftsgericht vereidigt.

Trotz zahlreicher amtlicher Pflichtaufgaben ist und bleibt die persönliche Begleitung und Betreuung des Mündels das Herzstück einer privaten Vormundschaft. Das unterscheidet sie dann auch grundsätzlich von der Amtsvormundschaft. Ein Privatvormund kümmert sich – Frau Goetsch hat

(Dr. Monika Schaal SPD)

A das gesagt – um die Schulaufgaben, um die Gesundheit des Kindes, verbringt aber auch viel Zeit mit ihm. Trösten und Helfen, Lachen, Weinen, Freude und Enttäuschung, alles liegt nahe beieinander, wie in einer Familie. Ein Privatvormund ersetzt eben auch ein bißchen Vater und Mutter, ist Freund und Vorbild, soll Identifikationsmöglichkeiten schaffen und Emanzipation ermöglichen. Der beste Beleg, daß dieses gutgeht, ist dann oftmals – in Hamburg achtmal geschehen – die spätere Adoption des Mündels durch den Vormund.

Die positive Entwicklung der Vormundschaftsverhältnisse hängt eng mit der Betreuung und Begleitung durch den Kinderschutzbund zusammen. Aber ganz wichtig ist auch der Erfahrungsaustausch unter den Vormündern selber. Insgesamt belegt dieses Projekt, daß es nicht immer Amtsvormünder sein müssen, wenn es um die Geschicke von Kindern in Not geht. Privatvormünder leisten mehr, indem sie zusätzlich Erziehungsaufgaben übernehmen. Vielleicht, meine Damen und Herren, sollten wir auch einmal darüber nachdenken, ob dieses Modell des Hamburger Kinderschutzbundes auch auf Hamburger Kinder in Not übertragbar ist.

Ich bitte Sie, dem Antrag gleich zuzustimmen und nicht zu überweisen, damit dann auch die Finanzierung sofort gesichert ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Harlinghausen.

B **Rolf Harlinghausen** CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Blick in unsere Geschichte lehrt uns, was es bedeutet, Flüchtling zu sein. Einige Ältere von uns werden sich vielleicht noch daran erinnern, wie sie als Kind unter dramatischen Umständen geflüchtet sind vor dem Krieg, vor dem herannahenden Feind, der später zum Befreier wurde, oder vor Hunger und Kälte. Es waren die Erfahrungen mit einer Diktatur und deren verheerenden Verfehlungen und das unendliche Leid, das der Zweite Weltkrieg über die Menschen brachte, die die Bundesrepublik dazu bewogen hat, sich gemeinsam mit anderen Staaten des schweren Schicksals der Flüchtlinge anzunehmen. Es waren gerade diese historischen Erfahrungen, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes im Kopf hatten, als sie das Asylrecht formulierten. Hinzu kommen unzählige nationale und internationale Verträge und Abkommen. Vieles konnte verbessert werden. An den Gründen, die die Menschen zu einer Flucht aus ihrer Heimat bewegen, hat sich jedoch bis heute nichts geändert. Krieg, Hunger, staatliche Unterdrückung und Verfolgung gehören wohl zu den schwerwiegendsten Gründen.

Auch heute ist die Situation der Flüchtlinge in vielen Teilen der Welt mehr als dramatisch. In besonderem Maße gilt das für die Kinder, die oft unter unglaublichen Umständen ihr Land verlassen haben. Immer wieder kommt es vor, daß sie sich ohne ihre Eltern auf den Weg in ein fremdes Land machen. Häufig verlassen sie nicht nur ihr Heimatland, sondern auch ihren Kulturkreis. Viele von ihnen haben Dinge mit eigenen Augen sehen oder sogar am eigenen Leib erfahren müssen, die man sich noch nicht einmal in der Tagesschau zumuten mag. Es wird wohl kaum jemand leugnen, daß es unsere Pflicht ist, diesen Kindern in wahrer Not, für die im Amtsdeutsch die Bezeichnung minderjährige

unbegleitete Flüchtlinge gefunden wurde, hilfreich zur Seite zu stehen. C

In dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes, das die Vereinten Nationen 1989 verabschiedet haben, sind die Pflichten der Vertragsstaaten gegenüber den Kindern klar vorgegeben. Obwohl die Bundesrepublik das Übereinkommen 1992 unter dem Vorbehalt ratifiziert hat, daß das hier geltende Asylrecht davon unberührt bleibe, nimmt sie die ihr auferlegten Verpflichtungen sehr ernst. Ich bin überzeugt davon, daß im Interesse dieser Kinder noch eine ganze Reihe von Verbesserungen vorgenommen werden können und müssen. So finde ich es äußerst unbefriedigend, daß etwa die Hälfte der Flüchtlingskinder in den Unterkünften der Erwachsenen leben muß. Auch an der Behandlung der jungen Flüchtlinge muß noch gearbeitet werden. Generell gilt, daß Flüchtlinge sich in einer besonderen Situation befinden. Behörden und Sozialarbeiter müssen dem Rechnung tragen, wenn sie ihre Arbeit tun.

Kinder haben darüber hinaus völlig andere Bedürfnisse als Erwachsene. Aus dieser Erkenntnis ist in den letzten Jahren ein gänzlich neuer Arbeitsbereich innerhalb der Flüchtlingsarbeit erwachsen. Sozialarbeiter und Betreuer sind teilweise noch dabei, die Grundlagen zu entwickeln. Ein Beispiel ist das von der Jugendhilfsorganisation Woge e. V. und dem Münsteraner Institut für soziale Arbeit im vergangenen Jahr vorgelegte erste Handbuch zur Arbeit mit Kinderflüchtlings. Auch andere Modelle, den Problemen der Kinder ohne Eltern in einem fremden Land zu begegnen, müssen diskutiert werden. Vielleicht ist eine Regelung, die Berlin geschaffen hat, dabei vorbildlich.

Auf Initiative der Ausländerbeauftragten Barbara John hat Berlin mit Rumänien – Frau Goetsch hat darauf hingewiesen – eine Vereinbarung geschlossen, mit der in Temesvar und einem weiteren Ort zwei Jugendeinrichtungen mit deutscher finanzieller Hilfe und Beratung eingerichtet werden. Ähnliche Regelungen könnte man mit anderen Ländern erreichen. Hamburg wurde von unserer Fraktion im Eingabenausschuß aufgefordert, sich anzuschließen. Ich weiß nicht, ob sich in dieser Hinsicht inzwischen etwas getan hat. D

Abstrakt ist individuelle Vormundschaft pädagogisch natürlich sinnvoller als Staatsvormundschaft. Allerdings ist nach Einführung des sogenannten Kindervisums die Anzahl der jungen Flüchtlinge geringer geworden. Inwieweit dies zu Einsparungen bei den Einrichtungen und bei den Kosten für Sozialarbeiterstellen geführt hat, ist offen. Manchmal kommen Einsparungen nicht zum Zuge, weil es bei manchen Einrichtungen und Sozialarbeitern eine Planstellen vermehrende Fürsorglichkeit geben soll. Projekte wie Temesvar sind natürlich kostengünstiger, wenn man bedenkt, daß die Kosten in unseren Einrichtungen pro Kind und Monat 3200 bis 6000 DM betragen.

Wenn minderjährige unbegleitete Flüchtlinge statt in staatliche Einrichtungen in private Vormundschaft kämen, dann müßten in den betreffenden Etats zusätzliche Sparmöglichkeiten liegen. Jede Maßnahme, die die Situation der Flüchtlinge und ganz besonders der Kinder verbessert, sollte eingehend diskutiert werden. Meine Fraktion ist bereit, mehr Geld für sinnvolle Integration, insbesondere Sprachunterricht auszugeben, aber – und ich sage das ganz deutlich – natürlich nur für diejenigen, die auch Anspruch haben, zu bleiben. Das ist bei weitem nicht bei allen der Fall.

Wenn eine Mutter eines ihrer Kinder mit einer Decke zudeckt, um es vor Kälte zu schützen, dann wird sie jeder

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A loben. Wenn sie diese Decke aber einem anderen ihrer Kinder weggezogen hat, erscheint die gute Tat allerdings in einem anderen Licht.

(Antje Blumenthal CDU: Wohl wahr!)

Die Bundesrepublik hat – und das darf nicht vergessen werden – eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber den Deutschen, die aus dem ehemaligen Einzugsbereich des Warschauer Paktes zu uns kommen möchten. Die gravierenden weltpolitischen Veränderungen seit 1989 haben es Tausenden von Deutschen ermöglicht, in ihre Heimat zurückzukehren.

Ich komme jetzt auf die Finanzierung zu sprechen. In den GUS-Staaten haben über 100 000 Menschen einen gültigen Aufnahmebescheid, der sie jederzeit zur Aussiedlung berechtigt. Die Mehrheit von ihnen hat bis jetzt auf dieses Recht verzichtet. Unsensible Aktionen und Äußerungen führen aber immer wieder zu Panikreaktionen. Es war die derzeit regierende Koalition aus SPD und Grünen, die im vergangenen Jahr die Flugkostenpauschale für Aussiedler zum 1. Januar 2000 streichen ließ. Das führte im Oktober und Dezember 1999 zu einer Massenaussiedlung, deren Folgekosten die Einsparungen bei weitem überstiegen. Zwar sind die Zahlen der Aussiedler seither zurückgegangen, im Vergleich zum Vorjahr sind sie allerdings konstant geblieben.

Meine Damen und Herren! Zusätzlich wird in Hamburg alles getan, um den Menschen einen raschen Einstieg ins normale Leben zu verwehren. Dringlichkeitsscheine werden, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich vergeben. Sie werden es gleich noch sehr deutlich hören. Daß Sie das nicht hören wollen, kann ich mir vorstellen.

- B In diesem Bereich Streichungen vorzunehmen, erscheint mir unverantwortlich. Es kann nicht unser Anliegen sein, Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen, damit zu helfen, daß wir anderen, die ebenso bedürftig sind, etwas wegnehmen. Es ist grundsätzlich falsch, die Integration von Ausländern auf Kosten der Integration von Aussiedlern zu fördern und umgekehrt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, um im Ausschuß an einer sinnvollen Finanzierung arbeiten zu können, unserem Antrag auf Überweisung stattzugeben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Ich muß zugegebenermaßen sagen, Herr Harlinghausen, das war eine der bemerkenswertesten Reden, die ich jemals von der CDU gehört habe,

(Dr. Monika Schaal SPD: Das ist wahr!)

zumindest der erste Teil.

(Dr. Hans-Peter de Lorent SPD: Es gibt immer einen zweiten Teil! – Rolf Harlinghausen CDU: Wenn Sie das sagen, muß ich etwas falsch gemacht haben!)

Das meine ich ehrlich. Wenn Sie sagen, daß jede Maßnahme, die die Situation von Flüchtlingen verbessert, ernsthaft diskutiert und durchgeführt werden muß, dann ist das zumindest sehr bemerkenswert, und ich würde mich freuen, wenn Herr Vahldieck daran anknüpft.

Das Projekt, über das es konkret geht, ist tatsächlich eines, das schon vielen Leuten helfen konnte und nach dem es

einen großen Bedarf gibt. Wenn Frau Schaal angedeutet hat, daß das ihrer Initiative zu verdanken ist, daß es noch weitergeführt werden kann, so kann ich mich erinnern, daß ich vor zwei Jahren, als ich noch Mitglied der GAL-Fraktion war, mit dem gleichen Finanzierungsproblem konfrontiert war. Dennoch kann man nicht darüber hinwegsehen, daß es immer noch zentrale Probleme gibt, an denen dieses Modell nichts verändert. Zu den zentralen Problemen gehört nach wie vor die unsägliche Altersfeststellung und die absolute Perspektivlosigkeit der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, gekennzeichnet von Arbeitsverboten, mangelnden Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten und natürlich auch gekennzeichnet durch Abschiebungsandrohungen. Die machen die Menschen, die die minderjährigen Flüchtlinge begleitet haben, nicht nur froh über ihre Aufgabe, sondern sie sind verzweifelt, wenn sie plötzlich mitbekommen, auf welche Art und Weise diese minderjährigen Flüchtlinge abgeschoben werden. Deswegen muß das zentrale Thema bearbeitet werden, wenn wir über dieses Projekt reden, nämlich das Thema „Wie geht Hamburg mit seinen Flüchtlingen um“. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag abstimmen. Wer will die Vorlage zur federführenden Beratung an den Sozialausschuß und mitberatend an den Haushaltsausschuß überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über den GAL- und SPD-Antrag in der Sache abstimmen. Wer möchte denselben beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mehrheitlich beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will sodann den in erster Lesung gefaßten Beschluß auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Beschluß auch in zweiter Lesung und somit endgültig gefaßt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf: Drucksache 16/3857: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zur Abschiebep Praxis.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:

Das Maß ist übertoll! Sofortige und vollständige Rücknahme der Verschärfungen in der Hamburger Abschiebep Praxis – Drucksache 16/3857 –]

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/3930 ein Antrag der GAL-Fraktion zugegangen.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Abschiebep Praxis – Drucksache 16/3930 –]

Wer meldet sich zu Wort? – Die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können eigentlich nahtlos an die Debatte anknüpfen, die wir

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A eben geführt haben. Ich kann sogar nahtlos an das Stichwort von Herrn Harlinghausen anknüpfen, nämlich, daß es wichtig und dringend ist und daß auch alles dafür getan wird, daß sich die Situation von Flüchtlingen verbessert. Das war das Versprechen von SPD und GAL. Das ist ein Teil der Begründung für diese Koalition. Was wir nach zweieinhalb Jahren feststellen und insbesondere nach der Entwicklung im letzten Jahr, ist, daß das Gegenteil passiert ist. Das Papier, das die Innenbehörde – ein Geheimpapier, so wurde das damals genannt – im letzten April veröffentlichte, hat eine Reihe von Verschärfungen der Hamburger Abschiebepaxis angekündigt. Es sollten ärztlich attestierte Kranke schneller abgeschoben werden, es sollte ein ärztlicher Dienst eingerichtet werden, um genau diese Aufgabe mit zu erfüllen. Es sollte die getrennte Abschiebung von Familien stattfinden und verstärkt werden. Es sollten verschiedene Maßnahmen zur Sicherstellung der Durchführung einer Abschiebung eingeführt werden, zum Beispiel das Aufsuchen von Flüchtlingen am Vorabend oder in den Morgenstunden eines für diese überraschend angesetzten Abschiebungstermins, gegebenenfalls mit Unterstützung der Polizei. Es sollten im Rahmen von Vorsprachen bei der Ausländerbehörde vermehrte Festnahmen stattfinden und eine unverzügliche Abschiebung stattfinden. All dies war damals angekündigt, all dies findet heute statt, all dies an vielen, vielen Beispielen. Vier davon aus nur einer Woche können Sie in unserem Antrag nachlesen.

Es gab damals in diesem Hause verschiedene Debatten und Aufregungen, auch bei der SPD und GAL Empörung über die Maßnahmen, die angekündigt wurden. Es kam zu einer politischen Verständigung zwischen SPD und GAL sozusagen auf Grundlage des Tumultes, der in der Stadt war, von Rechtsanwältinnen, Ärztinnen, REGENBOGEN, Kirchen und vielen mehr, die gesagt haben, diese Maßnahmen dürfen keinesfalls durchgesetzt werden, wenn die Flüchtlingspolitik in Hamburg noch irgend etwas mit Grundrechten und Menschenwürde zu tun haben soll.

B Die Verständigung von SPD und GAL schließt diese Maßnahmen, die das Papier der Innenbehörde damals genannt hat und die jetzt durchgeführt werden, nicht aus. Genau deswegen passieren diese Maßnahmen. Das angstbesetzte frühmorgendliche Abholen von Menschen, die Trennung von Familien, die Abschiebung trotz Attesten, all dies passiert nicht trotz, sondern es passiert wegen der Verständigung zwischen SPD und GAL.

Wir möchten mit unserem Antrag ein absolutes Minimum erreichen. Wir möchten, daß die Verschlechterungen der letzten Monate zurückgenommen werden. Wir möchten, daß diese rotgrüne Regierung auf Basis von Menschenwürde agiert, auf Basis der Gewährleistung von Rechten. Beides passiert nicht mehr und ist nicht mehr gewährleistet. Das ist mir absolut unverständlich. Das ist etwas, was nicht nur wir feststellen, was nicht nur die Stadt feststellt, sondern das ist etwas, was auch die GAL weiß, daß es passiert.

Wir möchten mit unserem Antrag ein absolutes Minimum erreichen. Wir möchten, daß die Verschlechterungen der letzten Monate zurückgenommen werden. Wir möchten, daß diese rotgrüne Regierung auf Basis von Menschenwürde agiert, auf Basis der Gewährleistung von Rechten. Beides passiert nicht mehr und ist nicht mehr gewährleistet. Das ist mir absolut unverständlich. Das ist etwas, was nicht nur wir feststellen, was nicht nur die Stadt feststellt, sondern das ist etwas, was auch die GAL weiß, daß es passiert.

Jetzt kommt ein Antrag von der GAL, der von der Innenbehörde einen Bericht abfordert, wie sie ihre Abschiebepaxis darstellt, insbesondere in bezug auf die politische Verständigung zwischen SPD und GAL. Ich kann euch heute schon sagen, was dort drinstehen wird. Dort wird drinstehen, daß sich die Innenbehörde auf Basis des Koalitionsvertrages verhält. Dort wird drinstehen, daß sie sich analog zu der politischen Verständigung zwischen SPD und GAL verhält und sich ansonsten nichts verändert hat. Das Problem ist, daß sie damit dann auch noch recht hätte. Es hat sich wieder nichts verändert an dieser Frage. Hier

geht es nicht um Papierproduktion, sondern hier geht es darum, daß sich für Leute etwas verändert, die gegenwärtig angstbesetzt durch diese Stadt laufen. Darum geht es, nicht um mehr und auch nicht um weniger.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Pumm.

Erhard Pumm SPD: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Frau Uhl, Sie haben ausgeführt, daß Sie nur das Minimum fordern. Aber wenn man die Forderungen genau durchliest, dann geht es nicht um das Minimum. Deswegen möchte ich auf einige wenige Passagen Ihrer Forderungen, die wir heute beschließen sollen, eingehen.

Wenn Sie schreiben:

„Flüchtlinge, denen per ärztlichem Attest eine Krankheit oder Traumatisierung bescheinigt wird, werden nicht abgeschoben.“,

was wollen Sie eigentlich damit aussagen?

(Heino Vahldieck CDU: Das ist doch eindeutig!)

Wollen Sie damit aussagen, daß ein Ausreisepflichtiger, der eine Grippe oder eine andere leichtere Erkrankung hat, nicht abgeschoben werden kann?

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Traumatisierungen sind leichte Erkrankungen?)

Dem können wir nicht folgen.

Dann schreiben Sie als Forderung:

„Die Hinzuziehung von Ärzt/innen zur Vorbereitung und Begleitung einer Abschiebung unterbleibt ausnahmslos.“

Warum eigentlich? Ist es nicht auch in dem einen oder anderen Fall sinnvoll, daß es eine ärztliche Begleitung gibt? Warum sind Sie da so radikal und wenden sich gegen die Interessen der Betroffenen?

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dann schreiben Sie:

„Die Praxis der ‚Ingewahrsamnahme‘, das heißt Festnahme auf der Ausländerbehörde einen Tag vor einer geplanten Abschiebung, unterbleibt ausnahmslos.“

Es gibt Fälle – da machen wir uns gar nichts vor –, wo es notwendig ist, die Ingewahrsamnahme vorzunehmen.

Dann sagen Sie:

„Familien werden zum Zweck der Abschiebung in keinem Fall auseinandergerissen. Familien werden nicht getrennt.“

Grundsätzlich ist das richtig. Familien sollten gemeinsam abgeschoben werden. Wenn sich aber herausstellt – und so ist wohl auch das praktische Leben –, daß sich einzelne Familienmitglieder der Abschiebung entziehen, muß es auch möglich sein, in diesen Einzelfällen die Abschiebung von Teilen der Familie vorzunehmen.

Es darf nicht verkannt werden, daß es sich grundsätzlich um Personen handelt, die der Aufforderung, Hamburg zu verlassen, nicht nachgekommen sind. Diese Menschen halten sich illegal in Hamburg auf, und das wissen sie auch. Es ist falsch, den Eindruck zu erwecken, als ob Menschen,

(Erhard Pumm SPD)

A die abgeschoben werden, völlig ahnungslos sind. Sie wissen, daß ihr Aufenthalt in Kürze beendet wird. Es gibt immer wieder individuelle Gründe dafür, daß Menschen ihre Ausreise aus Deutschland hinauszögern oder sogar verhindern wollen. Dies ist auch menschlich verständlich. Daß sie alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, wird von uns keinesfalls kritisiert. Das ist das Prinzip eines demokratischen Rechtsstaates. Wir als Abgeordnete haben auch die Aufgabe, die Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Dieses gilt besonders für staatliches Handeln, ohne Frage, dieses gilt aber auch für die Menschen, deren Asylverfahren aufgrund eines rechtskräftigen Urteils negativ beschieden wird. Sie müssen ausreisen, und daran dürfen wir auch keinen Zweifel lassen. Auch das gehört zur Rechtsstaatlichkeit.

Abschiebungen werden aus der Sicht der Betroffenen nie menschlich sein, nie und nimmer, Frau Uhl. Da werden Sie keinen einzigen Fall finden, und das wissen Sie genauso gut wie ich. Gerade deshalb müssen wir auch die Abschiebungspraxis, soweit es irgendwie geht, human gestalten, obwohl diese Begrifflichkeit in den Ohren der Betroffenen als zynisch empfunden werden wird.

Deswegen, sehr geehrte Frau Uhl, werden wir Ihren Antrag ablehnen und dem Antrag der GAL zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Martin Schmidt GAL*)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Thomas.

B **Elke Thomas CDU.*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute wieder einen Antrag der REGENBOGEN-Gruppe, den wir im Juni 1999 schon einmal gehabt haben. Damals haben wir Ihren Antrag abgelehnt, und wir werden ihn heute auch wieder ablehnen.

(Beifall bei der CDU – *Heino Vahldieck CDU*: Mit Freude!)

Ich werde auch sagen, warum. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen steht zu lesen:

„Der Aufenthalt von ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern, deren Verfahren auf der Basis des geltenden Rechts vollziehbar abgeschlossen ist, wird konsequent und zügig beendet.“

Ich meine, so sollte es umgesetzt werden. Die CDU tritt für eine konsequente Abschiebep Praxis ein, aber unter Wahrung der Menschlichkeit.

Für Härtefälle, wie Sie sie, Frau Uhl, in Ihrem Antrag schildern, gibt es den Eingabenausschuß, dem auch Sie und ich angehören. Dort hat es doch auch schon Erkenntnisse darüber gegeben, wie man mit vielerlei Tricks versucht, einer Abschiebung zu entgehen. Wie aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage hervorgeht, gibt es etwa 700 Menschen in Hamburg, die bleiben, weil medizinische Atteste vorliegen, worin bestätigt wird, daß aus gesundheitlichen Gründen von einer Abschiebung abgeraten wird. Meistens werden psychische Gründe angeführt. Es sind fast immer – und das muß ich leider sagen – dieselben Ärzte, die diese Atteste ausstellen, und es geschieht fast immer kurz vor der Ausweisung. Merkwürdig finde ich das.

Deshalb – vielleicht hören Sie jetzt einmal zu – halten wir die amtsärztliche Überprüfung für unerlässlich, um die Aussagen der Atteste zu untermauern oder aber in Frage zu stellen,

(Zuruf von *Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*) C

wobei wir den amtsärztlichen Dienst sogar noch verbessern möchten.

Notwendige Untersuchungen bei Abschiebefällen werden oftmals – bedingt durch Kapazitätenmangel – nach einer Wartedauer von drei bis vier Monaten durchgeführt. Das hat zur Folge, daß ausgestellte Paßersatzpapiere teilweise ihre Gültigkeit verlieren und eine weitere unvermeidbare Verlängerung des Aufenthaltes eintritt. Verzögerungen erwecken Hoffnungen, die zum Teil nicht erfüllbar sind. Das muß man doch einmal zugeben. Darum ist hier ein konsequentes und bedachtes Handeln erforderlich. Es ist zweifelhaft, wenn eine sechs- oder siebenköpfige Familie in Deutschland bleiben kann, weil ein Familienmitglied ein ärztliches Attest vorlegt. Das geht nicht.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Sie halten doch sonst immer die Familie so hoch!

Minderjährige Kinder sollten allerdings niemals allein abgeschoben werden, sondern in Begleitung eines Elternteils. Richtig ist auch, daß Abzuschiebende von Ärzten oder ausgebildeten medizinischen Hilfskräften – wenn es nötig ist – begleitet werden. Die Maßnahme der Innenbehörde findet bei uns Unterstützung, Abzuschiebende in deren Wohnung aufzusuchen, um ein Abtauchen in die Illegalität zu verhindern. Allerdings sollte auch hier die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben; eine Nacht-und-Nebel-Aktion halte ich für unsensibel und unwürdig.

Wie Sie sicherlich in der Presse gelesen haben, mußten wir uns gerade leider in letzter Zeit mit unsensiblen Verhaltensweisen der Ausländerbehörde befassen. Ich erinnere an den afghanischen Bürger, der zwei Wochen vor der Prüfung seines Hauptschulabschlusses in Abschiebehaft genommen wurde, allerdings am selben Tag auf Initiative des Eingabenausschusses wieder entlassen wurde. Ein weiteres Beispiel: Eine Kurdin wurde nachts mit ihren kleinen Kindern aus der Wohnung geholt, obwohl sie noch eine Duldung hatte.

In den letzten Tagen berichtete die Presse von einem weiteren Fall. Ein junger Türke wurde im Eilverfahren abgeschoben, obwohl eine Eingabe an die Bürgerschaft vorlag. Der Petitionsausschuß wurde somit umgangen. Solche Dinge dürfen einfach nicht passieren. Ein derartiges Fehlverhalten der Ausländerbehörde muß vermieden und, falls geschehen, gerügt werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Im Petitionsausschuß haben wir intensive Gespräche mit der Ausländerbehörde geführt; man hat dort Besserung gelobt. Ich will das auch glauben.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Warum?)

Es wäre schlimm, wenn nichts geschehen würde, denn dann müßten personelle Konsequenzen gezogen werden.

Wir werden ein wachsames Auge auf die Abschiebep Praxis der Ausländerbehörde haben und sie kritisch begleiten. Denn in der letzten Zeit gab es aufgrund von Bestechlichkeit, Betrug und Urkundenfälschung genügend negative Schlagzeilen über sie. Ich möchte das nicht weiter ausführen, denn ich glaube, daß die weitaus größere Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Ausländerbehörde ihren Job zur Zufriedenheit erledigen.

(Elke Thomas CDU)

A (Beifall bei der CDU – *Peter Zamory GAL*: Glauben heißt nicht wissen!)

Deswegen möchte ich heute keine Schmähkritik üben, weil ich weiß, daß Fehler passieren können, aber eigentlich nicht passieren dürfen. Ich verstehe, daß die Mitarbeiter Recht und Gesetz einhalten wollen und auch müssen, und genau das muß aber auch geschehen.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Es gibt Ermessensspielräume!)

Die Ausländerbehörde muß und kann aber ähnliche Fälle verhindern. Wir müssen etwas dagegen tun. Ich hoffe, daß das geschieht, daß Ausreisepflichtige nicht vogelfrei sein werden und ihnen kein Unrecht geschieht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heute geführte Debatte ist sehr interessant. Der SPD-Vertreter hält eine Rede, die sich so anhört, als würden wir erst noch in Koalitionsverhandlungen eintreten müssen. Die CDU spricht unerwartet ungewohnt deutlich für eine differenzierte Behandlung von Einzelfällen. Das begrüße ich sehr.

(Beifall bei der GAL – *Bettina Machaczek CDU*: Das tun wir immer! – *Bernd Reinert CDU*: Sie haben es nur jetzt erst kapiert, was wir wollen!)

B Um es einmal deutlich zu sagen: Ich bin es inzwischen wirklich leid, über diese vielen Einzelfälle reden zu müssen. Jeder einzelne dieser bekannt gewordenen Fälle ist ein Fall zuviel. Die Kritik und die Auseinandersetzung über diese und andere Fälle von Aufenthaltsbeendigung, die nur in irgendeiner Weise vom Verfahren her angreifbar sind, müssen öffentlich und auch hier im Parlament stattfinden. Dabei ist es – um es deutlich zu sagen – eindeutig nicht strittig, daß Abschiebungen ein Teil der Aufgaben der Ausländerbehörde sind. Nicht die Aufgabe steht im Blickfeld der Kritik, sondern die Methoden und das Selbstverständnis der Behörde beziehungsweise ihrer Protagonistinnen und Protagonisten.

So wie bei diversen Debatten über Vorfälle im Bereich der Polizei, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Zuwendungen an Träger oder wie bei der Einrichtung von Telefonzellen in Gefängnissen, muß hier und heute über die Situation der jeweils Betroffenen und auch über das Behördenhandeln und den Zusammenhang der Behördenstrukturen debattiert werden. Es ist und bleibt eine originäre Aufgabe von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Beschwerden nachzugehen und Mißstände aufzuklären, damit sie abgestellt werden können.

Wenn wir uns vor allem politisch darin einig sind, daß der Kern der Kritik nicht die Tatsache ist, daß die Behörde abschiebt – obwohl uns das immer wieder unterstellt wird –, sondern welcher Methoden sie sich dabei bedient und was daraus für die betroffenen Menschen folgt, dann muß es doch auch Möglichkeiten geben, hier für Abhilfe zu sorgen.

Die Ausländerbehörde ist durch das Ausländerrecht gebunden und in bezug auf koalitionspolitische Vereinbarungen gleichzeitig in einer Bringeschuld. Herr Pumm, ich teile ausdrücklich einige Ihrer Interpretationen nicht. Die Bringeschuld in bezug auf die koalitionspolitischen Vereinba-

rungen bezieht sich zu Recht auf die öffentliche und natürlich auch auf die Kritik in der Koalitionsfraktion. Es ist doch untragbar, wenn sich auf der Basis einer politischen Verständigung zum Beispiel über den besonders sensiblen Umgang mit Familien bei einer anstehenden Abschiebung die behördlichen Maßnahmen derartig verschärfen,

(*Mahmut Erdem GAL*: Geiselnahme!)

daß die Verhältnismäßigkeit verlorengeht. In den letzten zehn Jahren stand die Behörde niemals so oft aufgrund ihrer Vorgehensweise in der Kritik – wohlgermerkt nicht aufgrund ihrer Aufgabe – wie in den letzten zwölf Monaten. Denn diese Vorgehensweise, Frau Uhl, steht genau nicht in der Vereinbarung.

Ich erwarte – das ist auch der Hintergrund des GAL-Antrages, den wir auch hinsichtlich des Antrages der Gruppe REGENBOGEN vorgelegt haben –, daß man sich auf die politischen Vereinbarungen verlassen kann. Wir fordern deshalb den Senat auf, dieses auch mit aller Deutlichkeit und nicht aufgrund eines Berichtersuchens nachzuweisen, sondern wir wollen darüber eine Darstellung innerhalb von vier Wochen.

Ich lasse mich im übrigen – das hat bisher zum Glück niemand getan – heute ganz bewußt nicht noch einmal auf eine Diskussion über den Mißbrauch des Asylrechts – auch die CDU hat hierzu sehr vorsichtig argumentiert –, das Erschleichen von Leistungen oder ähnliches ein. Diese Diskussion hilft uns in dieser Situation politisch keinen Schritt weiter. Hier geht es um die Frage, wie eine Behörde ihre Aufgabe bewältigt. Sie übernimmt für Tausende von Menschen oft für viele Jahre die Verantwortung für einen bestimmten Lebensabschnitt, genauso wie es die Schulbehörde, die BAGS oder die Justizbehörde tun: Die Behörde übernimmt Verantwortung für die Menschen.

Immer deutlicher wird dabei, daß der zentrale Bereich in der Ausländerbehörde in seiner jetzigen Struktur dafür nicht sonderlich geeignet ist. Die Zeiten des Obrigkeitsstaates sind vorbei. Auch diese Behörde hat die von ihr zu betreuenden Menschen als Kundinnen und Kunden anzusehen. Sie hat die Menschen vor Willkür zu schützen und vor allem dann unter Schutz zu stellen, wenn sie krank und hilfebedürftig sind.

Von der Qualität der Betreuung ist es abhängig – ich benutze bewußt diese eher behördentechnischen Vokabeln –, ob die Menschen ihre Rechte und Pflichten auch verstehen und wahrnehmen können. Dazu gehört als mögliche Konsequenz die Abschiebung. Wenn diese Maßnahme für die Menschen aber völlig überraschend kommt, indem sie bei der Wahrnehmung einer Vorladung in der Behörde verhaftet werden und gar nicht wissen oder verstehen, warum das geschieht, dann liegt ein Betreuungs- und Beratungsfehler vor. Diese Fehler würden bei jedem anderen Fall, beispielsweise bei der Betreuung von Kranken, Behinderten, Kindern und anderen Menschen, als Systemfehler erkannt und abgestellt werden. Es muß im Behördenhandeln etwas verändert werden.

(Beifall bei der GAL)

Die Struktur der Behörde, die die Reduzierung der Menschen auf Fälle und Zahlen zur Folge hat, ist das Problem. Ein System, das erlaubt, Zielzahlen für Abschiebungen pro Monat schriftlich festzulegen, kann nur willkürlich arbeiten; das kann nicht human sein. Der Umgang mit Flüchtlingen in Hamburg muß in bezug auf das Gesetz wieder vom Respekt für den Menschen geprägt sein. Das ist selbstver-

(Antje Möller GAL)

- A ständlich Aufgabe der rotgrünen Koalition, und leider – das bedauere ich – stehen wir damit völlig am Anfang.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort Herrn Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß in einer Stadt wie Hamburg möglich sein, das Thema Ausländerpolitik intellektuell redlich und pragmatisch zu diskutieren und dabei nicht auf den Opportunismus von Stimmungen oder aber politischen Positionen zu setzen, die einer rechtlichen Prüfung, Frau Uhl, nicht standhalten. Wer als Gutmensch oder im besten Fall als Gesinnungsethikerin ein Bleiberecht für alle fordert und alles andere, was eine Behörde praktisch umsetzt, vor diesem Hintergrund verwirft, hat seine Orientierung verloren. Er bewegt sich jedenfalls nicht mehr im Rahmen des Ausländerrechtes, das vom Gesetzgeber vorgegeben wird und an das sich eine Ausländerbehörde zu halten hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Frau Möller, Ihnen möchte ich gern eines sagen: Für mich ist das Recht maßgeblich. Ich werde nicht zulassen, daß meine Behörde in irgendeiner Weise das Recht bricht. Genauso – das sage ich etwas freundlicher – bin ich allerdings der Auffassung, daß die Zusagen, die in der Koalitionsvereinbarung gemacht wurden, einzuhalten sind. Das tun wir auch. Was mir auch von Ihnen als Koalitionspartner fehlt, ist die Anerkennung gemeinsamer Leistungen: Wir haben zusammen das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert und festgestellt, daß unsere Einbürgerungskampagne einen erheblichen Erfolg aufweist. Zum Stichtag 29. Februar 2000 liegen 2100 Anträge vor; das sind 195 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit nicht genug: Wir haben gemeinsam eine Altfallregelung erstritten, die Kürzungen des Asylbewerberleistungsgesetzes abgelehnt und Regelungen über einen humanen Vollzug auch für Härtefälle des Ausländerrechtes beschlossen. Frau Möller, ich erinnere auch an die Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz; wir haben uns nach einer Auseinandersetzung darüber geeinigt. Ich erinnere schließlich an die politische Verständigung vom 9. Juli, die wir gemeinsam formuliert haben und auch einhalten.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Senator Hartmut Wrocklage (fortfahrend): Nein. – Es ist betrüblich, daß, bevor wir überhaupt berichtet haben oder in eine weitere Diskussion eingetreten sind, an dieser Stelle von Ihnen Schlußfolgerungen gezogen werden, die in der Sache nicht berechtigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben natürlich Probleme in der Sache, die sehr leicht emotionalisiert werden. Es geht zum Beispiel im Hinblick auf das Arbeitserlaubnisrecht um ein Problem, das wir gemeinsam sehen. Wir sind gemeinsam der Auffassung, daß der Arbeitsminister hier zu einer neuen Regelung kommen muß. Weil der Arbeitsminister nicht so handelt, wie wir das gerne wollen, suchen Sie einen Ausweg über das Ausländerrecht. Ich sage aber, daß wir diesen Weg nicht beschreiten können, weil das Ausländerrecht eine solche

Möglichkeit nicht hergibt. Hier müssen wir uns gemeinsam anstrengen, um über geeignete Wege in Berlin an der richtigen Stelle für Veränderungen zu sorgen. Wenn Sie das Vorgehen der Ausländerbehörde kritisieren, dann erwarte ich von Ihnen Sauberkeit in der Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen gemeinsam eine Übersicht über das, was in anderen Ländern passiert. Sie haben mit uns doch Erfahrungen, Frau Möller. Wenn wir Ländervergleiche anstellen, dann kommt in aller Regel ein Ergebnis heraus, daß Hamburg einen höchst humanen Vollzug des Ausländerrechtes vorsieht, an dessen Praxis sich oftmals andere Länder orientieren.

Auch dort, wo wir bei der angemessenen Behandlung von Einzelfällen Schwierigkeiten miteinander haben, muß man genau hinsehen. Wir sind durchaus bereit, uns entsprechend zu verhalten. Frau Uhl wirft uns mit ihrem Antrag vor, wir würden die Menschenwürde und -ethik verletzen und uns über die ärztliche Berufsordnung hinwegsetzen; hierin irrt sie, denn sie will Tatsachen, die nicht in ihr Konzept passen, einfach nicht anerkennen. In diesem Zusammenhang möchte ich eines deutlich sagen:

(Glocke)

– Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Wer immer meine Beamtinnen und Beamten in der Ausländerbehörde angreift – das sei auch an die Mitglieder dieses Parlaments gerichtet –, muß sich zunächst einmal an mich halten. Ich weiß, mit welchem Engagement und welcher Sensibilität meine Mitarbeiter in der Ausländerbehörde ihre Aufgaben wahrnehmen. Es ist nicht richtig, wenn ich immer wieder auf den Fluren höre, daß der Amtsleiter als Person angegriffen wird. Bitte sprechen Sie mich als Senator an, der für seine Behörde Verantwortung trägt und sie auch übernimmt. Das ist meine Aufgabe, und dafür stehe ich.

(Beifall bei der SPD und der CDU und bei *Dr. Martin Schmidt* GAL)

Wir haben eine Situation, in der wir bestimmte Probleme haben, die wir aber pragmatisch gemeinsam lösen können. Insofern ist es wichtig, daß man sich nicht durch eine von der Gruppe REGENBOGEN ausgehende Fehlorientierung zu sehr beeinflussen läßt. Die Gruppe REGENBOGEN muß lernen – ich hoffe, daß dies möglich ist –, daß sie konzeptionell schlicht falsch liegt. Ich halte eine Reaktion durch eine falsch angelegte Politik für völlig abwegig; sie scheint jedoch bei Teilen der GAL-Fraktion zu Beunruhigungen zu führen.

(Zuruf von *Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

Deswegen gibt es hier nur die klare Ansage: Frau Sudmann, wir können Ihnen nicht folgen, weil Ihre Strategie in die Irre führt. Sie sind so unpolitisch, daß Sie nicht wahrnehmen, was sich in unseren Nachbarländern wie beispielsweise in Österreich oder in Dänemark abspielt. Sie sehen gar nicht, in welchen politischen Dimensionen Sie sich bewegen.

(Beifall bei *Uwe Grund* SPD)

Ich appelliere an die Koalitionspartner, die Probleme gemeinsam offen anzusprechen. Flüchtlingsselend und Mißbrauch sollten wir auch als solche bezeichnen. Wir wollen eine liberale, humane und konsequente Ausländerpoli-

(Senator Hartmut Wrocklage)

A tik machen, die unseren Ansprüchen gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: * Herr Wrocklage, ich habe tatsächlich einen völlig anderen Politikbegriff. Wenn ich über die Situation in Österreich nachdenke, dann überlege ich, wie man vergleichbare Situationen hier und anderswo verhindern kann. Die Vergangenheit in Österreich zeigt, daß durchaus ein Großteil der Mitverantwortung an der Regierungsbeteiligung der FPÖ bei der vorherigen SPÖ-Regierung gelegen hat. Die entsprechenden Gesetze, auf deren Grundlage der Wahlerfolg von Herrn Haider zu erklären ist, wurden in dieser Zeit nämlich verschärft. Herr Haider argumentierte damit, daß schon vor seiner Regierungsbeteiligung alles dafür getan wurde, daß seine Politik die richtige sei, denn die anderen hätten es vorgemacht.

Diese Argumente begründen tatsächlich eine andere Herangehensweise, weil ich weiß, daß sich die Gesellschaft für Toleranz, Menschenwürde und Asylpolitik verstärkt einsetzen muß. Das ist Menschenrecht und ein Grundrecht, das offensiv verteidigt werden muß.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Deswegen sieht sich die Gruppe REGENBOGEN auch die Hamburger Flüchtlingspolitik genau an, weil wir ein großes Interesse daran haben, daß sich diese Gesellschaft nicht weiter nach rechts bewegt.

B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich möchte noch auf einige Punkte aus der Rede von Herrn Pumm eingehen. Herr Pumm, die Menschen, um die es geht, sind zwar ausreisepflichtig, halten sich hier nicht illegal auf, sondern werden geduldet.

Weil sie in die Ausländerbehörde Vertrauen haben – das mir mittlerweile unbegreiflich ist –, wenden sie sich sogar dorthin, wo sie dann gefangengenommen werden. Viele Menschen bleiben aber in ihren Unterkünften, weil sie Duldungen haben. Morgens um 4 oder 5 Uhr erscheint ein Kommando der Polizei mit Mitarbeitern der Ausländerbehörde – teilweise sind auch Ärztinnen oder Ärzte dabei, die kurzfristig die Reisefähigkeit feststellen sollen – in ihrer Unterkunft und versucht, ganze Familien mitzunehmen, um Stunden später die Abschiebung zu vollziehen.

(Heino Vahldieck CDU: Und wo ist das Problem?)

– Die Duldungen sind noch gültig. Ich sage Ihnen, wo das Problem liegt.

Sie wollen, daß die rechtsstaatlichen Prinzipien eingehalten werden. Bei diesem Handeln der Ausländerbehörde werden sie das aber nicht, denn die Menschen haben dann keine Gelegenheit mehr, die Berechtigung der Abschiebung nochmals überprüfen zu lassen, obwohl sie in diesem Rechtsstaat einen Anspruch darauf haben. Aber es wird ihnen bei der genannten Vorgehensweise verwehrt, weil die Zeit dafür nicht mehr ausreicht.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Polle?

(Susanne Uhl: Klar, Herr Polle.)

Zwischenfrage von Rolf Polle SPD: Sind Sie mit mir der Meinung, daß erst morgens um 6 Uhr die Ausländerbehörde mit ihren Mitarbeitern kommt? Und daß sie auch erst dann kommt, wenn das erste Mal die Abschiebung erfolglos war, weil sich die Flüchtlinge der Abschiebung entzogen haben?

Susanne Uhl (fortfahrend): Nein, ich bin nicht Ihrer Meinung. Erstens: Die Abschiebungen fanden neulich um 5 oder um 6 Uhr statt; die Zeitspanne frühmorgens schließt auch 6 Uhr ein. Das macht für mich keinen relevanten Unterschied.

(Michael Dose SPD: Sie haben von 4 Uhr gesprochen!)

– In der letzten Woche fand um 4 Uhr eine Abschiebung statt. Reden wir über Halbstundentermine?

Zweitens: Wie definiert man den Begriff „Abschiebung“? Eine Abschiebung findet statt, wenn die Menschen nicht freiwillig ausgereist sind. Das bedeutet, daß die Menschen, die morgens in der Ausländerbehörde erscheinen oder aus ihren Quartieren abgeholt werden, laufende Duldungen haben. Der Prozeß, der sich daran anschließt, ist per Definition eine Abschiebung. Trotzdem haben die Menschen das Recht, den Anspruch einer rechtmäßigen Überprüfung geltend zu machen. Das können sie aber nicht mehr tun, weil die Zeit dafür nicht mehr ausreicht. Sie reicht auch nicht dafür aus, wenn man sie trotz laufender Duldungen am Vortag in der Ausländerbehörde gefangennimmt, weil sie ihr Recht auch nicht präventiv in Anspruch nehmen können. Denn jedes Verwaltungsgericht weist den Vorgang mit dem Argument zurück, daß der Abschiebungstermin noch nicht feststehen würde. Deswegen wird von der Ausländerbehörde ein Abschiebungstermin festgelegt, ohne daß die Betroffenen es wissen und davon völlig überrascht werden.

(Jan Ehlers SPD: Ja, man sollte ihnen das mitteilen!)

Genau diese geschilderte Situation verwehrt ihnen ihr Recht. Herr Pumm, das hat mit der Rechtsstaatlichkeit, die Sie für sich proklamiert haben, nichts mehr zu tun, von der Menschenwürde einmal ganz abgesehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Deswegen geht es darum, die Entscheidungen und Maßnahmen, die von der Ausländerbehörde nicht nur in Einzelfällen, sondern oft auch aus Opportunismus getroffen werden, zu verhindern. Jede Nachfrage auf diese getroffenen Entscheidungen hat die Ausländerbehörde immer damit begründet, daß sie natürlich den Einzelfall geprüft hat, aber so entschieden werden mußte. Daher läßt es die Interpretation der Behörde zu, daß sie aufgrund der ihr gelassenen Spielräume eine solche Politik machen kann. Das können Sie nicht wollen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann komme ich zu den Abstimmungen, und zwar zunächst über den GAL-Antrag Drucksache 16/3930. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Nunmehr komme ich zum Antrag der Gruppe REGENBOGEN, Drucksache 16/3857. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimment-

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A haltungen? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nunmehr gemeinsam die Tagesordnungspunkte 8 und 20 auf: Drucksachen 16/3842 und 16/3853: Senatsmitteilung und Antrag der SPD zur Ausbildungssituation.

[Senatsmitteilung:

1. Bericht zur Ausbildungssituation sowie über Maßnahmen zur Sicherung der beruflichen Bildung 1999

2. Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft

a) vom 10. Juni 1998 „Änderung der Richtlinien zur Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung“ (Drucksache 16/276 in der Fassung der Berichtsdrucksache 16/851),

b) vom 30. September 1998

„Zukunftsorientierte Ausbildung von Mädchen und Frauen in den neuen Ausbildungsberufen“ (Drucksache 16/1414),

c) vom 13./14. Oktober 1999

„Umsetzung des deutsch-britischen Austauschprogramms in der Berufsausbildung „Training Bridge““ (Drucksachen 16/2319 und 16/343),

d) vom 13./14./15. Dezember 1999

„Weiterführung der Qualifizierungsangebote des Lernzentrums für Migrantinnen in Hamburg-Heimfeld“ (Drucksache 16/3551),

e) vom 13./14./15. Dezember 1999

„Ausbildung von Migrantinnen zu Erzieherinnen“ (Drucksache 16/3550)

– Drucksache 16/3842 –]

- B **[Antrag der Fraktion der SPD: Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung – Drucksache 16/3853 –]**

Die Vorlage 16/3842 möchte die CDU-Fraktion federführend an den Schulausschuß sowie mitberatend an den Gleichstellungsausschuß überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall; der Abgeordnete Grund hat es.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um wichtige Fragen wie Unterstützung von Existenzgründungen, Unterstützung von Unternehmen, die sich in Umstrukturierungsprozessen befinden.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich auch den Senat um etwas Ruhe bitten?

Uwe Grund (fortfahrend): Es geht aber auch um die Frage, wie Arbeit für Sozialhilfeempfänger organisiert werden kann, wie wir Jugendliche in Arbeit und Ausbildung bekommen, wie arbeitszeitpolitische Initiativen neu kreiert werden können und wie die Qualifizierung und Weiterbildung in der Stadt betrieben wird. Das sind die zentralen Themen der hamburgischen Initiative für Arbeit und Ausbildung, die der Erste Bürgermeister vor knapp zwei Jahren ins Leben gerufen hat.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß es Zeit ist für eine Zwischenbilanz, um dem Parlament kurzfristig zu berichten und damit Gelegenheit zu haben, über diese Fragen zu diskutieren. Ich möchte diese Diskussion nicht vorwegneh-

men, sondern es ist notwendig, den Ersuchensantrag heute zu beschließen und dann dazu nach Vorlage der Unterlagen eine parlamentarische Debatte zu führen. Dafür bitte ich Sie um Unterstützung.

Beim Thema Ausbildung in Hamburg geht es um einen Teilbereich der hamburgischen Initiative, die heute mit dem Ausbildungsbericht des Senats zur Diskussion steht. Von dem Ausbildungsbericht gehen mindestens drei zentrale Botschaften aus:

Die erste Botschaft lautet: Die Ausbildungssituation hat sich in 1999 deutlich verbessert. Im vierten Jahr in Folge ist die Zahl der Ausbildungsplätze gestiegen; das ist eine gute Nachricht.

Zweitens: Die Gefahr, daß die Berufsausbildung ungewollt und dennoch schleichend Stück für Stück verstaatlicht wird, ist nicht gebannt.

Drittens: Ausbildung ist keine freiwillige Leistung von Unternehmen oder eine soziale Wohltat des Staates, sondern sie ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und in diese Stadt. Augenfalliger wie in der Diskussion der Aktuellen Stunde über die Green Card und die Probleme der nicht befriedigten Nachfrage bei besonders qualifizierten Tätigkeiten kann man dieses Thema nicht darstellen.

Zu den einzelnen Punkten.

In Hamburg sind im vergangenen Jahr insgesamt 468 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. 500 Ausbildungsplätze mehr bei der Handelskammer, die Handwerkskammer hat – wenn auch knapp – ein Minus und die anderen Kammern haben ein leichtes Plus zu verzeichnen, so daß wir insgesamt dieses erfreuliche Ergebnis erzielen konnten. Ich halte es allerdings für verfrüht, von Entwarnung zu sprechen.

Noch immer können wir in Hamburg rechnerisch nicht jedem Bewerber und jeder Bewerberin einen Ausbildungsplatz anbieten. Von einem deckenden Angebot kann erst dann gesprochen werden, wenn die Angebotszahl mindestens 10 Prozent über der Bewerberzahl liegt. Davon sind wir weit entfernt. Mindestens 1000 Ausbildungsplätze – wahrscheinlich einige mehr – fehlen uns noch in diesem Zusammenhang.

Über 400 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze sind im Rahmen der Initiative der Bundesregierung „Sofortprogramm für Jugendliche in Arbeit“ geschaffen worden. Diese überbetrieblichen Ausbildungsplätze werden natürlich in der Statistik der Kammern mitgezählt, weil es sich um anerkannte Ausbildungsberufe handelt. Insoweit sind die stolzen Zahlen, die die Kammern liefern, zum Teil auch wieder durch staatliche Angebote verbessert worden.

Außergewöhnlich positiv sind die Entwicklungen in den neuen Berufen gelaufen. Es ist hocheifrig festzustellen, daß in den Medien- und IT-Berufen, die neu geschaffen wurden, insgesamt 603 Menschen in Ausbildung sind. Das sind 190 zusätzlich, also über 40 Prozent Steigerung nur innerhalb eines Jahres.

Bei den Informatikern und den entsprechenden Kaufleuten, den IT-Systemtechnikern, ist die Zahl von 200 auf 361 – also um 80 Prozent – gestiegen. Über das Fehlen von Arbeitskräften in diesen Berufen haben wir heute in der Aktuellen Stunde gesprochen. Sie können erkennen, daß sich in der Stadt und auch in den Betrieben etwas tut.

Ein besonderes Augenmerk will ich in meiner kleinen Ansprache – es ist unmöglich, diesen Bericht in allen Details

C

D

(Uwe Grund SPD)

A zu erörtern – noch auf die Migranten werfen. Bemerkenswert und bedrückend empfinde ich, daß die Zahl der Auszubildenden, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, nur noch 9,3 Prozent beträgt. Die Zahl der Schulabgänger, die nicht deutsche Staatsbürger sind, beträgt etwa 18 Prozent, ist also etwa doppelt so hoch. Die Chancen dieser jungen Menschen auf dem Ausbildungsmarkt werden in diesem gnadenlosen Wettbewerb immer ungünstiger. Dabei vergeben wir, meine Damen und Herren, auch eine wichtige Chance für die Stadt. Es ist nicht allein eine sozialpolitische Frage, wie es den Jungen und Mädchen, die nicht deutscher Staatsbürgerschaft sind, in dieser Stadt geht. Viele dieser jungen Menschen bringen unglaublich viel Kompetenz in diese Stadt hinein, zusätzliche Sprachkompetenz und Erfahrungen mit fremden Kulturen. Inzwischen beginnen Unternehmen zunehmend, diese Chancen zu entdecken, weil beispielsweise Zahnärzte und Einzelhändler merken, daß viele ihrer Kunden nicht deutsche Staatsbürger sind. Dies allein bewegt manchen; darüber hinaus mehr wäre notwendig.

Der Bericht ist vom Trend her positiv. Er zeigt uns, daß wir noch viel zu tun haben.

Ich plädiere dafür, im Jahre 2000 das fünfte Jahr zu erreichen, in dem es uns gelingt, die Ausbildungszahlen deutlich nach vorne zu bewegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Heide Simon und Dr. Dorothee Freudenberg, beide GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Drews.

B **Wolfgang Drews** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte von Herrn Grund waren einerseits lobend für die Politik des Senats – das haben wir erwartet –, andererseits waren sie aber in einigen Punkten sehr nachdenklich, und da möchte ich einhaken.

Wir haben im Jahre 1999 zum vierten Mal in Folge auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt einen Zuwachs an Lehrstellen verzeichnen können. So weit, so gut. Wenn man sich allerdings ansieht, wie dieser Lehrstellenzuwachs zustande gekommen ist, fällt auf, daß diese positive Entwicklung ausschließlich den Steigerungsbemühungen der Hamburger Wirtschaft zu verdanken ist.

(Uwe Grund SPD: Das ist definitiv falsch!)

Am deutlichsten fällt die Steigerung der Ausbildungsberufe im Bereich der Handelskammer mit 6,8 Prozent aus, in anderen Kammern wurde die Ausbildungsleistung ebenfalls gesteigert. Allerdings vollkommen gegensätzlich dazu steht zu dieser positiven Entwicklung die Ausbildungsleistung in den Ämtern und Behörden Hamburgs.

(Erhard Pumm SPD: Quatsch! Die Ausbildung im öffentlichen Dienst kann man nicht als Maßstab für das duale Ausbildungssystem nehmen!)

Entgegen den Beteuerungen des Senats ist hier ein Rückgang der neu abgeschlossenen Verträge um 4,1 Prozent zu verzeichnen, in den Kammerberufen bedauerlicherweise sogar um 18,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Anstatt ausschließlich immer wieder an die Wirtschaft zu appellieren, meine Damen und Herren, täte der Hamburger Senat gut daran, über den Bedarf hinaus auch in seinem eigenen Umkreis in den klassischen Kammerberufen auszubilden.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist in Hamburg nach wie vor angespannt. Herr Grund hat es schon gesagt. Ob-

wohl sich die Angebots-Nachfrage-Relation im letzten Jahr um 2,2 Prozent auf einen Stand von 97,3 Prozent verbessert hat, ist nach den bundesweit gültigen Definitionskriterien in Hamburg noch lange nicht von einem auswahlfähigen Angebot die Rede. Dieses liegt bei 112,5 Prozent und damit leider in weiter Ferne. Sie hatten dies in Ihrer Rede mit gut 10 Prozent erwähnt.

Das defizitäre Niveau der Schulabschlüsse in Hamburg, immer mehr Ausbildungsplatzsuchende ohne Schulabschlüsse – in Hamburg sind es 12 Prozent – sind zentrale Probleme, die uns im letzten Jahr bei fast jeder Debatte verfolgt haben. Hier muß der Senat noch seine Hausaufgaben verbessern. Ich denke aber, daß wir uns in der Zielrichtung alle einig sind.

Ganz besonders liegt mir die Situation der Jugendlichen ausländischer Herkunft und – ganz generell – die der Auszubildenden in unserer Stadt am Herzen. Wir wissen, daß die ausländischen Jugendlichen in Hamburg nur 9,3 Prozent der Auszubildenden, aber 18 Prozent der Schulabgänger ausmachen. Hier gibt es mit Sicherheit noch sehr viel zu tun.

(Erhard Pumm SPD: Was wollen Sie denn da zum Beispiel tun?)

Wir müssen uns alle gemeinsam überlegen, wie wir unsere ausländischen Jugendlichen stärker in die Ausbildungsberufe bekommen können.

Der Anteil der jugendlichen Auszubildenden aus Hamburg sinkt in Hamburg von Jahr zu Jahr. Im letzten Jahr lag der Anteil von Auszubildenden aus anderen Bundesländern im Mittel bei 29,6 Prozent, in einigen Berufen – beispielsweise Bankkaufleute und Versicherungskaufleute – streckenweise über 50 Prozent. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, daß die Hamburger Behörden, wenn sie Auswahlmöglichkeiten haben, auch Hamburger Jugendliche zum Zuge kommen lassen.

Wie der Senat in Drucksache 16/3195, einer Kleinen Anfrage von mir, einräumen mußte, lag in den Behörden im letzten Jahr der Anteil der Jugendlichen anderer Bundesländer bei 68,3 Prozent. Der Hamburger Senat oder die Behörden stellen also von Jahr zu Jahr deutlich weniger Hamburger in ihren eigenen Dienst ein. Hier gibt es noch viel zu tun.

Themen wie staatliche Förderungsprogramme, Sofortprogramm der Bundesregierung, führen hier zu weit. Auf der anderen Seite muß man ganz klar sagen, daß mit diesen staatlichen Maßnahmen alleine die Problematik in Hamburg nicht zu verbessern ist. Wir wissen, daß noch immer knapp 75 Prozent der im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung eingerichteten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze mit Jugendlichen besetzt sind, denen es nicht gelungen ist, in eine betriebliche Ausbildung zu wechseln. Dieses führt nur zu einer punktuellen Entlastung des Arbeitsmarkts.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Pumm?

Wolfgang Drews (fortfahrend): Nein, Herr Präsident.

Wir haben vor drei Wochen in der letzten Sitzung des Schulausschusses erfahren, daß die Mittel nach Artikel 2 des Sofortprogramms der Richtlinie im letzten Jahr nur mit

(Wolfgang Drews CDU)

- A 6,8 Prozent der zur Verfügung stehenden Finanzmittel eingesetzt worden sind. Wir haben erfahren, daß sich dieses im Jahr 2000 nicht grundlegend ändern soll. Sie sehen an den Ausführungen, die ich nur in Kürze machen konnte, daß sich in Hamburg in diesem Bereich ganz enormer Handlungsbedarf aufgestaut hat. Wir müssen ihn im Ausschuß gemeinsam bereden, um zu sachgerechten, effizienten Lösungsansätzen zu kommen, die es erlauben, daß immer mehr Hamburger Jugendliche, insbesondere aber ausländische Jugendliche, einen Ausbildungsplatz finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Drews, das ist absoluter Kokolores, den Sie erzählt haben. Ich habe zur Vorsicht meine letzte Rede zu JUMP 2 mitgebracht. Wir haben des öfteren das Sofortprogramm diskutiert. Wir haben eine Verstaatlichung der beruflichen Ausbildung, wie es sie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Ich nenne noch einmal die Zahlen. Es sind über 8000 junge Menschen – ein fast kompletter Jahrgang Hamburger Jugendlicher –, die sonst in eine berufliche Ausbildung in der sogenannten freien Wirtschaft gehen würden. Insofern ist dieser Appell an den Senat völlig unangebracht.

(Beifall bei *Dr. Silke Urbanski und Horst Schmidt, beide SPD*)

Wir haben des öfteren das Sofortprogramm und JUMP diskutiert, und es ist sicherlich gut, wenn wir noch einmal einen Bericht bekommen.

- B Zur Ausbildungssituation beziehungsweise zur Drucksache des Senats nenne ich einige Stichworte. Herr Grund hat schon über die Migrantinnen berichtet. Ich möchte besonders hervorheben, daß die Bereitschaft der Betriebe, Migrantinnen auszubilden, stetig wächst. Auch die Akquise konnte hervorragend gesteigert werden. Inzwischen wurden weit über 100 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Es ist aber – Herr Grund hat das schon angeführt – weiterhin ein hoher Anteil der Schulabgängerinnen ohne Abschluß. Im Vergleich zu den deutschen Schülern sind es doppelt so viele.

Ich habe mich gefreut, Herr Grund, daß Sie besonders die Kompetenzen der Migrantinnen hervorgehoben haben. Sukzessive scheint dies auch Eingang in die Köpfe der deutschen Betriebe zu finden.

In den Medienberufen sind die Berufsschulen in der Ausbildung federführend, und es kommt eine Vielzahl Berufsschülerinnen aus dem Umland. Leider bilden in dieser Branche zu wenig Betriebe aus, es gibt zu wenig Nachwuchsförderung. Der Multimedia-Führerschein wurde heute schon genannt. Wir müssen noch die Erfahrungsberichte abwarten. Gutes und Schlechtes liegen sehr nahe beieinander, weil sich die Frage stellt, wie dieser Führerschein auch zur Umschulung und zur Weiterbildung taugt. Er darf kein Ersatz für die Ausbildung sein.

Ich will aber noch einmal auf die Benachteiligten zu sprechen kommen. Ich sehe deren Situation nicht so positiv wie Herr Grund. Der Bundesausbildungskonsens darf bundesweit als gescheitert angesehen werden, denn die Berufsbildung ist verstaatlicht, und wir haben gerade für die Benachteiligten keine Lösungen. Das Tor zur Ausbildung für

Benachteiligte schließt sich für diese Gruppe weiter, denn die Anforderungen steigen. Es gibt immer mehr Azubis mit höherem Abschluß. Ich bedauere, daß es die kooperative Berufsfachschule immer noch nicht gibt. Es handelt sich um 300 Plätze, die wir nicht mit Jugendlichen besetzen können, für die genau dieses Angebot richtig wäre.

Eine Frage zu den zielgenauen Angeboten, zu JUMP. JUMP2 wird sich sicher ändern, und es werden Erfahrungen aufgenommen, die im ersten Durchgang noch nicht berücksichtigt werden konnten. Das heißt auch, daß die Zielgruppen genauer angesprochen werden, wobei wir immer noch für viel intensivere stadtteilbezogene Aktivitäten plädieren. Ein anderes Ziel, das sich ganz klar auf das Thema, das wir heute diverse Male an anderer Stelle diskutiert haben, bezieht, ist nicht erreicht: Die jugendlichen Flüchtlinge fallen aus dem JUMP-Programm heraus mit der Begründung, daß sie keine Bleibeperspektive haben. Dies widerspricht aber all dem, was wir diesen Jugendlichen mitgeben könnten. Wir sollten ihnen für eine bestimmte Zeit eine Perspektive bieten, damit sie eine Qualifizierung erhalten, die sie später in ihr Heimatland mitnehmen können.

Ich habe heute früh ein Gespräch mit den Betreuern der Jugendwohnungen und der Erstversorgungseinrichtungen geführt sowie mit vielen, die mit diesen Jugendlichen vertraut und betraut sind. Wir müssen diesen Jugendlichen etwas anbieten. Wir können sie nicht permanent – vier, sechs, acht Jahre – in schulischen Maßnahmen halten, ohne daß sie eine berufliche Qualifizierung bekommen, die sie später eventuell konstruktiv nutzen können. Ich finde es sehr dramatisch, daß JUMP diese Gruppe – aufgrund des Aufenthaltsstatus – weiterhin ausschließt.

Wir haben immer noch nicht genug Transparenz in dem Maßnahmenangebot. Ich könnte mir vorstellen, ein Serviceheft als Antrag oder als Vorschlag einzubringen, um im Internet für die Jugendlichen und für die Schulen eine anschauliche Übersicht zu bekommen.

(*Uwe Grund SPD: Die gibt es!*)

Eine Frage ist für mich noch offen, die jetzt nicht die Drucksache beantworten soll. Das Programm QUAS, das sehr gut anläuft, ist auf drei Jahre angelegt, soll aber dann auslaufen. Wie es weitergehen wird, müssen wir sicherlich diskutieren.

Ich möchte zum Schluß auf zwei Punkte kommen, die für uns besonders erfreulich sind. Sie haben sicherlich die Ausführungen über die Produktionsschule gelesen, die phantastisch anläuft. Sie sollte Vorbild in Form von Umwandlungen oder auch Arbeit im BVJ sein. Außerdem bedanke ich mich beim Senat, daß er im Bereich der Erzieherinnenausbildung für Migrantinnen schnell gehandelt hat. Wenn wir im Dezember einen Haushaltsantrag beschließen, ist es nicht üblich, daß schon die Ausbildungsdrucksache zum Erfolg führt beziehungsweise darüber berichtet werden kann. Wir sind sehr froh darüber, daß die Erzieherinnenausbildung abgesichert werden konnte und durch kluges Nachdenken ein vernünftiger Weg für diese Zielgruppe genutzt wird, die auf dem Arbeitsmarkt – wie schon oft gesagt – zu über 90 Prozent eine Stelle findet. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

C

D

A **Norbert Hackbusch** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand es sehr angenehm von Herrn Grund, daß er, im Gegensatz zu dem, was sonst immer in den Reden der SPD vorkommt – der Hamburger Senat und Hamburg sei Spitze, Klasse und sowieso die Nummer eins –,

(Dr. Roland Salchow CDU: Na, klar!)

in diesem Fall ein bißchen ausgewogener, nachdenklicher und klüger geredet hat. Das möchte ich ausdrücklich herausstellen.

(Ole von Beust CDU: Selbst Herr Grund wird weise!
– Uwe Grund SPD: Sie bringen mich in Schwierigkeiten, Herr Abgeordneter!)

– Manchmal ist es für eine Fraktion nicht leicht, ein Lob zu ertragen, aber dann und wann ist es trotzdem notwendig.

Ich kann mich daran erinnern, daß dieser Punkt im Rahmen der Haushaltsberatungen noch ganz anders und viel euphorischer dargestellt worden ist. Wir müssen feststellen, daß die Ausbildungszahlen zwar gewachsen sind, aber insgesamt besteht noch eine riesige Lücke. Dieses Problem muß die Politik in Hamburg zur Kenntnis nehmen. Wir haben bei der BAGS eine Studie in Auftrag gegeben – veröffentlicht gegenwärtig in „Hamburg in Zahlen“ in der Dezember-Ausgabe –, in der gesagt wird, daß Hamburg von 9000 Jugendlichen ausgeht, die in der Warteschleife von Berufsvorbereitungsjahren stecken und auf einen Ausbildungsplatz warten. Das ist eine dramatisch hohe Zahl, so daß man nicht sagen kann, man könnte sich auf irgend etwas ausruhen. Es ist eine Krisensituation sowohl für die Ausbildung als auch für Hamburg, und da ist dringend Abhilfe zu schaffen.

B (Erhard Pumm SPD: Genau richtig!)

Diese Situation ist auch deswegen nicht leichter zu reden, weil die Kammern – im Gegensatz zu dem, was man vielleicht dieser Drucksache entnehmen könnte – diese Situation nicht nachhaltig verbessert haben. Zwar hat die Handelskammer wachsende Zahlen aufzuweisen, aber wenn wir ein bißchen weiter lesen, merken wir, daß diese wachsenden Zahlen im wesentlichen aufgrund des Bundesprogramms JUMP zustande kommen und dadurch finanziert werden. Sie entstehen nicht dadurch, was duales Ausbildungssystem und die Kammern hervorgebracht haben und was uns noch unter der letzten Bundesregierung versprochen wurde. Die Versprechen von Handwerkskammer und Handelskammer im Zusammenhang mit wachsenden Zahlen im Ausbildungsbereich haben diese Kammern über Jahre hinweg nicht eingehalten. Das müßte eigentlich zu Konsequenzen führen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Konsequenzen, die Rot und Grün in der Koalitionsvereinbarung dafür gedacht hatten und die auch auf Bundesebene diskutiert worden sind, waren, zu versuchen, dem dualen System durch eine Umlagefinanzierung mehr Druck zu geben, um in der Lage zu sein, diejenigen Unternehmen, die ausbilden, auch zu entlasten. Diese Umlagefinanzierung ist ein wichtiges Instrument, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir sind erstaunt, daß wir weder von Gewerkschaftsvertretern in diesem Hause, die eigentlich glühende Anhänger dessen sein sollten, noch von Rotgrün irgendeine Maßnahme dazu hören. Seitdem Rotgrün in Bonn regiert, wird zu dieser Fragestellung geschwiegen. Das ist Schweigen in einer Situation, in der es für Hamburg und für den Bund dringend notwendig wäre, diese Maß-

nahme einzuführen. Es ist verantwortungslos von Rotgrün in Berlin, dieses Schweigen zu verantworten.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ein weiterer Punkt ist das JUMP-Programm und dessen Umsetzung. Ich bin froh, daß wir darüber einen Bericht bekommen und auch die Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren. Mir ist aufgrund dieses Ausbildungsberichts und der uns bekannten Zahlen nicht klar, warum Hamburg sich in der Initiative für Ausbildung und Arbeit so stark auf Drei-Monats-Beratungen für Jugendliche konzentriert. Da gehen wesentliche Kraft und wesentliches Geld hinein. Die Jugendlichen wollen einen Arbeitsplatz und suchen ihn auch. Natürlich gehen sie mit dieser Hoffnung in die Beratungen. Aber häufig geschieht danach nichts,

(Erhard Pumm SPD: Das stimmt nicht! Für alle gibt es ein Anschlußangebot!)

weil wir gegenwärtig zu wenig Ausbildungsplätze entwickeln können. Viele Jugendlichen werden lediglich in diesem Drei-Monats-Zirkus bewegt und bekommen keine Perspektive, sondern lediglich drei Monate Beschäftigung. Für viele ist das nicht die angemessene Art und Weise, wie man damit umgehen sollte.

Ich habe die Hoffnung, daß man die Ausbildungsverbünde weiterhin staatlich unterstützt und die betriebliche Ausbildung weiterhin fördert, so daß das ins Zentrum dessen gehen sollte, was JUMP gegenwärtig macht. Im letzten Jahr, in dem JUMP noch existiert, sollte man von Beratungen wegkommen zu mehr Förderung von Ausbildung, auch wenn die Situation ein bißchen besser ist als im letzten Jahr. Das Wichtigste wird sein, Jugendlichen eine Ausbildungschance zu geben, weil sie nur dann Chancen und Perspektiven haben. Diese Drei-Monats-Beschäftigungen sind nicht dafür geeignet. Damit können sie keine Perspektive entwickeln. Ich weiß nicht, wozu sie eigentlich gut sind. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Raab.

Senatorin Rosemarie Raab: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, die Gesamtbilanz ist – bezogen auf die allgemeinen Parameter – positiv. Wir haben einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen. Die Ausbildungsplatzlücke ist geringer geworden, und das Auswahlangebot hat sich im Jahr 1999 gegenüber 1998 etwas verbessert. Dennoch hat es die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Höhe von 112,5 Prozent noch nicht erreicht.

Ich will nicht darüber streiten, wer für die positive Bilanz verantwortlich ist. Aber eines muß ich doch sagen, Herr Drews. Wenn Sie meinen, daß die Leistung der Stadt im Ausbildungsbereich allein daran zu messen ist, wieviel die Stadt selbst ausbildet, dann liegen Sie falsch. Die Leistung der Stadt liegt vor allem in den vielen Förderprogrammen für Benachteiligte. Sie liegt vor allem in immensen finanziellen Leistungen, die wir in ein berufliches Schulwesen investieren, das Tausende von Jugendlichen teil- und vollqualifiziert, weil sie in der Wirtschaft keine entsprechenden Ausbildungsplätze finden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD: So ist es!)

(Senatorin Rosemarie Raab)

A Ich will auf das eingehen, was uns Sorgen macht und was hier schon genannt worden ist. Die Zahl der Auszubildenden aus dem Hamburger Umland hat 1999 noch einmal zugenommen; ebenso die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die berufliche Vollzeitschulen besuchen, obwohl die Zahl der Schulabgänger aus dem allgemeinbildenden Schulwesen abgenommen hat. Schließlich, Herr Grund hat es schon erwähnt, geht der Anteil der Auszubildenden ausländischer Herkunft seit 1995 zurück und ist im Jahre 1999 um 2,3 Prozent auf 9,3 Prozent gesunken, während der Anteil der ausländischen Jugendlichen an den Schulabgängern etwa doppelt so hoch ist. Diese Fakten könnten auf den ersten Blick als Anzeichen für einen weiter forcierten Verdrängungswettbewerb von Schulabgängern mit höheren Abschlüssen gegenüber solchen mit niedrigeren Abschlüssen bewertet werden. Vieles aber deutet darauf hin, daß wir eher von einem zunehmend gespaltenen Ausbildungsmarkt ausgehen müssen, der in seinen beiden Teilen kaum mehr Durchlässigkeit zeigt. Es gibt einerseits die anspruchsvollen Ausbildungsberufe im Dienstleistungs- und im IT-Bereich und zum Teil auch in den neugeordneten Handwerksberufen, die in aller Regel höhere Qualifikationen bei den Auszubildenden voraussetzen. In diesem Teilbereich des Ausbildungsmarkts gibt es einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen, der sich in den kommenden zehn Jahren noch fortsetzen wird.

Nach den neuesten Untersuchungen, die die Prognos AG im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit zur Entwicklung des Tätigkeitsniveaus und Qualifikationsniveaus bis zum Jahre 2010 durchgeführt hat, werden die Ausbildungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich in den nächsten zehn Jahren noch deutlich steigen.

B Im Hinblick auf das Tätigkeitsniveau gewinnen Tätigkeiten auf mittlerem und insbesondere hohem Ausbildungsniveau weiter an Gewicht. Dementsprechend werden die Kombinationen mittlerer Schulabschluß plus Berufsausbildung sowie alle Qualifikationsstufen mit einer längeren Bildungszeit als Realschulabschluß plus Lehre an Bedeutung gewinnen. Den größten Zuwachs, so die Prognos AG, wird die Kombination Hochschulreife oder Fachhochschulreife plus Lehre haben. Auf der anderen Seite des Ausbildungsmarkts gibt es für Schulabsolventen mit Hauptschulabschluß oder ohne Hauptschulabschluß immer weniger Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. So ist der Anteil der Auszubildenden im Bereich der Handwerkskammer Hamburg zwischen 1992 und 1998 von 40 Prozent auf 48 Prozent gestiegen. Hinsichtlich des Qualifikationsbedarfs im Jahr 2010 geht die Prognos AG entsprechend davon aus, daß es die ausgeprägtesten Veränderungen bei den Geringqualifizierten geben wird. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Hauptschulabschluß ohne Berufsausbildung wird sich erneut vermindern. Auch die Kombination Hauptschule plus Lehre wird danach erheblich an Bedeutung verlieren. Dem entspricht ein starkes Schrumpfen der Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe. Generell ist von einer deutlichen Abnahme der Zahl der Arbeitsplätze für Un- und Angelernte auszugehen. Die Wirtschaft selbst prognostiziert einen Abbau von Arbeitsplätzen für Minderqualifizierte um 40 Prozent.

Das Arbeitsvolumen wird künftig – sowohl insgesamt als auch insbesondere bei den einfachen Tätigkeiten mit hohem Automatisierungspotential – deutlich sinken. Alle Effekte wirken in die gleiche Richtung und verstärken sich wechselseitig, und zwar einseitig zu Lasten der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für geringqualifizierte Schulabgänger. Diese hätten aber auch dann keine

Chance, in den oberen Sektor des Arbeitsmarkts zu gelangen, wenn die Zahl der Schulabgänger mit höheren Abschlüssen nicht ausreichen würde. Da die Qualifikationsvoraussetzungen dieser jungen Menschen für eine Ausbildung zum Beispiel im kaufmännischen Bereich, in dem das Wachstum an Ausbildung stattfindet, nicht ausreichen, kommen sie für die Betriebe als Bewerber überhaupt nicht in Frage. Eher orientieren sich die Betriebe bei der Suche nach Auszubildenden überregional, oder sie besetzen Ausbildungsplätze gar nicht, so daß sie mit Jugendlichen ohne die erforderlichen Eingangsvoraussetzungen auch keine Ausbildungsverträge abschließen. Aber genau dies ist das Merkmal eines gespaltenen Ausbildungsmarkts, der sich auch nicht entlasten und verändern wird, wenn die Marktlage es hergäbe. Insofern, Herr Drews, drückt sich bei dem steigenden Anteil von Auszubildenden aus dem Umland kein Verdrängungswettbewerb zwischen Hamburger Schülerinnen und Schülern und denen aus dem Umland aus, der sich an schulischen Leistungen festmachen ließe, sondern hier findet die Tatsache ihren Niederschlag, daß es in Hamburg mehr Ausbildungsplätze für höherqualifizierte Schulabgänger gibt als Hamburger Schulabsolventen mit entsprechenden Abschlüssen und einem Interesse an einer dualen Ausbildung. Umgekehrt gibt es zu wenig Ausbildungsplätze für geringer qualifizierte Schulabgänger. Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben also entsprechend auch nicht die Abiturienten und guten Realschüler, sondern die Hauptschüler und die Jugendlichen ohne Abschluß.

Für sie gilt es, nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit sowohl Lösungen im Beschäftigungssektor als auch im Ausbildungsbereich zu finden. Es müssen neue Tätigkeitsfelder und Ausbildungsmöglichkeiten erschlossen werden, wenn nicht eine große Gruppe von Jugendlichen künftig überhaupt von einer beruflichen Perspektive mit allen Folgen für deren soziale Integration ausgeschlossen werden sollen.

(Beifall bei *Hans Schefe SPD*)

Zu den Benachteiligten auf dem Ausbildungsmarkt gehören insbesondere die ausländischen Jugendlichen, die einen eindeutig überproportionalen Anteil an Schulabgängern ohne und mit Hauptschulabschluß ausmachen. Als Teilgruppe auf dem Ausbildungsmarkt haben die jungen Frauen dagegen weniger Schwierigkeiten. Nach wie vor erreichen häufiger mehr Mädchen als Jungen die höheren Schulabschlüsse. Sie haben deshalb insgesamt bessere Möglichkeiten auf dem Ausbildungsmarkt. Bezieht man die vollqualifizierenden Ausbildungsgänge der beruflichen Schulen mit ein, liegt der Anteil junger Frauen bei der beruflichen Erstausbildung über ihrem Bevölkerungsanteil. Umgekehrt liegt der Frauenanteil bei den arbeitslosen Jugendlichen deutlich unter ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Auch wenn das Berufswahlverhalten junger Frauen als zu eingeschränkt erscheint, erweist es sich bei genauerer Betrachtung als durchaus rational. Junge Frauen entscheiden sich bundesweit vor allem für Berufe im Dienstleistungsbereich, beispielsweise als Büro-, Bank- und Versicherungskauffrau sowie als Kauffrau im Groß- und Außenhandel. Insofern verhalten sie sich marktkonform, als gerade in diesen Bereichen der Zuwachs an Ausbildungsplätzen stattfindet. Das gilt im übrigen auch für einen Teil der neuen Medienberufe und die Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, die Kauffrau für audiovisuelle Medien wie die Mediengestalterin für Digital- und Printmedien. Hier liegen die Frauenanteile bei über 50 Prozent. Nach wie vor

C

D

(Senatorin Rosemarie Raab)

A sind junge Frauen dagegen in den Elektronik- und Informatikberufen im Medienbereich unterproportional vertreten.

Für junge Frauen wie für junge Männer gilt: Unterstützung bedürfen vor allem die Schülerinnen und Schüler mit geringem schulischen Qualifikationsniveau. Deshalb ist die Ausrichtung der Aktivitäten des Arbeitsamts, des Senats und der freien Träger auf diese Zielgruppen, sei es mit QUAS, HAP, mit der Jugendberufshilfe, mit der Einzelfallförderung oder mit der Produktionsschule und den berufsorientierenden Projekten, überaus konsequent. Die Fördermittel müssen auf die Problemgruppen des Ausbildungsmarktes konzentriert werden, und zwar so lange, bis die Wirtschaft auch ihre Verantwortung für diese Zielgruppen wahrnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Drews, Sie haben dem Sofortprogramm der Bundesregierung bescheinigt, nur punktuell Entlastung zu bringen. Diese Einschätzung ist doch ein wenig zu kurz gegriffen. Die CDU kritisiert dieses Sofortprogramm, seitdem es gestartet wurde, und hört nicht auf, daran herumzumäkeln. Jugendarbeitslosigkeit ist das schlimmste, was jungen Menschen passieren kann, weil sie dann gar nicht erst einen Platz in der Gesellschaft finden. Daher sind es alle unternommenen Anstrengungen wert, um Jugendliche in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Das ist kein Thema, das sich für einen kleinlichen parteipolitischen Streit lohnt.

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie zu den bezirklichen Trägern, die das Sofortprogramm durchführen, und erkundigen Sie sich, welche große Bedeutung dieses Angebot der Bundesregierung hat und welche große Rolle es für die Jugendlichen spielt, die jede Hoffnung aufgegeben haben, durch Arbeit in diese Gesellschaft überhaupt integriert werden zu können.

Herr Hackbusch, zu Ihrer kritischen Äußerung zu den Trainingsmaßnahmen: Hätte die Bundesregierung diese Trainingsmaßnahmen nicht nach Hamburg gebracht, hätten wir sie erfinden müssen, weil sie gute Instrumente des Arbeitsmarktes sind. Wir erreichen dort Jugendliche, die es aufgegeben haben, sich zu bewerben, und keinerlei Anknüpfungspunkte für sich sehen. Durch die dreimonatige Trainingsmaßnahme werden sie diese aber erkennen können. In diesem Training können sie lernen, sich selbst einzuschätzen, um Berufswünsche realistisch abzuklopfen, denn hier werden Bewerbungstrainings durchgeführt und Bewerbungstests geübt. Das ist ein wichtiger Baustein, den wir dauerhaft auf dem Hamburger Qualifizierungsmarkt brauchen. Im übrigen erhalten die Jugendlichen im Anschluß an diese Maßnahmen ein Angebot; auch das haben Sie nicht richtig dargestellt.

Ich möchte aber noch zu einem anderen Thema sprechen. In die Ausbildungsdrucksache ist auch das Ersuchen der SPD-Fraktion zur Steigerung des Anteils von Mädchen in Zukunftsberufen der Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologien eingegangen. Wir haben in der aktuellen Stunde bereits über den Facharbeiter- und Facharbeiterinnenmangel in diesem Sektor des Arbeitsmarktes

gesprochen. Natürlich ist von den Unternehmen und von der vorherigen Bundesregierung die Entwicklung verschlafen worden. Diese hatte zwar einen Zukunftsminister Rüttgers, aber im Ergebnis hat seine Politik in dem Bereich zu einem Mangel an Facharbeitern und Facharbeiterinnen geführt.

Dank des Regierungswechsels wird intensiv daran gearbeitet, hier weitere Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Auf Bundesebene ist im Bündnis für Arbeit verabredet worden, 40 000 zusätzliche Ausbildungsplätze in den IT-Berufen zu schaffen. Die neue Bundesregierung hat dieses Ziel in ihrem Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze“ damit verbunden, den Frauenanteil an den IT-Berufsausbildungen und bei den Studienanfängerinnen für Informatikstudiengänge im Jahre 2005 auf 40 Prozent zu steigern. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das nur gelingen kann, wenn die Bundesländer an einem Strang ziehen. In diesem Sinne war auch unser Antrag vom September 1998 gemeint.

Die Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang natürlich in erster Linie gefordert. Die in Deutschland in der Schule gut ausgebildeten jungen Frauen stellen eine große Ressource für die Anforderungen des Arbeitsmarkts dar, die auch genutzt und gefördert werden sollte. Dem beklagten Fachkräftemangel und der Forderung nach Import von Fachpersonal aus dem Ausland kann damit begegnet werden, daß im Inland mehr junge Frauen und Mädchen ausgebildet werden. Stellenanzeigen, in denen immer noch explizit männliche Mitarbeiter gesucht werden, sind fehl am Platz. Die jungen Frauen von heute sind gut qualifiziert und haben bei der schulischen und auch beruflichen Ausbildung aufgeholt. Frauen haben in den sich verändernden Bereichen, in denen es zu einer Kombination von technischen Anforderungen und kommunikativen Fähigkeiten kommt, gute Chancen. Erfreulich ist es, daß in Hamburg die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge insgesamt und der Anteil der Frauen und Mädchen daran auch zugenommen hat.

Trotzdem gibt es in diesem Arbeitsmarkt ein Segment, bei dem ich Wasser in den Wein gießen muß: Im Bereich der vier technisch ausgerichteten IT-Berufe sind es bundesweit 25 Prozent Mädchen, die diese Berufe ergreifen; in Hamburg haben wir im Jahre 1998 nur einen Anteil von 10 Prozent. Die heutigen Zahlen des Arbeitsamtes sagen aus, daß für 1999 eine leichte Steigerung vorliegt.

Wir begrüßen daher, daß der Senat bei den Hamburger Projekten, die sich mit der Berufswahl beschäftigen und den Mädchen Orientierung geben, einen Schwerpunkt auf die Hinweise der Informations- und Kommunikationstechnologien legt. Wir haben vor eineinhalb Jahren auch im Gleichstellungsausschuß kritisch über das Thema „Frauen in sogenannten Männerberufen“ diskutiert und waren zu der Auffassung gelangt, daß es nicht so einfach ist, diesen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt durch eine Förderung dauerhaft aufzubrechen. Es hat sich gezeigt, daß Mädchen in diesen Berufen häufig nicht dauerhaft berufstätig sein können. Deshalb ist es uns so wichtig, daß in diesem Bereich des Arbeitsmarktes, in dem vor unseren Augen große Umbrüche stattfinden, die Mädchen rechtzeitig ihre Chancen ergreifen. Die Antwort des Senats auf unser Ersuchen zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Die Kompetenz der Mitarbeiterin des Projektes „Schnupperlehre“ wird genutzt, um auf Mädchen in den Stadtteilen zuzugehen und sie auf neue Berufsbilder hinzuweisen. Frauen müssen Chancen frühzeitig nutzen, solange diese

(Britta Ernst SPD)

- A Strukturen noch offen sind. Dafür müssen Politik, Wirtschaft, Bildungsexperten und nicht zuletzt die Frauen selbst sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Heide Simon GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer stimmt der Überweisung der Senatsmitteilung Drucksache 16/3842 federführend an den Ausschuß und mitberatend an den Gleichstellungsausschuß zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig überwiesen.

Jetzt lasse ich über den SPD-Antrag Drucksache 16/3853 abstimmen. Wer möchte denselben beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 27 auf: Drucksache 16/3861: Antrag der CDU zur Vermeidung von Mietdoppelzahlungen aus Steuergeldern.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Konzept zur Vermeidung von Mietdoppelzahlungen
aus Steuergeldern – Drucksache 16/3861 –]**

Wird hierzu das Wort begehrt? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Rook hat das Wort.

Hans-Detlef Rook CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hohe Mietrückstände mit steigender Tendenz und demzufolge auch eine steigende Zahl bei den Zwangsrumungen erfordern nach Auffassung der CDU-Fraktion ein sofortiges Handeln. Allein die Summe der Mietrückstände bei den stadteigenen Wohnungsgesellschaften SAGA und GWG ist in diesem Ausmaß nicht mehr zu vertreten. Ich möchte nur die Zahlen von 1998 und 1999 nennen: Im Jahre 1998 betragen die Mietrückstände aus den ausgelaufenen Verträgen für beide Gesellschaften 46,5 Millionen DM und 1999 bis zum 30. Juni 49,3 Millionen DM. Insgesamt bedeuten das Mietrückstände für 1999 von hochgerechnet annähernd 100 Millionen DM.

Mietrückstände aus bestehenden Verträgen beider Gesellschaften betragen 1998 16,2 Millionen DM und 1999 bis zum 30. Juni 17,5 Millionen DM, so daß hochgerechnet für das Jahr 1999 35 Millionen DM zustande kommen werden. Addiert man die genannten Summen aus 1998 – 62,7 Millionen DM – und aus 1999 – 135 Millionen DM –, sind für beide Jahre bei der SAGA und der GWG Mietrückstände von insgesamt circa 200 Millionen DM festzustellen. Das ist ein gigantischer Betrag, der den stadteigenen Wohnungsgesellschaften für Investitionen nicht zur Verfügung stand. Leidtragende sind insbesondere Mieter, die seit Jahrzehnten in sanierungsbedürftigen Wohnungen leben müssen und treu und brav ihre Miete zahlen. Was tut man diesen Mietern unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit eigentlich an?

Gerade für die Sanierungen solcher Wohnanlagen wären Investitionen bitter nötig. Hinzu kommt, daß 1999 circa 10,8 Millionen DM an Beihilfen und Darlehen für Mietschulden gemäß Paragraph 15a Bundessozialhilfegesetz gewährt wurden. Welcher Betrag in diesem Zusammenhang für Mietdoppelzahlungen anzusetzen ist, konnte mir der Senat in meiner Anfrage nicht beantworten. Er räumte lediglich ein, daß zur Vermeidung von Obdachlosigkeit eine derartige Unterstützung gewährleistet wird. Es ist davon auszugehen, daß die von mir genannte Summe von

10,8 Millionen DM für Beihilfen, Darlehen und Mietdoppelzahlungen in diesem Jahr nicht wesentlich geringer sein wird.

Ein weiteres gravierendes Problem ist die hohe Anzahl der Räumungsklagen. 1998 waren in der Stadt über 4500 und 1999 über 5700 Räumungsklagen anhängig. Das ist eine deutliche Steigerung von etwa 27 Prozent. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die hohe Anzahl der Zwangsrumungen von Wohnungen der SAGA und GWG. Allein im Jahre 1999 waren 1144 Fälle zu verzeichnen. Durch die Verfahrenskosten werden die Wohnungsgesellschaften und die öffentliche Hand zusätzlich belastet. Für die Betroffenen, insbesondere für Familien mit Kindern, ist die Zwangsrumung ein deprimierendes und unwürdiges Ereignis.

Unser Antrag verfolgt das Ziel: Erstens sollen die hohen Mietrückstände reduziert werden. Zweitens soll dadurch den Wohnungsgesellschaften ein höherer finanzieller Spielraum zum Beispiel für sanierungsbedürftige Wohnanlagen gegeben werden. Drittens sollen gleichzeitig die Sozialhilfeempfänger nicht der Gefahr einer Zwangsrumung ausgesetzt werden. Viertens sollen der öffentlichen Hand und den Wohnungsgesellschaften Verfahrenskosten erspart werden. Fünftens sollen Mietdoppelzahlungen aus Steuergeldern vermieden werden.

(Andrea Franken GAL: Das steht aber im Antrag nicht drin!)

Meine Damen und Herren, mit den genannten Fakten habe ich deutlich gemacht, daß dringender Handlungsbedarf besteht. Von daher bitte ich im Interesse einer ausgewogenen und gerechten Sozialpolitik um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Bestmann.

Tanja Bestmann SPD: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ergebnis diverser Schriftlicher Kleiner Anfragen sagt aus – Herr Rook hat es schon dargelegt –, daß es offene Forderungen aus bestehenden und beendeten Mietverhältnissen sowie eine hohe Anzahl von Zwangsrumungen bei den städtischen Wohnungsgesellschaften gibt. Aufgrund der Bewohnerstruktur dieser Wohngebäude kann davon ausgegangen werden, daß es sich bei den Schuldnern mit Sicherheit um eine relativ hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern handeln wird, die ihr vom Sozialamt erhaltenes Mietgeld anderweitig ausgeben. So kommt es, daß entsprechend der Aufgabe der Bezirksstellen zur Wohnungssicherung nach Paragraph 15a BSHG Mietrückstände beglichen werden, um dem Verlust der Wohnung vorzubeugen. Das sind die in Ihrem Antrag genannten Mietdoppelzahlungen, die natürlich nicht befriedigen können.

Sie haben Ihren Antrag vorgelegt, der überschrieben ist mit „Konzept zur Vermeidung von Mietdoppelzahlungen aus Steuergeldern“, um diesem vermeintlichen Mißstand ein Ende zu setzen. Die Lösung des Problems soll so aussehen, daß die Mietzahlungen ab sofort pauschal aus der Sozialhilfe direkt an den Vermieter überwiesen werden. Bei genauer Betrachtung der Sachlage wird jedoch die Frage aufgeworfen, daß wir nicht genau wissen, wer die Mietschulden bei den städtischen Wohnungsgesellschaften eigentlich verursacht hat und wer die Doppelzahlungen oder

C

D

(Tanja Bestmann SPD)

A die Zahlungen nach Paragraph 15a BSHG größtenteils überhaupt in Anspruch nimmt. Es sind ja nicht nur Empfänger von laufenden Hilfen,

(Ralf Niedmers CDU: Das ist doch Kaffeesatzlese-rei!)

sondern auch andere Menschen empfangsberechtigt. Es kann natürlich auch sein, daß andere Mieter, die durchaus erwerbstätig sind und am Rande ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit leben, ihre Miete nicht bezahlen können, so daß Mietrückstände entstehen und sie Kunden einer Schuldnerberatung sind. Auf dem freien Wohnungsmarkt sind auch Mietrückstände von Mietern zu verkraften, die durchaus liquide sind. Das wissen wir alle.

Ich könnte mich an dieser Stelle aufgrund der Tatsache, daß es auf dem freien Wohnungsmarkt ähnlich aussieht, fast dazu verleiten lassen, daß Sie irgendwann in einem Antrag fordern, daß Mietzahlungen von erwerbstätigen Mietern am besten direkt pauschal vom Arbeitgeber zu überweisen sind.

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

Dann hätten wir das Problem der Mietrückstände überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der GAL, Zurufe von der CDU)

– Ja, es handelt sich um öffentliche Gelder, die natürlich ihrer Zweckbestimmung entsprechend auszugeben sind.

(Bernd Reinert CDU: Eben!)

Wie lautet die richtige Strategie? Wie würden die Juristen – wir haben ja einige im Parlament – entscheiden? Der Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung: Paragraph 1 BSHG gibt eindeutig vor, daß die Sozialhilfe den Hilfeempfänger befähigen soll, unabhängig von ihr zu leben; sie bezweckt – so heißt es in der Kommentierung – Hilfe zur Selbsthilfe. Dem Hilfeempfänger darf nicht alles abgenommen werden, er muß natürlich selbst Leistungen erbringen. Dazu gehört es, daß er selbständig seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, die er aus den Zahlungen der Sozialhilfe leistet.

Das Gesetz ermöglicht bereits, auf Wunsch, aber auch in begründeten Einzelfällen, direkte Mietzahlungen des Sozialamtes an den Vermieter vorzunehmen. Es ist gängige Praxis in Hamburg, daß dies regelmäßig auch geschieht, wenn Sozialhilfeempfänger ihr Geld für andere Dinge ausgegeben haben und somit ihren Leistungen nicht mehr nachkommen. Um es auf den Punkt zu bringen: Der vorliegende Antrag bevormundet und entmündigt Hilfeempfänger pauschal

(Beifall bei Andrea Franken GAL und Dr. Andrea Hilgers SPD)

und schießt eindeutig über das Ziel hinaus. Er beschneidet Eigeninitiative und Eigenverantwortung und hätte zudem den Effekt, daß der Sozialhilfeempfänger nicht mehr erfahren würde, daß Wohnen auch Geld kostet, und daß er keine Bindung mehr im Umgang mit seiner eigenen Wohnung hat, wie er sie vielleicht hätte, wenn er seine Miete selbst mit der Sozialhilfe begleichen würde. Es würde vielleicht auch ein blindes Vertrauen in die Unerschöpflichkeit staatlicher Ressourcen entstehen.

Den namentlichen Antragstellern, die scheinbar alle Mitglieder des Bauausschusses der Bürgerschaft sind, kann ich nur empfehlen, einen Blick in dieses Papier zu werfen.

(Die Rednerin hält ein Papier hoch)

Das ist eine Presseerklärung Ihrer Sozialpolitiker von einer Pressekonferenz aus dem letzten Jahr. Darin können Sie alle die von mir zuletzt genannten Schlagworte, die aus dem Bauch heraus formuliert wurden, hervorragend nachlesen. Wenn Sie das von Ihnen Geschriebene ernst meinen, dann müßten Sie Ihren eigenen Antrag ablehnen. Wir werden es auf alle Fälle tun.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der GAL und bei Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke – Volker Okun CDU: Dann geht es Ihnen ja nicht um die Sachel!)

– Ja, wegen der pauschalen Verurteilung.

In Richtung Senat sage ich, daß wir dieses Thema mit Sicherheit im Auge behalten und begleiten werden, denn Sozialpolitiker sitzen auch im Haushaltsausschuß. Ihrem Antrag werden wir aber nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Franken.

Andrea Franken GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU weist in ihrem Antrag auf hohe Mietrückstände bei den stadteigenen Wohnungsgesellschaften, auf die Steigerung der Anzahl von Zwangsräumungen und auf Miedoppelzahlungen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger hin. Die CDU spricht drei Bereiche an, die zunächst nichts miteinander zu tun haben.

(Antje Blumenthal CDU: Ach, du Schreck!)

Die genannten Umstände sind der GAL und der SPD bekannt;

(Dr. Roland Salchow CDU: Das verschlimmert die Sache ja, daß ihr das wißt!)

deswegen haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, die Wohnungssicherung zu effektivieren. Was der Hamburger Senat in dieser Hinsicht bewerkstelligen will, konnte die CDU bereits in den Antworten zu den in ihrem Antrag genannten Fragen entnehmen. Die SAGA plant zum Beispiel, bei Mietern, bei denen Zahlungsschwierigkeiten auftauchen, einen Ansprechpartner vor Ort zu stellen, und die Mieterschuldnerberatung soll weiter ausgeweitet werden.

Wie wir durch die Beantwortung der Fragen wissen, plant der Senat die Umstrukturierung der Wohnungslosenhilfe. Die Ergebnisse der sogenannten GISS-Studie, die sich mit der Effektivierung der Wohnungslosenhilfe beschäftigt hat, sollen ab April 2000 in einem Modellprojekt umgesetzt werden. Wir sind auf einem guten Weg, die Wohnungssicherung voranzutreiben.

(Antje Blumenthal CDU: Seitdem Sie dabei sind, läuft alles wunderbar. Wie vorhin beim Koalitionsvertrag!)

– Genau, so ist das. Weil dies im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, werden wir auf die Umsetzung pochen.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß diesbezüglich aus der Presse zu entnehmen war, daß die ÖTV im Interesse der Behördenbeschäftigten an den Plänen der BAGS Kritik geübt hat. Da man erst eine Einigung mit der ÖTV erreichen mußte – was ich auch für selbstverständlich halte –, kam es vermutlich aus diesem Grund bei der behör-

C

D

(Andrea Franken GAL)

- A deninternen Lenkungsgruppe der BAGS zu Arbeitsverzögerungen. Ich möchte darum den Senat bitten, darauf zu achten, daß der Zeitplan eingehalten wird und daß wir so schnell wie möglich mit der Umstrukturierung des Wohnungslosenhilfesystems beginnen können.

Da die CDU in ihrem heutigen Antrag überhaupt keine Lösungen zur Vermeidung von Mietrückständen und Zwangsrumäumungen anbietet, gehe ich davon aus, daß sie eigentlich mit der rotgrünen Politik einverstanden ist; dies freut mich. Wir bekommen heute nur einen einzigen Vorschlag, und zwar wie Mietdoppelzahlungen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger vermieden werden könnten. Der Vorschlag der CDU, die Mieten der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger direkt an die Vermieter zu zahlen, lehnt die GAL ab. Wir wollen auf jeden Fall, daß an der bisherigen Praxis gerade im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Hilfeempfänger festgehalten wird. Bereits heute kann – das haben wir schon gehört – das Sozialamt in den Fällen, in denen es zu Mietrückständen kommt, die Mieten direkt an den Vermieter – allerdings nur mit Zustimmung der Hilfeempfänger – überweisen. Diese Zustimmung macht Sinn, da es um Vertraulichkeit der eigenen Daten geht, denn niemand muß unbedingt dulden, daß der Vermieter den Sozialhilfebezug erfährt. Sozialhilfebezug wird in unserer Gesellschaft nicht unbedingt als positiv angesehen, die Menschen können dadurch auch Benachteiligungen erfahren. Von daher ist es richtig, daß Menschen nicht wollen, wenn ihr Vermieter davon Kenntnis erhält.

Es sollte auf jeden Fall dabei bleiben, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger als mündige Bürger und Bürgerinnen zu sehen, die ihre Rechtsgeschäfte auch in Zukunft selbst wahrnehmen.

- B (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vorhin von Herrn Wrocklage den Versuch erlebt, die Gruppe REGENBOGEN politisch umzuprogrammieren. Jetzt habe ich den Eindruck, daß die CDU versucht, die Sozialhilfeempfänger so zu programmieren, daß sie ihr Leben vernünftig organisiert bekommen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist doch schön!)

Sie sollen das Leben selbständig führen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wenn man's kann!)

Es ist richtig, diese Voraussetzungen auch für die Empfänger von Sozialhilfe zu erreichen. Frau Bestmann hat es klar und deutlich beschrieben, warum dieser Schritt richtig ist. Ich kann mich dem nur anschließen. Ich kenne schon den nächsten Vorschlag der CDU: Die Sozialhilfeempfänger bekommen anstatt Geld für Essen ein Abonnement für McDonalds, weil sie auch das nicht richtig auf die Reihe bekommen. So wird es sich weiter fortsetzen. Die Sozialhilfeempfänger werden programmiert; das ist nicht das, was wir uns unter einem normalen Leben vorstellen. Auch Sozialhilfeempfänger sollen selbständig leben können. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Jan Ehlers SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte sehr sorgfältig verfolgt und feststellen müssen, daß weder die SPD noch die GAL sowie die Gruppe REGENBOGEN das Problem aufgenommen haben oder einfach stur nicht begreifen wollen.

(Barbara Ahrons CDU: So sehe ich das auch!)

Meine Vermutung, daß Sie in dieser Debatte auf den Paragraphen 1 Bundessozialhilfegesetz abheben, hat sich ebenfalls bestätigt.

(Barbara Duden SPD: Was ist daran so verkehrt?)

Ich kenne die Interpretation des Senats, die im Grundsatz darauf abzielt, daß direkte Abrechnungen von Mieten und Nebenkosten zwischen Vermietern und den Sozialämtern nur in begründeten Einzelfällen oder auf Wunsch der Hilfeempfänger vorgenommen werden können. Ich halte diese Interpretation für falsch. Wenn wir gemeinsam etwas ändern wollen, dann können wir das auch.

Diese Interpretation widerspricht im übrigen auch der gängigen Praxis privater Wohnungsgesellschaften. Jeder neue Mieter, der Sozialhilfe empfängt, muß dort eine Abtretungserklärung unterschreiben, die die Sozialbehörde ermächtigt, die Miete direkt an den Vermieter zu zahlen. Ansonsten bekommt der Sozialhilfeempfänger schlicht und ergreifend die Wohnung nicht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: So ist es!)

Die Probleme der privaten Wohnungsunternehmen liegen insbesondere bei den bestehenden Mietverhältnissen, denn dort haben sie logischerweise das analoge Steuerungselement der Neuverträge nicht. Es bleibt den privaten Wohnungsgesellschaften bei Mietschulden also nur der Klageweg offen; auch hier verweise ich noch einmal auf die enormen Kosten, die dem Wohnungsunternehmen und dem Staat zufallen. Deshalb ist es auch sinnvoll, die Miete von den Sozialämtern direkt an die Vermieter zu überweisen, um volkswirtschaftlichen Schaden zu vermeiden.

Weiterhin wurden die Bezirksstellen zur Wohnungssicherung angesprochen. Dazu möchte ich bemerken, daß nach meinen Informationen diese Bezirksstellen hoffnungslos überfordert sind und erst tätig werden, wenn die Räumungsklage vorliegt; der Justizapparat ist dann also bereits in Gang gesetzt. Der Argumentation, Frau Bestmann und Frau Franken, daß Sozialhilfeempfänger nicht entmündigt werden und ihr Leben mit der Sozialhilfe selbst gestalten sollen, kann ich nur schwer folgen. Ich fühle mich auch nicht entmündigt, wenn mein Arbeitgeber meine Steuer einbehält und dem Finanzamt direkt überweist;

(Beifall bei der CDU)

ich empfinde es auch nicht als unanständig. Mit den abgeführten Steuern leistet im übrigen jeder Arbeitnehmer seinen Solidaritätsbeitrag für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Karl-Heinz Warnholz CDU)

Das Recht auf sichere Unterkunft – sprich eigene Wohnung – ist ein elementares Menschenrecht. Bei drohender Obdachlosigkeit ist deshalb die Fürsorgepflicht des Staates gefordert. Insofern ist der Ansatzpunkt richtig, die Miete der Sozialhilfeempfänger von den Sozialdienststellen direkt an den Vermieter zu überweisen, um drohende Obdachlosigkeit abzuwenden. Sie helfen damit den Menschen.

Ich habe in meinem ersten Beitrag insbesondere die deprimierenden und unwürdigen Umstände bei Familien mit Kin-

(Hans-Detlef Roock CDU)

A dern angesprochen. Was tut man eigentlich den betroffenen Kindern an? Sie werden durch ein solches Ereignis ihr Leben lang traumatisiert sein. Hinzu kommt, daß aufgrund solcher Umstände möglicherweise Kinder von Eltern getrennt werden und ins Heim müssen. Insofern, meine Damen und Herren von der SPD, der GAL und der Gruppe REGENBOGEN, setzen Sie bitte Ihre ideologische Brille ab und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Mandel.

Doris Mandel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Roock, ich frage mich, ob Sie überhaupt Sozialhilfeempfänger kennen,

(*Erhard Pumm SPD:* Er hat von einem gehört!)

denn das Bild, das Sie von Sozialhilfeempfängern haben, ist sehr einfach. Wenn Sie davon ausgehen, daß derjenige, der Sozialhilfe bezieht, wirklich nur Sozialhilfemittel als Einkommen hat, dann wäre das einfach. So ist die Welt aber nicht, sondern die Welt ist so, daß die meisten Sozialhilfeempfänger inzwischen einer Arbeit nachgehen, einer Teilzeitbeschäftigung oder aber auch einer Beschäftigung, die leider nicht sozialversicherungspflichtig abgesichert ist, und daß sie ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. Das ist die überwiegende Zahl, Herr Roock.

Wie wollen Sie denn von einem Sozialhilfeszuschuß von 300 DM monatlich eine Miete von 1100 DM überweisen? Das müssen Sie mir einmal vorrechnen. Das geht schlicht und einfach nicht. Wenn dann bei diesem immerhin arbeitenden Menschen oder diesem Familienvater wirklich Mietrückstände entstehen, dann wird ihm das doch nicht mal eben zusätzlich gegeben als Liebesgabe, sondern es wird doch selbstverständlich mit dieser Familie darüber gesprochen, wie sie denn gedenkt, diese Mietschulden langsam wieder abtragen zu können. Wie denken Sie sich die Welt von Sozialhilfeempfängern eigentlich? Es geht völlig an der Wirklichkeit vorbei. Vielleicht sollten Sie einmal mit mir und einigen Sozialhilfeempfängern ein Treffen machen, und dann sprechen wir mal mit diesen, wie das so abgeht im Leben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Andrea Franken und Heide Simon, beide GAL*)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen.

Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 9 auf: Drucksache 16/3862: Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten.

**[Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte:
17. Tätigkeitsbericht des Hamburgischen
Datenschutzbeauftragten – Drucksache 16/3862 –]**

Die GAL-Fraktion beantragt die Überweisung dieser Vorlage an den Rechtsausschuß.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Mahr hat das Wort.

Manfred Mahr GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lang ist es her, daß Volkszählungsgegner durch

vielfältige Aktionen auf ihr Anliegen aufmerksam machten und das Bundesverfassungsgericht schließlich mit seiner Grundsatzentscheidung das Recht auf Information der Selbstbestimmung herausstellte. Bund und Länder haben in den Folgejahren in den Gesetzen datenschutzrechtliche Standards formuliert und sind so den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes nachgekommen, spezifische Regelungen zum Datenschutz in den Gesetzen zu treffen. Daß hier teilweise aus meiner Sicht und der Sicht bürgerrechtlicher Organisationen kontraproduktive Lösungen gefunden wurden, die die Erhebung von Daten weniger begrenzen als vielmehr im Vergleich zur vorherigen Praxis ausdehnten – als Beispiel seien die erweiterten Befugnisse der Polizeigesetze genannt –, würde mich schon reizen zu debattieren, aber das soll heute nicht das Thema sein.

Während in der Vergangenheit in erster Linie der Datenschutz im Verhältnis Bürger/Staat diskutiert wurde, rückt in der letzten Zeit zunehmend der Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich ins Zentrum der Debatte. Hierzu trägt natürlich auch der Bericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten mit seinen gewählten Schwerpunkten bei. Während es Mitte der achtziger Jahre relativ einfach war, einen Großteil der Bevölkerung für datenschutzrechtliche Probleme zu sensibilisieren, stellt sich die Situation heute leider etwas anders dar. Im Zeichen von Multimedia und Internet – und Sie sehen, wir haben die notwendige Fortsetzung der heutigen ersten Debatte hier zum Abschluß – und der damit geschaffenen neuen Berufe ist im Umgang mit der neuen Technologie eine, wie ich finde, zunehmende Sorglosigkeit festzustellen.

Der elektronische Datentransfer ist mittlerweile Alltag, auch hier bei uns im Hause. Als ich 1993 in die Bürgerschaft einzog, war E-Mail für die Abgeordneten noch, ich will nicht sagen, ein Fremdwort, aber zumindest nicht etwas Alltägliches. Die Wirtschaft boomt in diesem Bereich, und wer fragt da nach Datenschutz? In der Tat: Niemand kann sich diesen Technologien entziehen, aber bis zuletzt habe ich zum Beispiel der Versuchung widerstanden, meine Euro-Scheckkarte mit einer Berechtigung für den Bankautomaten ausstatten zu lassen. Das war aber im letzten Jahr leider vorbei, als ich in Tschechien feststellen mußte, daß ich in der Prager Innenstadt nur eine einzige Bank fand, die meinen Eurocheck akzeptierte und nur daraufhin Bargeld auszahlte. Ansonsten gibt es überall Bankomaten.

Meine Damen und Herren! Niemand kann und will das Rad zurückdrehen. Die neuen Technologien bieten ohne Zweifel auch viele Vorteile. Sie sind mittlerweile unverzichtbar in der Medizin. Sie vereinfachen Arbeitsprozesse und machen uns das Leben auch im Alltag bequemer. Aber sie bergen eben auch unglaubliche Gefahren. Herr Hackbusch und Herr Hajen haben das heute nachmittag bereits angesprochen. Konnten wir doch gestern in der „Welt“ so nett lesen „Big Browser löst Big Brother ab“. Der Artikel weist darauf hin, daß zum Beispiel Firmen wie Doubleclick im Verdacht stehen, die Vorteile des Web zu nutzen, um die Gewohnheiten von Internetsurfern auszuspähen. Es gelingt ihnen, Kundenprofile zu erstellen, die mit Namen, Adresse und E-Mailkonto verbunden werden. Mit anderen Worten: Alles ist möglich, und es wird natürlich auch, was möglich ist, gemacht. Wer gestern das Wirtschaftsmagazin Plusminus gesehen hat, wird vom Onlinebanking sicher Abstand nehmen, lesen doch organisierte Hacker regelmäßig mit und plündern die Konten so mancher Kunden.

Nun hat der Bundesinnenminister eine internationale Zusammenarbeit angemahnt, um – wie es heute nachzulesen

(Manfred Mahr GAL)

A ist – wirkungsvoll gegen Hacker und Cyberterrorismus vorzugehen. Ich glaube, daß eine internationale Zusammenarbeit in der Tat notwendig ist, aber eine Dämonisierung hilft nicht weiter. Vielmehr sollte international mehr als bisher für infrastrukturelle Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Bereich eingetreten und geworben werden.

Damit komme ich zurück zum Tätigkeitsbericht. Auf genau diese Gefahrendimension hat der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hingewiesen. Nur wenigen ist klar, in welchem Ausmaß möglicherweise personenbezogene Daten bei privaten Stellen existieren, ohne daß die Betroffenen davon wissen. Zu Recht klagt deshalb der Datenschutzbeauftragte für den Bereich der Behörden getrennte Computersysteme oder zumindest gleichwertige Sicherungen ein, um zu verhindern, daß sich Außenstehende über das Internet zum Beispiel Zugang zu den Dateien des Staatsschutzes oder des Sozialamtes verschaffen.

Der Bericht beschreibt nüchtern, aber gleichwohl sehr eindringlich die Gefahren, die sich mit dem Internetzugang verbinden. Immerhin haben circa 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hamburger Behörden, die auch über ein elektronisches Postfach verfügen, Zugang zum World Wide Web. Die GAL-Fraktion erwartet deshalb, daß alle erforderlichen infrastrukturellen Maßnahmen ergriffen werden, um derart mißbräuchliche Datenzugriffe weitestgehend ausschließen zu können.

Die Debatte soll heute verständlicherweise nur einige Probleme anreißen, die der Bericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten anspricht. Die Auseinandersetzung findet anschließend in bewährter Form im Unterausschuß „Datenschutz“ statt.

B So sind es ja nicht nur elektronische Daten, die Probleme bereiten. Der offene Transport von sensiblen Akten im Wege der Behördenpost ist leider nicht zum ersten Mal Anlaß für Kritik des Datenschutzbeauftragten. Die Möglichkeit, daß Unbefugte – in der Regel natürlich Behördenmitarbeiter – zum Beispiel Informationen über Scheidungsurteile, Alkoholprobleme von Mitarbeitern oder auch Außenstehenden, Haft oder andere höchst sensible Daten während des Postweges einsehen können, ist ein unhaltbarer Zustand und muß umgehend abgestellt werden. Eigentlich sollte man erwarten, daß diese Punkte für alle Behörden zum Anlaß genommen werden, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, statt zu warten, bis der Datenschutzbeauftragte auf dieses Problem hinweist. Der Datenschutzbericht weist es ja aus, daß die Staatsanwaltschaft mittlerweile daraus gelernt hat.

Lassen Sie mich zu später Stunde noch einen Punkt ansprechen. In der vergangenen Legislaturperiode habe ich für die GAL-Fraktion wiederholt auf datenschutzrechtliche Probleme hingewiesen, die im Zusammenhang mit Europol stehen. Der Tätigkeitsbericht bestätigt mich in dieser Einschätzung. Sowohl die Europol-Analysedateien als auch die sogenannte ViCLAS-Datei zeigen auf, daß, wie es der Datenschutzbeauftragte formuliert, es nicht erkennbar sei, daß man sich mit der Frage auseinandergesetzt hat, für welche Zwecke welche Arten von Daten erforderlich sind. Zu Recht stellt der Bericht in Frage, warum Zeugen oder potentielle Zeugen mit Personalien in Analysedateien gespeichert werden sollen.

Noch problematischer, meine Damen und Herren, geht es bei ViCLAS zu. Mit dieser in Kanada entwickelten Analysedatei sollen Tatzusammenhänge bei Gewalttaten erkannt

werden. Insbesondere geht es um Tötungsdelikte und Sexualstraftaten. Hamburg will diesem Verfahren beitreten. Geplant ist, höchst sensible Einzelangaben von Tätern, aber auch von Opfern zu erheben, die auch vor der sexuellen Orientierung nicht haltmachen. Dies geht so nicht.

Erfreulich ist, daß das Landeskriminalamt Hamburg diese Einschätzung teilt, daß nämlich die Personalien der Opfer für die Dateizwecke nicht erforderlich sind. Deshalb sollte bundesweit mit Nachdruck gegenüber dem Bundeskriminalamt klargestellt werden, daß eine solche Erhebung zu unterbleiben hat.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Auch wenn dies die letzte Debatte ist, bitte ich Sie, dem Redner Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.

Manfred Mahr (fortfahrend): Drei Sätze noch. Über weitere, nicht weniger interessante Punkte des Datenschutzgesetzes werden wir uns im Rechtsausschuß unterhalten.

Meine Damen und Herren! Wer sich von Ihnen den aktuellen Tätigkeitsbericht noch nicht zu Gemüte geführt hat, der sollte das meines Erachtens – auch wenn das nicht sein Fachthema ist – unbedingt nachholen, denn für jeden ist etwas dabei. Wir alle sind betroffen. Niemand kann sich den neuen Technologien mit ihren Vorteilen, aber auch mit ihren Gefahren entziehen. Wir sollten deshalb alle Anstrengungen unternehmen, damit Internet und Multimedia zum Erfolgsprogramm und nicht zum Alptraum werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Zeit möchte ich mich auf einige Stichworte beschränken, da die ausführlichen Erörterungen noch im Rechtsausschuß und im Unterausschuß erfolgen werden und Herr Mahr schon sehr detailliert auf Aspekte von Einzeldarstellungen eingegangen ist.

Zunächst einmal sollten wir für diesen Tätigkeitsbericht dankbar sein, der sehr ausführlich, detailreich und in Teilen, wie sich das auch gehört, unbequem, manchmal auch ärgerlich ist, aber das ist nun einmal die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal und Michael Dose, beide SPD*)

Dieser Bericht ist Ausdruck der grundsätzlichen Problematik, nämlich auf der einen Seite das verfassungsrechtlich geschützte Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung im Spannungsfeld zur individuellen Forderung des einzelnen nach zügiger Bearbeitung, was heute immer mehr zum Ausdruck kommt, und zügigen Ablaufs von Arbeitsvorgängen, zum Beispiel, wenn er Kunde der öffentlichen Verwaltung ist, andererseits von der Öffentlichkeit und der öffentlichen Verwaltung die Forderung nach Erfassung aller relevanten Daten zur Vermeidung von Fehlern und Ungerechtigkeiten, zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Leistungen oder auch beim Bereich der Verbrechensbekämpfung.

(Rolf-Dieter Kloß SPD)

A Des weiteren haben wir – auch das ist schon gesagt worden – das Problem der Datensammler und der Anwender, aber auch der Kunden. Hier ist es der technische Fortschritt, die früher ungeahnten Gelegenheiten zur Speicherung, zur Bearbeitung und Auswertung sowie der Vernetzung von Daten. Dies alles fokussiert beispielhaft im Schwerpunktthema des Datenschutzbeauftragten unter dem Stichwort „Mehr Service, weniger Datenschutz?“.

Der 17. Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten gibt eine breite und tiefe Bestandsaufnahme des Zustands des Datenschutzes in Hamburg. Er zeigt, daß viel erreicht ist, daß aber auch noch manches Problem nicht gelöst ist. Trotz der schon weit entwickelten gesetzlichen Regelungen des Datenschutzes bestehen Lücken und Auslegungsspielräume, in die die beteiligten und interessierten Kreise mit Einfallsreichtum und technischer Fertigkeit stoßen. Übrigens nicht notwendig oder überwiegend mit böser Absicht, sondern um Verfahren zu optimieren, Abläufe zu beschleunigen, Verbesserungen zu erreichen.

Der scharfäugige Wächter, der Datenschutzbeauftragte, bemüht sich, diese Erscheinungen aufzudecken. Das ist durchaus verdienstvoll. Es mag auch sein, daß gelegentlich über das Ziel hinausgeschossen wird oder daß jemand solchen Eindruck hat, aber dieses Risiko dürfen wir getrost in Kauf nehmen. Der Bericht zeigt nämlich auf, daß dank des beharrlichen Wirkens des Datenschutzbeauftragten und seiner Überzeugungskraft Korrekturen erfolgen konnten, und zwar meistens sogar einvernehmlich. Es sind eine Reihe von Beispielen genannt, bei denen die aufgezeigten Mißstände behoben worden sind, und dies gilt auch und gerade für beträchtliche Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Die Staatsanwaltschaft wurde schon genannt, andere sind ebenfalls zu erwähnen.

B Ich möchte jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen. Der Rechtsausschuß und sein Unterausschuß wird sich damit befassen, und den Bericht werden wir im Plenum erörtern können. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen? – Der Abgeordnete Lüdemann hat das Wort.

Carsten Lüdemann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Datenschutzbeauftragte hat in den vergangenen zwei Jahren wieder viele Bereiche der Hamburger Verwaltung und datenschutzrelevante Vorgänge im nichtöffentlichen Bereich überprüft und einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Eine beachtliche Leistung, die Herr Dr. Schrader mit seinem Team trotz der beklagten Personalknappheit erbracht hat. Die CDU-Fraktion dankt Ihnen, Herr Dr. Schrader, dafür ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der in Ihrem Bericht gemachte Hinweis, daß immer mehr Service- und Kundenfreundlichkeit in den Bezirken auch dazu führt, daß im Datenschutz mehr Gefahr besteht, ist durchaus nachzuvollziehen. Wenn von einem Arbeitsplatz alles möglich ist, also man ein Auto anmelden kann, Umzug melden kann, Sozialhilfe beantragen kann, kann man natürlich von diesem einen Arbeitsplatz auch alles über den Menschen erkennen. Die vor dem Beamten stehende Person ist sozusagen ein gläserner Mensch für den Beamten. Der Beamte behandelt eben nicht nur die Ab- und Anmeldung, sondern er kann gleichzeitig, wenn er denn wollte, in

allen anderen Bereichen nachgucken und alle Informationen, welche die Behörde über ihn hat, erkennen. Das ist sicherlich ein großes Problem. Ich glaube zwar nicht, daß das Problem unbedingt darin besteht, daß einzelne Mitarbeiter in den Bezirksamtern jetzt überall nachgucken und neugierig sind, obwohl es vielleicht schon mal interessant ist, über die neue Nachbarin nachzugucken, was denn alles im Bezirksamt gemeldet ist, zum Beispiel erhält sie Erziehungsgeld oder keines. Aber das Problem – und das hat Herr Dr. Schrader auch angemeldet – sind natürlich die sogenannten Trojanischen Pferde, wenn man denn über das Internet auch die Möglichkeit hat, den Bezirksamtscomputer anzuzapfen und Akten einzusehen. Das ist für Firmen besonders interessant. Sie können Käuferprofile erstellen und dann ganz gezielt vermarkten. Hier muß der Datenschutz dafür sorgen, daß die Anonymität gewährleistet ist und daß kein Außenstehender Zugriff auf diese brisanten Themen hat.

In einigen Bereichen kann ich allerdings die datenschutzrechtlichen Bedenken des Datenschutzbeauftragten nicht teilen. Vielleicht denke ich da auch ein bißchen zu pragmatisch. Zum Beispiel der Entwurf einer Wohnungsgesellschaft, doch Kinderspielplätze durch Videoanlagen zu überwachen

(Antje Möller GAL: Das finden Sie wieder gut!)

und allen Anwohnern ins lokale Kabelnetz zu übertragen, so daß die Mutter zu Hause ihre Arbeit machen kann, vielleicht auch eine berufliche Tätigkeit ausüben kann und gleichzeitig über den Bildschirm nachsehen kann, was ihre Kinder auf dem Kinderspielplatz machen.

(Antje Möller GAL: Sie gucken wahrscheinlich auch diese RTL-Serien!)

– Diese RTL-2-Serie meinen Sie. Die läuft erst ab heute. Die kann ich leider noch nicht gesehen haben.

Ich sehe die Gefahr nicht. Ich glaube, das ist eine sehr gute Möglichkeit, die Kinder zu kontrollieren und vielleicht auch Gewalt an den Spielplätzen zu vermeiden, und hoffe, daß es dafür irgendwann noch einmal eine rechtliche Möglichkeit geben wird.

(Jan Ehlers SPD: Das ist doch sinnvoll, dann ist man schneller da!)

Auch die von der Baubehörde geplante Identitätskarte für Taxifahrer würde ich durchaus befürworten, damit man weiß, wer der Fahrer gewesen ist, wenn man einmal Probleme hat oder dieser zum Beispiel gesagt hat, diese kurze Strecke würde er nicht fahren, obwohl er einen fahren muß, oder überhaupt unhöflich war. Bei einigen Taxifahrern fragt man sich, ob er überhaupt einen Taxenfahrschein hat, wenn er nicht weiß, wo zum Beispiel die Stresemannstraße ist. Es gibt ja einen großen Bereich von illegaler Beschäftigung. Insofern würde ich es durchaus befürworten, wenn man solch eine Identitätskarte mit Lichtbild im Wagen hat und man feststellen kann, welcher Fahrer das ist, um sich notfalls hinterher zu beschweren. Da hat auch der Datenschutzbeauftragte erhebliche Bedenken. Ich würde mir wünschen, wenn man die auch noch beseitigen könnte.

Problematisch ist aber der Bereich beim Amtsgericht Hamburg. Dort gibt es zum Beispiel Heimbeschäftigungen, das heißt, Schreibkräfte können ihre Schreibarbeiten zu Hause erledigen. Das ist im Prinzip eine gute Sache, gegen die auch nichts einzuwenden ist, aber um diese Schreibarbeiten erledigen zu können, ist es erforderlich, daß sie die Verfahrensakten mitnehmen. Die werden ihnen dann auch mit-

(Carsten Lüdemann CDU)

A gegeben, aber das sind zum Teil sehr brisante Akten, wo es zum Beispiel um Adoptionsverfahren oder Betreuungsverfahren geht. Und diese Akten gehen aus dem Gericht. Sobald sie aus dem Gericht sind, weiß eigentlich keiner mehr, wer denn alles Einsicht nehmen kann, und es besteht auch immer noch die große Gefahr, daß solch eine Akte auch einmal verlorengeht. Da muß eine Regelung getroffen werden, daß nicht die ganze Akte aus dem Gericht gegeben wird. Im Rahmen meines Referendariats durfte ich bestimmte Akten selbst als Referendar, also als Beamter auf Widerruf, nicht mit nach Hause nehmen. Ich weiß nicht, ob man unbedenklich einer Schreibkraft diese Akte mit nach Hause geben kann.

Aber ein besonders eklatanter Verstoß gegen das Datenschutzrecht ist der Transport der Akten bei den Gerichten. Herr Mahr hat das schon angesprochen. Akten mit sehr persönlichem Inhalt werden offen verschickt und stehen auf Aktenwagen in den Gängen oder liegen in den Adressatenfächern, und jeder kann Einsicht in diese Akten nehmen. Da geht es zum Teil um Haftanträge, Verdienstbescheinigungen und Auszüge aus dem Strafregister. Das sind schon sehr persönliche Sachen, die man niemandem offenlegen möchte.

Der Datenschutzbeauftragte hat diesen Mißstand schon Anfang 1999 bei der Justizbehörde gerügt. Es hat sich dann nichts geändert. Im November hat er noch einmal die Akten überprüft und festgestellt, daß die immer noch offen in den Gerichten herumliegen. Er hat das dann noch einmal gerügt und sah sich genötigt, diesen Mißstand durch eine Presseerklärung publik zu machen. Gleichzeitig hat er dann die Justizbehörde aufgefordert, diesen Mißstand durch ein Gesamtkonzept möglichst bis zum Ende des Jahres – das Gesamtkonzept sollte bis Ende des Jahres vorgelegt werden – zu beheben. Ich habe Mitte Januar in einer Anfrage nachgefragt, wie der Stand ist und ob es das Gesamtkonzept schon gibt. Der Senat hat geantwortet, nein, da sind wir noch in der Entwicklung, wir beraten noch, das kommt irgendwann. Ich habe gefragt, wie die Versendungspraxis geändert worden ist, um erst einmal vorläufigen Schutz zu finden. Da hat der Senat dann ganz blumig geantwortet:

„Die tatsächlichen Abläufe im Post- und Aktenaustausch – insbesondere bei der Weiterleitung von Akten und Schriftstücken an justizfremde Dienststellen – haben Anlaß gegeben, die Versendungspraxis bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften einer kritischen Prüfung zu unterziehen ...“

Ich meine, vier Monate lang hat Ihnen der Datenschutzbeauftragte gesagt, was nicht richtig ist, und da sagen Sie nach vier Monaten, sie haben Anlaß zu einer kritischen Prüfung gehabt. Was wollen Sie denn da noch kritisch prüfen? Das ist alles klar, was verkehrt läuft. Sie müssen nur was ändern.

(Beifall bei der CDU)

Weiter unten haben Sie gesagt:

„Zusätzlich wurden bisher offene Transportbehältnisse durch die Anschaffung von entsprechenden Deckeln ausgestattet, so daß Schriftstücke mit sensiblen Daten jetzt in geschlossener Form transportiert werden.“

Auf deutsch: Es ist alles geregelt, es kommt alles in verschlossene Behältnisse, niemand kann mehr Einsicht nehmen, es ist alles in Ordnung, das Problem ist gelöst. Das haben Sie Mitte Januar gesagt. Der Datenschutzbeauftragte hat aber im Januar und im Februar, also durchaus nach der Antwort, festgestellt, daß gerade im Familiengericht immer noch Akten offen versandt werden. Im Familiengericht ist es besonders dramatisch, denn da geht es um Scheidungsurteile, da werden Schriftsätze mit Angaben zu sexuellem Mißbrauch, psychiatrischen Behandlungen, Alkoholproblemen, Schulden, Haftaufenthalten bis hin zum Umfang des Geschlechtsverkehrs offen verschickt, so daß jeder Einsicht nehmen kann. Dieser Bereich ist besonders sensibel, und da sollte als erstes etwas gemacht werden. Das ist noch Mitte Februar festgestellt worden, obwohl sie im Januar auf meine Anfrage gesagt haben, es wird alles geschlossen verschickt. Da hat der Senat schlichtweg die Unwahrheit gesagt.

(Barbara Ahrons CDU: Das hatten wir heute schon mal!)

Um zum Schluß zu kommen, Frau Senatorin, Sie haben in einem „Mopo“-Interview vor kurzer Zeit gesagt, Ihr Job sei nichts für Leute mit schwachen Nerven und Sie würden sich durch fernöstliche Meditation beruhigen. Da kann ich nur sagen: Hören Sie auf zu meditieren, sondern sorgen Sie für Datenschutz beim Familiengericht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer möchte die Vorlage an den Rechtsausschuß überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist diese einstimmig überwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.28 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Karl-Heinz Ehlers, Dietrich Ellger, Bettina Kähler, Prof. Dr. Ulrich Karpen, Rolf Mares, Ute Pape, Jan Peter Riecken, Eleonore Rudolph, Frank-Thorsten Schira, Sabine Steffen, Renate Vogel und Dietrich Wersich.

C

D